B6897F

Informationen

261 zur politischen Bildung



Überarbeitete Neuauflage 2011

Weimarer Republik

Inhalt











Editorial



Als Philipp Scheidemann am frühen Nachmittag des 9. November 1918 von einem Balkon des Reichstages die Republik ausrief, ahnte er wohl noch nicht, welchem Ausmaß an Gefährdung sie in den folgenden Jahren ausgesetzt sein würde. Den Bedrohungen konnte die Weimarer Republik letztendlich nicht standhalten. Dem vorläufigen Ende der Demokratie folgte die nationalsozialistische Herrschaft, die Deutschland in den Abgrund führte.

Meist steht das Versagen der Weimarer Republik im Zentrum der Auseinandersetzung mit dieser Epoche. Aus dieser Perspektive wird sie einzig als Periode des Überganges vom Kaiser zum ‚Führer' gesehen und historisch als „Prolog" des „Dritten Reiches" mitbehandelt.

Doch wie konnte eine Republik, die in den Tagen ihrer Ausrufung von Vielen so begeistert empfangen worden war, in nur etwas mehr als vierzehn Jahren einen solchen Niedergang erfahren?

Schon ihre Entstehung war begleitet von Putschversuchen und Aufständen links- wie rechtsstehender Antidemokraten. Ein grundlegender Neuanfang, auf den ein Großteil der Bevölkerung nach den Jahren des Krieges gehofft hatte, konnte nicht gelingen – zu wirkmächtig blieben die alten, der Monarchie verbundenen Eliten des Kaiserreiches. Die Macht und der Einfluss dieser Kräfte, ihr Streben nach Wiederherstellung der „alten Ordnung" wogen schwer. Die Kriegsniederlage wurde nicht ihnen, sondern den Repräsentanten der Republik angelastet. Die harten Forderungen der Siegermächte im Versailler Vertrag erschwerten es der ersten deutschen Demokratie, mit einer wirtschaftlichen Stabilisierung die gesellschaftlichen Unruhen zu befrieden und an Akzeptanz zu gewinnen.

Auch die Weimarer Verfassung, die Basis der neuen Staatsordnung, bot mit ihrem immer wieder missbrauchten „Notstandsparagraphen", Artikel 48, eine Grundlage für die Zerrüttung der Demokratie. Der Börsencrash von 1929 mit der anschließenden Weltwirtschaftskrise erschütterte schließlich die Lebensgrundlagen breiter Bevölkerungskreise und machte sie empfänglich für die eingängigen Parolen der Nationalsozialisten, deren „völkische Gemeinschaft" einen krassen Gegenentwurf zur pluralistischen Demokratie darstellte.

Doch ist die Weimarer Republik mehr als nur ihr Niedergang. Sie stieß Entwicklungen an, an die nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft angeknüpft werden konnte. Nicht nur aus ihren Fehlern kann man lernen: Der Stinnes-Legien-Pakt beispielsweise, das Abkommen zwischen Gewerkschaften und Vertretern der Industrie, bildet noch heute die Grundlage der Tarifvertragsbeziehungen. Die Finanzverfassung, die Matthias Erzberger als Finanzminister 1919 schuf, hat im Wesentlichen bis heute Bestand. Die Jahre von 1924 bis 1929, oft als die „goldenen Jahre" der Weimarer Republik bezeichnet, ließen eine kulturelle Vielfalt entstehen, deren Ergebnisse in den bildenden Künsten, in Erzählung und Dichtkunst, in Theater und Film heute als Meilensteine gelten. Und es war die Weimarer Republik, in der zum ersten Mal in Deutschland Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen mit aktivem und passivem Wahlrecht an die Wahlurnen traten.

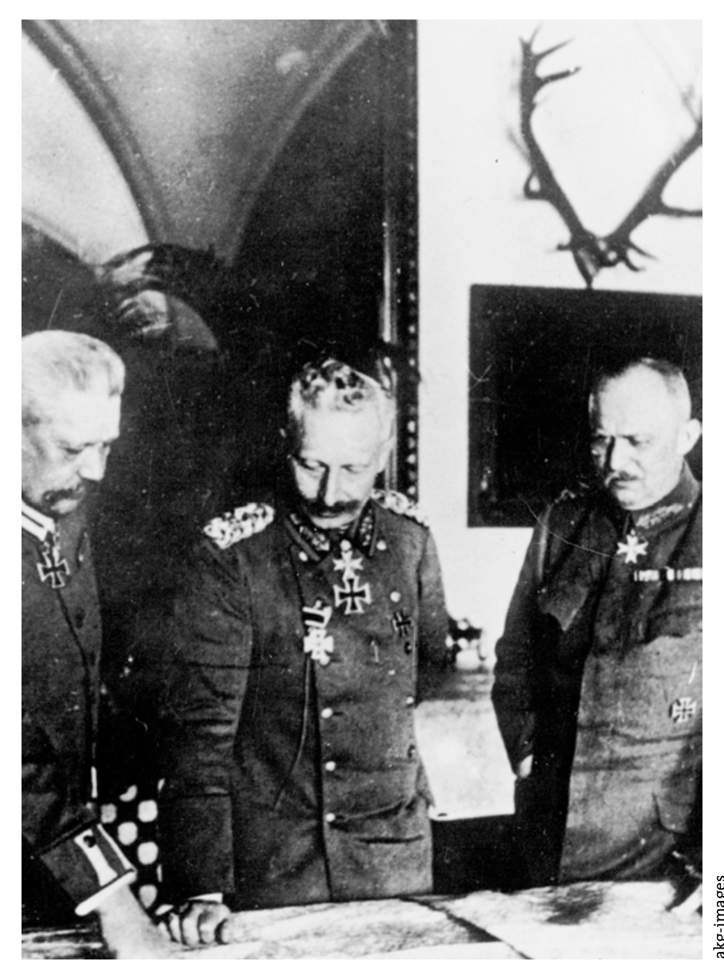
Dieses Heft stellt die Geschichte der Weimarer Republik chronologisch dar. Deutlich werden die inneren und äußeren Bedingungen, denen Deutschland ausgesetzt war, die politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, die Konstellationen, die zum Scheitern der ersten Demokratie auf deutschem Boden führten, aber auch ihre Erfolge und Verdienste. Die Weimarer Republik mit ihren verspielten wie auch genutzten Möglichkeiten ist mehr als nur die Vorgeschichte des nationalsozialistischen Reiches. Auf Weimar gründet auch die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, mit all ihren Möglichkeiten.

Cornelius Strobel

Reinhard Sturm

Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19

Die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg war zugleich das Ende des Kaiserreiches: Wilhelm II. dankte ab, in den Wirren der darauffolgenden Revolution wurde die Republik ausgerufen. Im August 1919 trat die Weimarer Verfassung in Kraft.



akg-images

Der Krieg aus Sicht der Planer: Lagebesprechung Kaiser Wilhelms II. mit Paul von Hindenburg (li.) und Erich Ludendorff (r.) im Großen Hauptquartier der OHL in Pless 1916/1917

Der Anfang vom Ende des Deutschen Kaiserreichs lässt sich auf den 29. September 1918 datieren. Denn an diesem Tag trat in Berlin der „Kronrat" zusammen, dem neben Kaiser Wilhelm II. der Chef der Obersten Heeresleitung (OHL), Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, seine rechte Hand, General Erich Ludendorff, Reichskanzler Graf von Hertling und der Staatssekretär des Äußeren, Admiral Paul von Hintze, angehörten. Dieses Gremium beriet über die Konsequenzen aus der Tatsache, dass der Weltkrieg wegen der personellen und materiellen Übermacht der Gegner endgültig verloren war, und beschloss einschneidende Maßnahmen.

Revolution von oben

Eine schnelle „Revolution von oben" – so berichtet Hintze – sollte ein „Chaos" und eine „Revolution von unten" (wie in Russland) verhindern. Das bedeutete, dass erstmals eine vom Reichstag (dem nach dem allgemeinen Männerwahlrecht gewählten Parlament) getragene Reichsregierung ins Auge gefasst wurde. Ferner beschloss man die „sofortige" Übermittlung eines Waffenstillstandsangebotes an die alliierten Kriegsgegner durch die neue Regierung.

Welche Hintergedanken vor allem die OHL dabei hegte, äußerte Ludendorff am 1. Oktober 1918 gegenüber seinen Stabsoffizieren: „Ich habe aber Seine Majestät gebeten, jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, dass wir so weit gekommen sind. [...] Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben."

Gemeint waren – nach der Spaltung der Sozialdemokratie in die linke „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (USPD) und die gemäßigte „Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands" (MSPD) 1916 – die MSPD, die linksliberale „Fortschrittliche Volkspartei" und die katholische „Zentrumspartei", die im Reichstag eine oppositionelle Mehrheit bildeten („Mehrheitsparteien"). Sie hatten seit vielen Jahren eine Demokratisierung des obrigkeitsstaatlichen Kaiserreiches gefordert; den Krieg hatten sie mitgetragen, sich aber seit 1917 gemeinsam für einen ehrenvollen „Verständigungsfrieden" ohne Gebietsverluste und Entschädigungen ausgesprochen.



bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann

Der Krieg aus Sicht der Betroffenen: Tote Soldaten neben einem verlassenen Schützengraben …



ullstein bild

… und hungernde Kinder, gedrängt um eine Feldküche heimgekehrter Truppen im Februar 1918

Anfänge der parlamentarischen Regierung

Der kaiserliche Parlamentarisierungserlass vom 30. September 1918 stieß bei den Mehrheitsparteien auf ein positives Echo, zumal sie den designierten neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden – ein Cousin des Kaisers – wegen seiner sozialen und liberalen Gesinnung akzeptieren konnten. Am 1. Oktober bekam Prinz Max, tags darauf auch die Führer der Reichstagsfraktionen einen ungeschminkten militärischen Lagebericht. Sie waren entsetzt; die Regierungsbildung geriet vorübergehend ins Stocken. Aber am 3. Oktober 1918 erhielt das Kaiserreich die erste parlamentarische Regierung seiner Geschichte. MSPD und Fortschrittspartei stellten je zwei Staatssekretäre, das Zentrum drei.

Waffenstillstandsgesuch

Noch am selben Tag musste Prinz Max in einer diplomatischen Note den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson bitten, alle kriegführenden Staaten zu Friedensverhandlungen einzuladen. Als Grundlage sollten die „14 Punkte" dienen, ein Friedensprogramm, das Wilson seit Anfang des Jahres immer wieder verkündet und weiterentwickelt hatte; es beruhte auf den Grundsätzen „Herrschaft des Rechts und der Demokratie überall", „Selbstbestimmungsrecht der Völker" sowie „unparteiische Gerechtigkeit und Gleichberechtigung" im Leben der Völker. Der entscheidende, kapitulationsähnliche Satz der deutschen Note lautete: „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstandes zu Lande, zu Wasser und in der Luft herbeizuführen." Damit hatte die OHL ihr Ziel, sich aus der Verantwortung für den verlorenen Krieg zu stehlen, erreicht.

Schlagartig löste sich der von der kaiserlichen Propaganda unermüdlich versprochene „Siegfrieden" in nichts auf. Mit der schmerzlichen Erkenntnis, dass alle Anstrengungen, Entbehrungen und Opfer vergeblich gewesen waren, entstand aus der physischen und psychischen Kriegsmüdigkeit großer Teile der Bevölkerung ein rasch um sich greifender Friedenswille. Anders als die zu zähen Verhandlungen bereite Regierung kannten die friedensbewegten Massen nur ein Ziel: die sofortige Beendigung des Krieges ohne weiteres Blutvergießen. Sie politisierten und radikalisierten sich, je länger der ersehnte Friedensschluss auf sich warten ließ.

Denn zunächst kam es zu einem wochenlangen Notenwechsel mit Präsident Wilson. Dieser stellte schließlich am 23. Oktober 1918 zwei Vorbedingungen: Entwaffnung (die Waffenruhe müsse „eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen") und Demokratisierung (der König von Preußen dürfe nicht mehr die Macht besitzen, „die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten"). Jetzt mischte sich die OHL doch wieder in

die Politik ein: Wilsons Forderungen seien unannehmbar, es gelte „Widerstand mit den äußersten Kräften" zu leisten – was sie kurz zuvor noch für unmöglich erklärt hatte. Prinz Max sorgte dafür, dass Wilhelm II. Ludendorff am 26. Oktober entließ und durch den politisch unauffälligen General Groener ersetzte; Hindenburg blieb im Amt.

Durch die Wilson-Note vom 23. Oktober entstand der Eindruck, dass Wilhelm II. einem schnellen Friedensschluss im Wege stand. „Der Kaiser muss weg!" lautete jetzt eine immer populärer werdende öffentliche Forderung. Auch namhafte Unternehmer wie Robert Bosch, die eine revolutionäre Erhebung fürchteten, sprachen sich nun dafür aus, den Monarchen, notfalls auch die Monarchie zu opfern.

Oktoberverfassung

In diesen kritischen Wochen versäumte es der Reichstag, sich zum Zentrum der politischen Diskussion über Frieden und Demokratie zu machen – nach der Regierungserklärung des Prinzen Max am 5. Oktober vertagte er sich und überließ dem Kanzler und seinen Staatssekretären alles Weitere. Erst am 22. Oktober trat er wieder zusammen, um eine Verfassungsreform zu beraten. Die wichtigsten Veränderungen lauteten:

- Kriegserklärungen und Friedensverträge bedurften der Zustimmung des Reichstages.
- Regierungsmitglieder durften dem Reichstag angehören.
- Der Reichskanzler und die Staatssekretäre benötigten das Vertrauen des Reichstages. Sie waren dem Reichstag und dem Bundesrat (der Vertretung der Einzelstaaten, vor allem der Landesfürsten) für ihre Amtsführung verantwortlich.
- Der Reichskanzler trug die Verantwortung für alle politischen Handlungen des Kaisers.

Mit dem In-Kraft-Treten der Reform am 28. Oktober 1918 verwandelte sich die Verfassung des Kaiserreichs, das die deutschen Fürsten „von Gottes Gnaden" ohne das Volk 1871 gegründet hatten, von einer obrigkeitsstaatlichen in eine parlamentarisch-demokratische Monarchie. Die Mehrheitsparteien waren mit dem Erreichten durchaus zufrieden. Sie wünschten jetzt eine ruhige demokratische Entwicklung, um das Problem des Friedensschlusses zu lösen.

Revolution von unten

Dazu kam es jedoch nicht mehr – zum einen, weil die immer weiter anschwellende „Friedensbewegung" bereits die Abdankung des Kaisers forderte; zum anderen, weil der Monarch und das Militär mit provozierenden Aktionen demonstrierten, dass sie nicht gewillt waren, die neue demokratische Ordnung zu respektieren und mit Regierung und Parlament loyal zusammenzuarbeiten. Am 29. Oktober 1918 reiste Wilhelm II. ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler nach Spa ins Hauptquartier der OHL. Dieser Schritt wirkte freilich wie eine Flucht aus Berlin und fügte dem Ansehen der Hohenzollernmonarchie schweren Schaden zu.

Matrosenrevolte

Seit dem Beginn der Verfassungsberatungen im Reichstag am 22. Oktober bereitete die Seekriegsleitung ohne Wissen der Reichsregierung einen Angriff auf die britische Flotte im Ärmelkanal vor. „Wenn auch nicht zu erwarten ist, dass hierdurch der Lauf der Dinge eine entscheidende Wendung erfährt, so ist es doch aus moralischen Gesichtspunkten Ehren- und Existenzfrage der Marine, im letzten Kampf ihr Äußerstes getan zu haben," heißt es in der Eintragung im Kriegstagebuch der Seekriegsleitung vom 25. Oktober 1918.

Die Matrosen erkannten rasch, dass sie von der Admiralität unmittelbar vor dem Ende des Krieges noch auf eine sinnlose „Todesfahrt" geschickt werden sollten. Am 29./30. Oktober löschten sie auf mehreren vor Wilhelmshaven liegenden Schlachtschiffen das Feuer unter den Kesseln und zerstörten die Ankerlichtmaschinen. Die Seekriegsleitung musste ihren Angriffsplan fallen lassen. Als sie mehr als 1000 Meuterer verhaften und in Wilhelmshavener und Kieler Militärgefängnisse bringen ließ, wo ihnen das Kriegsgericht und die Todesstrafe drohten, eskalierte die Entwicklung.

Am Morgen des 4. November wählten die Mannschaften Soldatenräte, bewaffneten sich und entwaffneten ihre Offiziere. Der Kieler Militärgouverneur wurde gezwungen, die gefangenen Meuterer freizulassen. Matrosen und Marinesoldaten besetzten die wichtigsten militärischen und zivilen Dienststellen. Als die Aufständischen am Abend bereits die ganze Stadt kontrollierten, erhielten sie Unterstützung von den solidarisch in Streik getretenen Werft- und Industriearbeitern. Jetzt schalteten sich die Kieler MSPD und die USPD ein. In der Nacht organisierten sie gemeinsam einen „Provisorischen Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat" als neues Machtzentrum. Aus Berlin traf der MSPD-Abgeordnete Gustav Noske ein. Er wurde begeistert begrüßt und übernahm die politische und militärische Leitung in Kiel.

Aber die Angst, von heranrückenden Truppen eingeschlossen zu werden, und die Sorge um die in Wilhelmshaven noch inhaftierten Kameraden trugen die Matrosenbewegung über Kiel hinaus. Innerhalb weniger Tage lösten reisende Matrosengruppen in den militärischen Einrichtungen der norddeutschen Hafenstädte und weiterer Städte des Binnenlandes eine revolutionäre Welle aus, die sich von selbst und unwiderstehlich in alle Himmelsrichtungen fortpflanzte. Im Prinzip spielte sich überall dasselbe ab wie in Kiel: „Die ‚Kaserne' revolutionierte die ‚Fabrik'" (Ulrich Kluge), Soldatenräte und Arbeiterräte übernahmen die Macht, MSPD und USPD setzten sich an die Spitze der Rätebewegung, um sie in geordnete Bahnen zu lenken. Es gab kaum Blutvergießen – nur selten erhob sich noch eine Stimme oder regte sich eine Hand für die Rettung der alten Ordnung. Die Monarchie begann zu zerbrechen: Am späten Abend des 7. November rief der bayerische USPD-Führer Kurt Eisner in München die Republik aus; am 8. dankte der Wittelsbacher König Ludwig III. ab. Ähnlich erging es in den nächsten Tagen den übrigen Fürstenhäusern. Die Friedensbewegung hatte sich in eine „Volksbewegung gegen den Militär- und Obrigkeitsstaat" (Helmut Heiber) verwandelt.

Revolution in Berlin

Vor diesem Hintergrund forderte die MSPD am 7. November ultimativ einen stärkeren Einfluss im Kabinett, eine parlamentarische Regierung auch in Preußen und „den sofortigen Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen". „Jetzt heißt's, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, sonst gibt's doch anarchische Zustände im Reich" – so beurteilte der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann die Lage.

Denn inzwischen bereiteten sich Berliner Linksradikale auf die Revolution vor: Teile des linken Flügels der USPD, namentlich die „Spartakusgruppe" (in Berlin annähernd 100, reichsweit 2000 bis 3000 Anhänger der russischen Revolution, geführt von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) sowie die „Revolutionären Obleute" (80 bis 100 bei den Berliner Arbeitern angesehene linksradikale Gewerkschaftsfunktionäre). Wie überall musste die Haltung der Soldaten den Ausschlag geben; aber anders als in den übrigen Städten ging es in der Hauptstadt in erster Linie um die Kontrolle über die Reichspolitik.

Am 9. November begann die Revolution mit einem Generalstreik der größeren Betriebe, ausgerufen von den Revolutionären Obleuten und der Spartakusgruppe, mitgetragen von der MSPD und den ihr nahestehenden Gewerkschaften, unterstützt von den zunehmend MSPD-orientierten Soldaten.

Arbeiter- und Soldatenräte wurden gebildet, das Polizeipräsidium und andere strategisch wichtige Gebäude besetzt. Die Straßen der Innenstadt füllten sich mit endlosen Demonstrationszügen. Da die MSPD jetzt fürchtete, ihren Einfluss auf die revolutionäre Bewegung zu verlieren, erklärte sie ihren Austritt aus der Reichsregierung.

Abdankung der Hohenzollern

Zur selben Zeit versuchte Prinz Max die Monarchie zu retten. Vergeblich beschwor er den Kaiser in Spa telefonisch und telegrafisch zur Übergabe des Throns an einen „Regenten" (das heißt einen verfassungsmäßigen Vertreter), der Friedrich Ebert zum Reichskanzler ernennen und eine „verfassunggebende deutsche Nationalversammlung" wählen lassen sollte. Gegen 11.30 Uhr sah der Kanzler keine andere Möglichkeit mehr, als eigenmächtig den Verzicht von Kaiser und Kronprinz auf den deutschen Kaiserthron und den preußischen Königsthron bekannt zu geben.

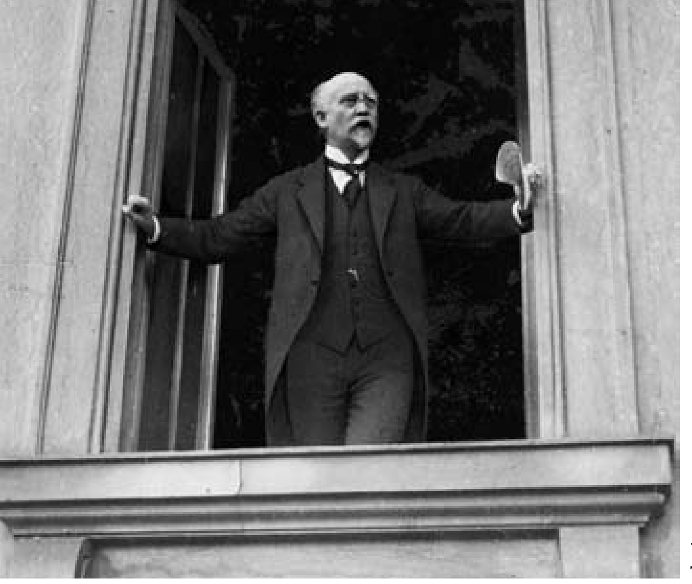
Gegen zwölf Uhr erschien die MSPD-Führung in der Reichskanzlei; der Parteivorsitzende Friedrich Ebert forderte Prinz Max zur Übergabe der Regierungsgeschäfte auf. Nach einer kurzen Kabinettsberatung „übertrug" der Kanzler sein Amt auf Ebert.

Der neue Regierungschef ließ die Oktoberregierung weitgehend unverändert, stellte aber dem preußischen Kriegsminister und dem für Berlin zuständigen Militärbefehlshaber sozialdemokratische Kontrolleure an die Seite. Ebert wandte sich sogleich mit mehreren Aufrufen an die Öffentlichkeit, in denen er versprach, eine „Volksregierung" zu bilden, Frieden zu schließen und die Freiheit zu sichern. Er beschwor die Bürger, die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, die Straßen zu verlassen und für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Eine verfassunggebende Nationalversammlung sei zu wählen – erstmals unter Beteiligung der Frauen. Die Soldaten sollten so rasch wie möglich zu ihrer Familie und zur Erwerbsarbeit zurückkehren. Das Eigentum müsse vor „willkürlichen Eingriffen" geschützt werden.



ullstein bild – SZ Photo

Bewaffnete aufständische Matrosen, Mitglieder der USPD und des Spartakusbundes in den ersten Revolutionstagen auf der Straße Unter den Linden in Berlin



akg-images

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann, Staatssekretär unter den Reichskanzlern Max von Baden und Friedrich Ebert, an einem Fenster der Reichskanzlei am 9. November 1918

Ausrufung der Republik

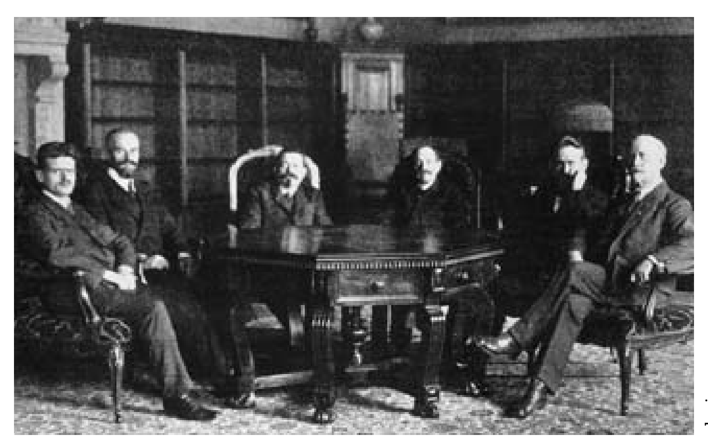
Aber die Massen erwarteten eine klarere politische Orientierung. Gegen zwei Uhr nachmittags wurde Philipp Scheidemann von Parteifreunden genötigt, an ein Fenster des Reichstags zu treten und zu der versammelten Menge zu sprechen. Er ließ sich spontan dazu hinreißen, nicht nur das Ende der Hohenzollernherrschaft und des „Militarismus" zu verkünden, sondern auch die „deutsche Republik" auszurufen. Reichskanzler Ebert werde eine Regierung aller sozialistischen Parteien bilden. Die Menge reagierte begeistert, Ebert jedoch war entsetzt: „Du hast kein Recht, die Republik auszurufen! Was

aus Deutschland wird, ob Republik oder was sonst, entscheidet eine Konstituante (verfassunggebende Nationalversammlung – Anm.d.Red.)!", schrie er seinen Parteifreund an.

Nur zwei Stunden später proklamierte der „Spartakus"-Führer Karl Liebknecht vom Balkon des Berliner Stadtschlosses aus die „freie sozialistische Republik Deutschland". Er erklärte die „Herrschaft des Kapitalismus" für gebrochen und propagierte eine „neue staatliche Ordnung des Proletariats" mit dem Ziel der „Vollendung der Weltrevolution".

Um die Linksradikalen durch ein rasches Regierungsbündnis zwischen MSPD und USPD auszumanövrieren, machte Ebert der USPD-Führung erhebliche Zugeständnisse: Grundsatzentscheidungen sollte eine Vollversammlung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte treffen, die verfassunggebende Nationalversammlung vorläufig zurückgestellt werden. Auf dieser Basis wurde am Vormittag des 10. November ein neues, von beiden sozialdemokratischen Parteien paritätisch besetztes „entscheidendes Kabinett" gebildet, dem die bisherigen Fachminister als „Gehilfen" unterstanden.

Am selben Morgen übertrug Kaiser Wilhelm II. in Spa Hindenburg das militärische Oberkommando und reiste nach Holland ins Exil. Ludendorff floh, verkleidet und mit falschen Papieren, nach Schweden.



Die erste republikanische Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, am 11. November 1918 in Berlin (v. l. n. r.): Emil Barth (USPD), Otto Landsberg (MSPD), Friedrich Ebert (MSPD), Hugo Haase (USPD), Wilhelm Dittmann (USPD) und Philipp Scheidemann (MSPD)

akg-images

Rat der Volksbeauftragten

Am Nachmittag nahm eine Versammlung von 3000 in den Berliner Betrieben und Kasernen gewählten, mehrheitlich MSPD-orientierten Vertretern der Arbeiter und Soldaten die Einigung zwischen USPD und MSPD begeistert auf. Störversuche der Spartakusgruppe blieben erfolglos. Die neue Regierung wurde „bestätigt" und „Rat der Volksbeauftragten" genannt. Die MSPD hielt die wichtigsten Ressorts – vor allem Inneres und Militär (Ebert) – in ihren Händen. Zwar erreichte die USPD-Linke die Wahl eines „Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin", der die Volksbeauftragten kontrollieren sollte. Die 24 Mitglieder standen jedoch mehrheitlich der MSPD nahe. Otto Wels (MSPD) wurde Stadtkommandant, Emil Eichhorn (USPD) Polizeipräsident von Berlin.

Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann …

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das alte Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt! Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes, nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können! Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen! Dem Oberkommandierenden in den Marken und dem Kriegsminister Scheüch werden je ein Beauftragter beigegeben. Der Abgeordnete Genosse Göhre wird alle Verordnungen des Kriegsministers Scheüch gegenzeichnen. Also es gilt von jetzt ab, die Verfügungen, die unterzeichnet sind von Ebert, und die Kundmachungen, die gezeichnet sind mit den Namen Göhre und Scheüch, zu respektieren. Sorgen Sie dafür, daß die neue deutsche Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgend etwas gefährdet werde! Es lebe die deutsche Republik!

Von einem, der dabei war: Wie die deutsche Republik ausgerufen wurde, in: Deutscher Revolutionsalmanach für das Jahr 1919 über die Ereignisse des Jahres 1918, Hoffmann & Campe, Berlin 1919, S. 72

… und durch Karl Liebknecht

[…] der Tag der Freiheit ist angebrochen. Nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor 70 Jahren stand hier am selben Ort Friedrich Wilhelm IV. und mußte vor dem Zug der auf den Barrikaden Berlins für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor den fünfzig blutüberströmten Leichnamen, seine Mütze abnehmen. Ein anderer Zug bewegt sich heute hier vorüber. Es sind die Geister der Millionen, die für die heilige Sache des Proletariats ihr Leben gelassen haben. […] Parteigenossen, ich proklamiere die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: ‚Habt ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, so wenden wir uns von Euch ab.' Und nun hat es kaum vier Tage gedauert.

Wenn auch das Alte niedergerissen ist […], dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. […] Hoch die Freiheit und das Glück und der Frieden!

Ausrufung der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht, 9.11.1918, in: Peter Longerich (Hg.), Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, Piper, München 1992, S. 46 f.

Positionen im Kampf um die politische Neuordnung am 9./10. November 1918

Schreiben des Vorstandes der MSPD an den Vorstand der USPD, 9.11.1918

Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.

[Antwort:] Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und die jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

[Antwort:] Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluss aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

[Antwort:] Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. [...]

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

[Antwort:] Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, indessen hat die Konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Antwort des Vorstandes der USPD an den Vorstand der MSPD, 10.11.1918

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir Folgendes: Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen. [...]

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der Konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Aufruf der Spartakusgruppe, 10.11.1918

Sichert die von euch errungene Macht!

[...] Mit der Abdankung von ein paar Hohenzollern ist es nicht getan.

[...] Denn euer Ziel ist die sofortige Herbeiführung eines proletarisch-sozialistischen Friedens, der sich gegen den Imperialismus aller Länder wendet, und die Umwandlung der Gesellschaft in eine sozialistische.

Zur Erlangung dieses Zieles ist es vor allem notwendig, [...] folgende Forderungen mit aller Entschlossenheit und unbezähmbaren Kampfwillen zu verfolgen:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; [...]

2. Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

3. Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände sowie aller Rüstungsbetriebe an den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit; Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. [...]

8. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes.

10. Sofortige Rückberufung der russischen Botschaft nach Berlin.

[...] Es darf kein „Scheidemann" mehr in der Regierung sitzen; es darf kein Sozialist in die Regierung eintreten, solange ein Regierungssozialist noch in ihr sitzt. Es gibt keine Gemeinschaft mit denen, die euch vier Jahre lang verraten haben.

Wolfgang Michalka / Gottfried Niedhart (Hg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, dtv, München 1980, S. 27 ff.

Pro und Contra Rätesystem

Aus den Debatten des Reichsrätekongresses am 19. 12. 1918

Max Cohen-Reuß (MSPD)

Wie man auch über die Arbeiter- und Soldatenräte denken mag [...], in jedem Falle drücken die Arbeiter- und Soldatenräte nur einen Teilwillen, niemals aber den Willen des ganzen deutschen Volkes aus. Diesen festzustellen, darauf kommt es an. [...] Wenn wir eine sozialistische Mehrheit bekommen wollen, müssen wir die Nationalversammlung so schnell wie möglich einberufen. [...] (Es) wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will. [...]

Parteigenossen, schätzen Sie wirklich [...] den Widerstand der bürgerlichen Kreise und der Intelligenz so gering ein, dass wir, wenn wir sie politisch entrechten, gegen ihren Willen die Wirtschaft führen können? [...]

Ernst Däumig (USPD)

[...] [Das] muss doch jedem Klardenkenden einleuchten, dass die jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung gleichbedeutend ist mit einem Todesurteil [...] für das Rätesystem. [...]

Im Wirtschaftsleben werden mit Hilfe der Nationalversammlung und des Bürgertums die Gewerkschaften alten Stils natürlich die Arbeiterräte aus den Betrieben ganz schnell herausgedrängt haben. [...] Die Diktatur ist zweifellos mit dem Rätesystem verbunden. Aber was sich in Russland durch die historischen Gesetze aufzwang, braucht noch lange nicht in Deutschland der Fall zu sein. [...]

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.-21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenografische Berichte, Berlin 1919, in: Gerhard A. Ritter / Susanne Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Frankfurt/M. 2. Aufl. 1983, S. 372 ff.

Bundesarchiv, Bild 183-2004-0206-500 / Fotograf: unbekannt



Staatssekretär Matthias Erzberger (3. v.l.) vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in einem Eisenbahnwagen bei Compiègne. Der Zentrumspolitiker zieht damit den Hass der nationalistischen Rechten auf sich.

Am Abend des 10. November hatte sich die breite Mehrheit der gemäßigten Sozialisten gegen die linksradikale Minderheit durchgesetzt.

Waffenstillstandsunterzeichnung

Währenddessen leistete der Kern des deutschen Heeres an der zurückweichenden Westfront noch immer zähen Widerstand. Am 5. November 1918 erklärten die Alliierten ihre Bereitschaft zu Waffenstillstandsverhandlungen. Drei Tage später nahm die noch von Prinz Max entsandte, von Staatssekretär Matthias Erzberger (Zentrum) geleitete deutsche Delegation im Hauptquartier des alliierten Oberkommandierenden, Marschall Foch, im Wald von Compiègne nordöstlich von Paris die harten Waffenstillstandsbedingungen entgegen:

- Rückzug des Westheeres hinter den Rhein innerhalb von 15 Tagen,
- Besetzung der linksrheinischen deutschen Gebiete sowie dreier Brückenköpfe bei Köln, Mainz und Koblenz durch alliierte Truppen innerhalb von 25 Tagen,
- Aufrechterhaltung der Seeblockade bis zum Friedensvertrag,
- Übergabe des schweren Kriegsgerätes, der U-Boote und der Hochseeflotte,
- Ablieferung von 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 5000 LKW als erste Reparationsleistungen,
- Freilassung der alliierten Kriegsgefangenen,
- Aufhebung der Friedensverträge mit Rumänien und Russland,
- Rückzug des Ostheeres auf Abruf hinter die deutsche Grenze von 1914; vorläufige Stationierung deutscher Truppen im Baltikum, um die Ausbreitung des russischen Kommunismus zu verhindern.

Erzbergers Hoffnung, als demokratischer Zivilist und Friedenspolitiker könne er bessere Bedingungen aushandeln als ein kaiserlicher General, wurde bitter enttäuscht. Marschall Foch

Matthias Erzberger

Als was sollte man die 66. Sitzung der Nationalversammlung am 25. Juli 1919 in Weimar beschreiben? Als eine Art […] Jüngstes Gericht? Oder als eine erste parlamentarische Sternstunde der jungen Weimarer Republik? Noch den heutigen Leser des Protokolls überkommt ein kalter Schauer angesichts der scharfen Abrechnung, die der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger den Parteien der Rechten, dem früheren kaiserlichen Regiment und der Führung der Reichswehr vorhielt. Zum ersten Mal erfuhren die Deutschen an jenem Freitagnachmittag von dem größenwahnsinnigen Versagen der vormaligen Reichsführung.

[…] Von ihr sei die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens im Jahre 1917 sabotiert worden: „Durch die Verblendung militärischer Machthaber, die für unsere politische Kraft und militärische Macht nicht das richtige Augenmaß hatten, ist ein günstiger Moment für die Herbeiführung des Friedens versäumt und verpaßt worden." […] „Jeder Friedensvertrag", resümierte Erzberger am Ende seiner Rede, „ist die Schlußrechnung eines Krieges. Wer den Krieg verliert, verliert den Frieden, und wer hat bei uns den Krieg verloren? […] [D]iejenigen, welche den handgreiflichen Möglichkeiten eines maßvollen und würdigen Friedens immer wieder einen unvernünftigen, trotzigen und verbrecherischen Eigensinn entgegenstellten […]. Dadurch, daß wir Ihren Waffenstillstand und Ihren Frieden unterzeichnen mußten, haben wir für Ihre Schuld gebüßt. Diese Schuld werden Sie niemals los, […] weder vor uns, noch vor der Geschichte, noch vor Ihrem eigenen Gewissen." Das Protokoll verzeichnet: „Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. – Zischen rechts. […]

In der Tat konnte man sich keinen größeren Gegensatz vorstellen: da die protestantische, teils akademische, teils militärische, teils unternehmerische, zumeist adelige Elite des preußisch dominierten Reiches – hier der württembergische Katholik Matthias Erzberger, ganz kleiner Leute Kind, ohne universitäre Bildung, ohne militärischen Rang, weder Vermögen noch Titel geerbt und alles, was er war, durch hohe Begabung und harten Fleiß erarbeitet. Erzberger hatte ihnen die Konsequenzen ihres Versagens abgenommen – und genau das haben ihm die alten Eliten nie verziehen. Als er nahe dem Kurort Bad Griesbach im Hochschwarzwald […] am 26. August 1921 von zwei rechtsradikalen Fememördern erschossen wurde, war die Freude unter den Feinden der jungen Weimarer Republik kaum noch klammheimlich zu nennen. […]

Im Kabinett des SPD-Kanzlers Philipp Scheidemann Minister ohne Ressort, [war] er [zuvor] am 21. Juni 1919 im Kabinett Gustav Bauers (ebenfalls SPD) zum Finanzminister ernannt [worden]. In wenigen Monaten setzte er […] eine völlig neue Finanzverfassung für Deutschland durch, vor allem eine einheitliche Finanzverwaltung. Auf diese Weise stellte er das Reich auf eigene fiskalische Beine und schuf ein Steuersystem, das im Grundsatz bis heute Bestand hat und das die materiellen Privilegien der Besitzbürger im Sinne der Leistungsgerechtigkeit stutzte. Allein diese enorme Tat müsste ihm einen Ehrenplatz in der Geschichte unserer Republik sichern. […] [B]is auf den heutigen Tag erinnert im Straßenbild der Reichs- und Bundeshauptstadt Berlin kein einziges öffentliches Zeichen an diesen Opfergänger unserer Demokratie.

Robert Leicht, „Patriot in der Gefahr", in: Die Zeit Nr. 34 vom 18. August 2011

gewährte lediglich eine geringfügige Verlängerung der Rückzugsfrist. OHL-Chef Hindenburg riet dringend zur Annahme des Waffenstillstandes.

Als dieser am 11. November 1918 um 11 Uhr die Kampfhandlungen beendete, hatte der Erste Weltkrieg insgesamt ca. zehn Millionen Tote und 20 Millionen Verwundete gefordert. Etwa 1,8 Millionen deutsche Soldaten waren gefallen, 4,2 Millionen waren verwundet und oftmals verstümmelt worden, mehr als 600 000 befanden sich in Kriegsgefangenschaft.

Rätesystem oder Parlamentarismus?

In ganz Deutschland hatte sich über private und staatliche Betriebe und über Regierungen, Verwaltungen und Militärbehörden aller Ebenen ein locker geknüpftes Netz aus revolutionären Gremien gelegt; es reichte vom Rat der Volksbeauftragten über die Revolutionsregierungen in den Bundesstaaten bis zu den regionalen und lokalen Arbeiter- und Soldatenräten. Dieses revolutionäre Netzwerk stützte sich auf die bewaffnete Macht der Soldaten, die Streikmacht der Arbeiter und die Demonstrationsmacht der Massen.

In diesem provisorischen Gebilde aus alten und neuen Strukturen dominierte die MSPD. Hinter ihr standen die meisten Arbeiterräte und fast alle Soldatenräte. Ihr Parteiapparat bildete in Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen ein eigenes, ausgedehntes Kommunikations- und Kooperationsnetz. Durch die Zusammenarbeit mit der USPD – in ländlichen Städten auch mit bürgerlichen Katholiken und Liberalen – hatte die MSPD die Linksradikalen fast völlig aus den Räten heraushalten können. Außerdem hielt sie eine strategische Schlüsselstellung in Händen: „Durch das Aufeinandertreffen der beiden Bewegungen – quasi-legale Machtüberleitung ‚von oben‘, revolutionäre Machtbildung ‚von unten‘ – kam Friedrich Ebert, der Führer der Mehrheitssozialisten, in eine Doppelstellung und -funktion hinein […]. Er war noch ernannter Reichskanzler und damit von der alten Ordnung beglaubigter Macht- und Entscheidungsträger, gewissermaßen eine Brücke der Legalität; zugleich stützte er sich als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten auf die revolutionäre Legitimität und stand ihr gegenüber in Verantwortung.“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde).

Der von Ebert geleitete Rat der Volksbeauftragten stand vor gewaltigen Aufgaben: Acht Millionen Soldaten mussten demobilisiert und wieder in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden; davon waren drei Millionen in kürzester Frist über den Rhein ins Reich zurückzuführen. In Anbetracht des bevorstehenden Winters musste die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial (Kohle) gewährleistet werden. Und nicht zuletzt war ein Mindestmaß an innerer und äußerer Sicherheit aufrechtzuerhalten und insbesondere die Einheit des Reiches in Süd- und Westdeutschland gegen separatistische Tendenzen, im östlichen Grenzgebiet gegen polnische Expansionsbestrebungen zu behaupten.

Vertagung der Sozialisierung

In Anbetracht der schwierigen Umstände wurden diese Probleme erstaunlich gut gemeistert. Dies war allerdings nur mit einem Heer qualifizierter Fachleute möglich, über das MSPD und USPD nicht selbst verfügten. Die Volksbeauftragten waren daher auf die wilhelminischen Unternehmer und Großagrarier, Offiziere, höheren Regierungs- und Verwaltungsbeamten, Richter, Staatsanwälte und Polizeiführer angewiesen. Eben-

Vergleich von Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie mit dem Rätemodell

Merkmal	*Parlamentarische Demokratie*	*Rätemodell*
(1) Wählerschaft und Willensbildung	*Gesellschaftsmitglieder in der Rolle des einzelnen „Staatsbürgers“. Individuelle Meinungsbildung durch Parteien unterstützt. Wahl der „freien“ Repräsentanten.*	*Basiseinheiten (Arbeiter eines Betriebes, Wohneinheiten, aber auch „Senioren“) in allen gesellschaftlichen Bereichen. Permanente öffentliche Diskussion (herrschaftsfreier Dialog); dabei einheitliche Willensbildung des Kollektivs.*
(2) Repräsentation	*Abgeordnete auf mehreren Ebenen von Parteien nominiert, unter Einfluss von (organisierten) Interessen; von Wahlberechtigten für bestimmte Perioden gewählt.*	*Räte als System von Delegationskörperschaften („Pyramide“), gewählt von den jeweils nachgeordneten Ebenen. Keine Parteien, keine Verbände; alle öffentlichen Ämter durch Wahl besetzt.*
(3) Mandat	*Freies Mandat (nur dem Gewissen unterworfen), mit taktischen Einengungen (Fraktions- und Parteidisziplin).*	*Imperatives Mandat, jeder kann jederzeit abberufen werden (recall), Beschlüsse der entsendenden Einheiten sind zu vertreten (Rückkoppelung); Ämterrotation.*
(4) Gewaltenteilung	*Zentrales Prinzip, insbesondere Regierung/Opposition (mit Minderheitenschutz); unabhängige Gerichte.*	*Unnötig (nach Aufhebung der Klassenherrschaft); Räte übernehmen exekutive, legislative und judikative Funktionen gleichzeitig.*
(5) Menschenbild	*Mensch mit begrenzten Fähigkeiten und Möglichkeiten; jeder kann nicht alles machen. Persönliches Machtstreben begrenzen. Geringes Maß an sozialer Gleichartigkeit; Vielfalt der Interessen und Ideen.*	*„Neuer Mensch“ mit umfassenden analytischen, theoretischen und praktischen Fähigkeiten; kann verschiedenste Funktionen wahrnehmen. Kein persönliches Machtstreben. Hohes Maß an sozialer Gleichartigkeit.*

Carl Böhret u. a., Innenpolitik und politische Theorie. VS-Verlag, Wiesbaden 1987, S. 381

diese monarchistischen Eliten hätte man jedoch enteignen bzw. aus ihren Positionen entfernen müssen, um die Republikanisierung und Demokratisierung dauerhaft abzusichern. In diesem Dilemma gaben die regierenden Sozialdemokraten der Lösung der dringendsten Aufgaben den Vorrang, zumal die Frage der Überführung von Schlüsselindustrien (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung, Energiewirtschaft) in Formen von Gemeineigentum („Sozialisierung") zwischen ihnen umstritten war. Die MSPD-Volksbeauftragten sahen sich in erster Linie als „Konkursverwalter" (Ebert) des Kaiserreiches; verfassungsrechtliche Entscheidungen – Rätesystem oder parlamentarische Demokratie, Privatwirtschaft oder Sozialisierung – durften nach ihrer Überzeugung nicht durch spontan gebildete Arbeiter- und Soldatenräte, sondern nur durch eine vom Volk gewählte Nationalversammlung getroffen werden. Demgegenüber drängten die USPD-Volksbeauftragten auf eine schnelle Sozialisierung; eine Nationalversammlung sollte nach ihren Vorstellungen erst später gewählt und (auf noch zu klärende Weise) mit dem Rätesystem verbunden werden. Beide Linksparteien waren sich jedoch einig, über die Frage der Nationalversammlung möglichst bald einen Beschluss durch einen Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte herbeizuführen.

Machterhalt der wilhelminischen Eliten

So bewirkte die Entwicklung zwischen November 1918 und Januar 1919 ein Abbremsen der Revolution – die Umwälzung blieb letztlich auf den politischen Bereich beschränkt. Eine Demokratisierung des öffentlichen Dienstes, der Wirtschaft und wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen fand nicht statt. Seit Eberts Aufrufen vom 9. November arbeiteten die Regierungs-, Verwaltungs- und Justizbehörden ohne wirksame Kontrolle weiter; selbst betont antidemokratische Beamte wurden nicht entlassen. Gymnasien und Universitäten – Hochburgen des Monarchismus, Nationalismus und Antisemitismus – blieben unreformiert. Allerdings mussten die evangelischen Landeskirchen, deren Pfarrer sich (besonders in Preußen) überwiegend kritiklos mit Kaiser und Reich identifiziert hatten, auf das landesherrliche Kirchenregiment (das heißt auf die Stellung des Landesfürsten als Kirchenoberhaupt) verzichten, das dem Protestantismus eine privilegierte Stellung gegenüber dem Katholizismus gesichert hatte.

Generalität und Offizierskorps behielten ihre Stellung. Noch am Abend des 10. November 1918 unterstellte sich die OHL in einem Telefongespräch (bekannt als „Ebert-Groener-Bündnis") dem Rat der Volksbeauftragten, um ihrer Auflösung zu entgehen und ihre Autorität gegenüber den Soldaten zu festigen. Zwar wurden die kaiserlichen Militärs für die Demobilisierung noch gebraucht, aber die Volksbeauftragten versäumten es, der OHL gegenüber selbstbewusst aufzutreten und deren Befugnisse auf das Nötigste zu beschränken. Der Versuch, das kaiserliche Militär durch eine „Freiwillige Volkswehr" zu ersetzen, scheiterte, weil nur noch wenige republikanisch und demokratisch gesinnte Weltkriegssoldaten zum Wehrdienst bereit waren. So blieb die alte Armee bestehen. Im Zuge der Demobilisierung schmolz sie unter der Regie der OHL bis zum Sommer 1919 auf einen Kern von etwa 150 000 Soldaten zusammen, die der Republik und der Demokratie fast ausnahmslos fern standen.

Auch die ostelbischen adligen und bürgerlichen Großgrundbesitzer, die im Kaiserreich den Großteil des höheren



bpk

Der DVP-Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der Unternehmerverbände Hugo Stinnes (links), hier 1923 mit dem Industriellen Carl Duisberg

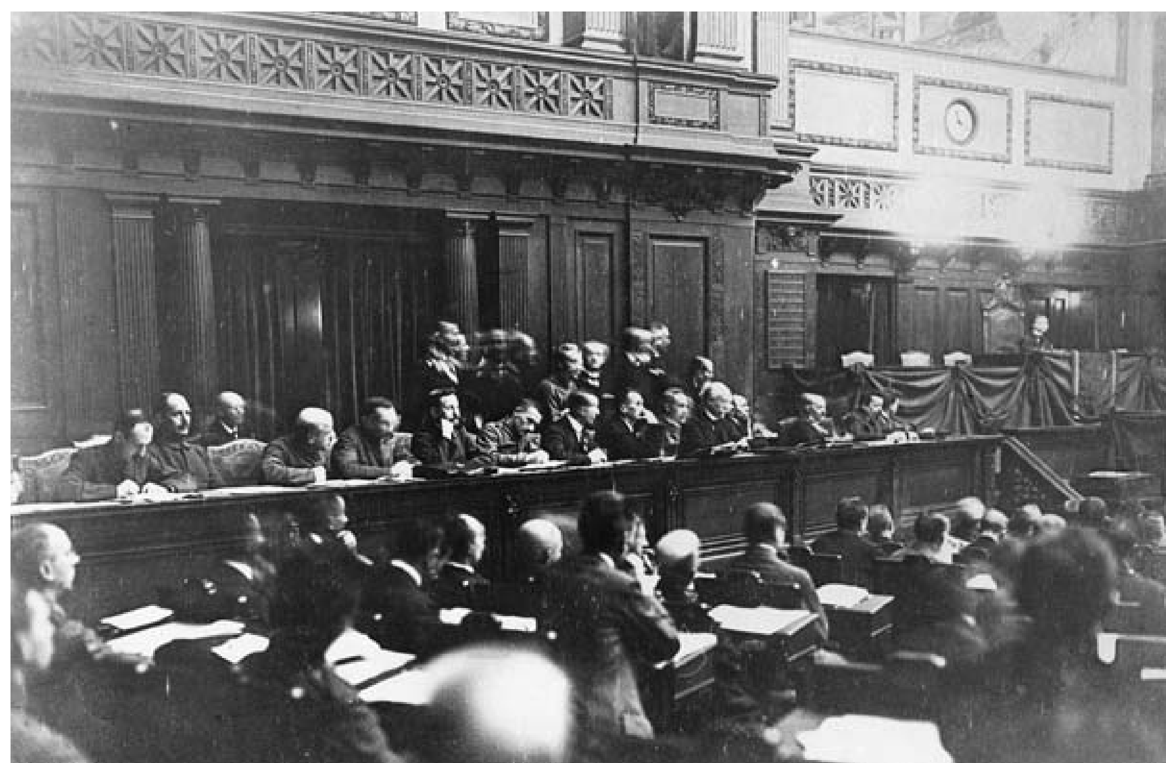
Offizierskorps stellten und das Rückgrat der Monarchie bildeten, kamen ungeschoren davon. Sie durch Enteignung zu entmachten, wurde von keiner gesellschaftlichen Gruppe gefordert.

Verzicht auf Sozialisierung – der Stinnes-Legien-Pakt

Schon früh wurden die Weichen so gestellt, dass die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen – auch sie Säulen des kaiserlichen Obrigkeitsstaates – von Enteignungen verschont blieben. Am 15. November 1918 schlossen der Vorsitzende der Unternehmerverbände Hugo Stinnes und der (der MSPD angehörende) Gewerkschaftsvorsitzende Carl Legien ein Abkommen, in dem sie folgendes vereinbarten:

- die Anerkennung der Gewerkschaften als „berufene Vertretung der Arbeiterschaft" und das Prinzip der kollektiven Tarifverträge,
- den Acht-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich,
- Arbeiterausschüsse und paritätische Schlichtungsausschüsse in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten,
- die Wiedereinstellung der demobilisierten Soldaten,
- sowie einen paritätisch besetzten „Zentralausschuss" (Zentralarbeitsgemeinschaft/ZAG) zur Durchführung des Abkommens und zur „Entscheidung grundsätzlicher Fragen".

Erstmals wurden die Gewerkschaften von den Unternehmern als gleichberechtigte Vertragspartner anerkannt. Auch war die damals geschaffene Tarifautonomie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein bedeutender sozialpolitischer Erfolg, der noch heute einen Eckpfeiler des Sozialstaates der Bundesrepublik bildet. Das geschickte Angebot der Unternehmer – „Sozialpolitik gegen Verzicht auf Sozialisierung" (Eberhard Kolb) – stieß bei den Gewerkschaftsführern auf Zustim-



ullstein bild – SZ Photo

Vom 16. bis zum 21. Dezember tagt im Berliner Abgeordnetenhaus die Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte. Zur Diskussion steht die Frage nach dem zukünftigen System: parlamentarische Demokratie oder Ausbau des Rätesystems?

mung, weil diese die spontane Rätebewegung in den Betrieben als lästige Konkurrenz empfanden. Die Volksbeauftragten einigten sich zwar am 18. Dezember auf den Kompromiss, Industriezweige, die dafür „reif" waren, zu sozialisieren, sobald eine Expertenkommission aus Wirtschaftswissenschaftlern, Unternehmern und Arbeitervertretern die notwendigen Einzelheiten ausgearbeitet hätte. Aber dieser Beschluss lief auf eine Vertagung der Sache hinaus.

Ebenfalls am 15. November 1918 beriefen die Volksbeauftragten Hugo Preuß, einen angesehenen linksliberalen Staatsrechtslehrer und bekannten Kritiker des kaiserlichen Obrigkeitsstaates, zum Staatssekretär des Innern und erteilten ihm den Auftrag, eine neue Reichsverfassung zu entwerfen. Preuß' Ernennung signalisierte, dass die MSPD ihre Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum und dem politischen Katholizismus fortsetzen wollte.

Grundsatzentscheidungen im Reichsrätekongress

Vom 16. bis zum 21. Dezember 1918 tagte im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin der „Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands". Reichsweit war auf je 200 000 Einwohner bzw. je 100 000 Soldaten ein Delegierter gewählt worden. Der Kongress führte eine Grundsatzdebatte über die Vor- und Nachteile des Rätesystems und der parlamentarischen Demokratie sowie über den richtigen Zeitpunkt der Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Er fasste – jeweils mit großer Mehrheit – richtungweisende Beschlüsse:

- Abgelehnt wurde der Antrag der USPD, am „Rätesystem als Grundlage der Verfassung einer sozialistischen Republik" festzuhalten und den Räten die „höchste gesetzgebende und Vollzugsgewalt" zuzugestehen.
- Angenommen wurde der Antrag der MSPD, bis zur Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zu übertragen und diesen nicht mehr durch den Berliner Vollzugsrat, sondern durch einen vom Kongress zu wählenden „Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik" zu kontrollieren. In diesem Gremium war dann nur die MSPD vertreten – die USPD boykottierte die Wahl, weil der Zentralrat keine Gesetzgebungsbefugnis erhielt. Das Ende der Zusammenarbeit zwischen den beiden Linksparteien kündigte sich an.
- Die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung wurden auf den frühestmöglichen Termin (19. Januar 1919) festgesetzt.

Damit hatte sich erwartungsgemäß die politische Linie der MSPD durchgesetzt. Denn von den 514 Delegierten des Reichsrätekongresses stellte sie rund 300, die USPD etwa 100 (darunter 10 Spartakisten); die übrigen waren Linksliberale, Parteilose oder Vertreter unabhängiger revolutionärer Gruppen.

Umso mehr überraschten zwei weitere Beschlüsse: Die Volksbeauftragten wurden angewiesen, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen". Auch sollten sie die militärische Kommandogewalt (unter der Kontrolle des Vollzugsrates) selbst übernehmen und für die „Zertrümmerung des Militarismus" und die „Abschaffung des Kadavergehorsams" sorgen. Offenbar existierte in der starken demokratisch-sozialistischen Massenbewegung ein parteiübergreifender Konsens über eine sofortige (!) strukturelle Demokratisierung von Heer, Verwaltung und Wirtschaft.

Doch die Mehrheitssozialdemokraten blieben ihrer Devise, dass man der Nationalversammlung nicht vorgreifen dürfe, treu und verschleppten die Reformbeschlüsse des Rätekon-



bpk

Angehörige der Volksmarinedivision im Berliner Stadtschloss während der Weihnachtskämpfe 1918. Die Gefechte fordern knapp 70 Todesopfer.

gresses. Mit dieser Politik enttäuschten sie Teile ihrer Anhängerschaft und brachten die radikale Linke noch mehr gegen sich auf. Daher waren sie, um die Macht zu behaupten, immer stärker auf die alten Mächte angewiesen – vor allem auf das Militär. In der Folge kam es zum Blutvergießen und zum Bruch zwischen USPD und MSPD.

Weihnachtskämpfe

Seit Mitte Dezember schwelte ein Streit um die „Volksmarinedivision", die nach dem 9. November 1918 zum Schutz des Berliner Regierungsviertels aus etwa 1000 Kieler Matrosen aufgestellt und im Schloss einquartiert worden war. Mittlerweile stand sie der USPD und dem „Spartakusbund" nahe. Da sie sich nicht korrekt verhielt – im Schloss verschwanden Kunstschätze –, sollte die Volksmarinedivision nach dem Willen der Volksbeauftragten ein neues Quartier beziehen. Die Matrosen ließen es auf eine Machtprobe ankommen: Sie setzten am 23. Dezember die Volksbeauftragten in der Reichskanzlei fest und entführten den Stadtkommandanten Otto Wels in den Marstall, wo er misshandelt wurde.

Daraufhin rief Friedrich Ebert über eine nicht überwachte Telefonleitung OHL-Truppen zu Hilfe, die sich am nächsten Tag bei einem Feuergefecht mit der Volksmarinedivision als bürgerkriegsuntauglich erwiesen: Als ihnen auch die Sicherheitswehr des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD), bewaffnete Arbeiter und eine unbewaffnete Volksmenge gegenüberstanden, zogen sie sich zurück. Ebert erlitt eine Niederlage: Wels kam frei, musste aber als Stadtkommandant zurücktreten; Schloss und Marstall wurden geräumt, aber die Volksmarinedivision blieb vorerst bestehen. Aus Protest gegen den Militäreinsatz beendete die USPD am 29. Dezember 1918 ihre Zusammenarbeit mit der MSPD und schied aus den Revolutionsregierungen aus. Im Rat der Volksbeauftragten wurden die USPD-Mitglieder durch Mehrheitssozialdemokraten (Militär: Gustav Noske, Arbeit und Soziales: Rudolf Wissell) ersetzt. Die Weihnachtskämpfe und der Bruch zwischen den beiden Linksparteien signalisierten den Eintritt der Revolution in eine zweite, weitaus radikalere Phase.

Bereits seit Mitte November hatte die OHL parallel zur Demobilisierung des Heeres die Bildung von „Freikorps" durch ausgesuchte Offiziere gefördert. In diesen (meist von Großagrariern und Industriellen finanzierten) militärischen Freiwilligenverbänden sammelten sich antirevolutionär, monarchistisch und nationalistisch eingestellte Weltkriegssoldaten, die nur das Kriegshandwerk gelernt hatten, keinen Rückweg in eine zivile Existenz mehr fanden und gegen den „Bolschewismus" kämpfen wollten. Als Reaktion auf die Weihnachtskämpfe ließen jetzt auch die Volksbeauftragten, in Zusammenarbeit mit der OHL, überall Freikorps anwerben. Sie waren nicht nur für die Sicherung der östlichen Grenzgebiete und (entsprechend dem Waffenstillstandsabkommen) den Schutz des Baltikums vor der Roten Armee, sondern auch für den Einsatz im Innern vorgesehen. Bis März 1919 entstanden etwa 100 Freikorps unterschiedlicher Stärke mit einer Gesamtzahl von 250 000 Mann. Die Freikorpssoldaten fühlten sich jedoch nicht der Republik und der Demokratie, sondern allein ihren Kommandeuren und dem Staat als solchem verpflichtet.

Gründung der KPD

Durch den Rätekongress und die Weihnachtskämpfe verschärften sich auch die Spannungen zwischen den verschiedenen Flügeln der USPD. Am 30. Dezember 1918 gründete der „Spartakusbund" zusammen mit Hamburger und Bremer Linksradikalen die „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD), die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführt wurde. Rosa Luxemburg versuchte die KPD von Lenins Parteidiktatur in Russland abzugrenzen und auf eine Doppelstrategie einzuschwören: „Der Sozialismus wird nicht gemacht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete [...]. Der Sozialismus muss durch die Massen, durch jeden Proletarier (das heißt besitzlosen Arbeiter – Anm. d. Red.) gemacht werden. [...] Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen." Der Gründungsparteitag beschloss jedoch, die Wahl der Nationalversammlung zu boykottieren – diese sei nur ein „Organ der Bourgeoisie" (das heißt des kapitalbesitzenden Bürgertums).

Januaraufstand

Den Weihnachtskämpfen folgte unausweichlich die nächste Machtprobe: Ein Berliner Polizeipräsident, der Aufständischen half, statt die Regierung zu schützen, war nicht tragbar – am 4. Januar 1919 wurde Eichhorn entlassen. USPD, Revolutionäre Obleute und KPD riefen sofort zu einer Protestdemonstration auf, die am Folgetag großen Zulauf fand und unerwartet au-

ßer Kontrolle geriet. Bewaffnete Demonstranten besetzten das Berliner Zeitungsviertel. In völliger Fehleinschätzung der Lage ließen sich die Führer der drei linksradikalen Gruppen zu dem Beschluss hinreißen, den Aufstand bis zum „Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann" fortzusetzen – sie wollten die Wahl der Nationalversammlung verhindern und die Revolution fortsetzen.

Die Volksbeauftragten hatten sich rechtzeitig an den Stadtrand zurückgezogen. Mit den Worten: „Meinetwegen! Einer muss der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!" übernahm Gustav Noske den Auftrag, in der Umgebung Berlins Freiwilligenverbände aufzustellen. Als Verhandlungen mit den Aufständischen scheiterten, ließ er am 11./12. Januar das Berliner Zeitungsviertel beschießen und stürmen. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Obwohl die Ordnung bereits am 13. Januar wiederhergestellt war, beorderte Noske zusätzliche Freikorps der OHL nach Berlin. Zu diesen gehörte eine Gruppe von Offizieren um den Hauptmann Waldemar Pabst, die am 15. Januar 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in ihre Gewalt brachte und brutal ermordete. Die Täter gingen vor dem Militärgericht straffrei aus bzw. entzogen sich ihrer geringen Freiheitsstrafe durch die Flucht.

Vom Verlust seiner beiden fähigsten Köpfe konnte sich der deutsche Kommunismus nie mehr erholen. Die KPD machte die MSPD für die Bluttat politisch verantwortlich; umgekehrt warf die MSPD der KPD vor, sie durch ihren sinnlosen Putschismus zum Militäreinsatz gezwungen zu haben. Aus Gegnerschaft wurde erbitterte Feindschaft. Nach der blutigen Niederwerfung des Januaraufstandes radikalisierte sich auch die USPD.

Die Revolution von 1918/19 im Urteil der Historiker

Die Revolution von 1918/19, aus der Weimar hervorgegangen ist, gehört zu den umstrittensten Ereignissen der deutschen Geschichte. Manche Historiker meinen, dass die erste deutsche Demokratie vielleicht nicht untergegangen und dann auch Hitler nicht an die Macht gekommen wäre, hätte es damals einen gründlichen Bruch mit der obrigkeitsstaatlichen Vergangenheit gegeben. Tatsächlich war der Handlungsspielraum der regierenden Mehrheitssozialdemokraten (also jenes Teils der alten SPD, der dem Reich bis zuletzt Kriegskredite bewilligt und seit 1917 eng mit den Parteien der bürgerlichen Mitte, dem katholischen Zentrum und den Linksliberalen, zusammengearbeitet hatte) in den entscheidenden Wochen zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Wahl der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 größer als die Akteure mit Friedrich Ebert, dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten, an der Spitze selbst meinten. Sie hätten weniger bewahren müssen und mehr verändern können. Es wäre, mit anderen Worten, möglich gewesen, in der revolutionären Übergangszeit erste Schritte zu tun auf dem Weg zu einer Demokratisierung der Verwaltung, der Schaffung eines republikloyalen Militärwesens, der öffentlichen Kontrolle der Macht – unter Umständen bis hin zu einer Vergesellschaftung des Bergbaus, einer Forderung, die nach der Jahreswende 1918/19 zu einer zündenden Streikparole wurde. […]

Gegen eine Mehrheit Politik zu machen war für die Sozialdemokraten unvorstellbar. Es hätte auch dem bisherigen Gang der deutschen Verfassungsgeschichte widersprochen. […] Deutschland war um 1918 bereits zu demokratisch, um sich eine revolutionäre Erziehungsdiktatur (sei es nach dem Vorbild der französischen Jakobiner von 1793 oder, was aktueller war, nach dem der russischen Bolschewiki von 1917) aufzwingen zu lassen.

Deutschland war auch zu industrialisiert für einen völligen Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse. […] Für hochindustrialisierte Gesellschaften aber ist ein starker Bedarf an der Aufrechterhaltung der Dienstleistungen von Staat und Kommunen, das heißt an administrativer Kontinuität, kennzeichnend. Beide Faktoren, der Grad der Demokratisierung und der Grad der Industrialisierung, wirkten objektiv revolutionshemmend. Sie erklären, warum die deutsche Revolution von 1918/19 nicht zu den großen Revolutionen der Geschichte gerechnet werden kann.

Heinrich August Winkler, Weimar: „Ein deutsches Menetekel". In: Ders. / Alexander Cammann (Hg.), Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1918-1933. C. H. Beck, München 1997, S. 15 ff.

Ich will […] nur auf die mir relativ der Wirklichkeit am nächsten kommende These von Heinrich August Winkler eingehen […].

Bisher wurde noch nie der Versuch unternommen, einmal stundenweise diese zehn Wochen (9. November 1918 bis 19. Januar 1919 – Anm. d. Red.) zu untersuchen […]. Dabei würde deutlich, dass den Mitgliedern des Rates der Volksbeauftragten ein Übermaß an Kraft und Ideen abverlangt worden ist. […] Dennoch sind in diesen zehn Wochen über 130 Gesetze […] geschaffen worden. […]

Wenn man die zehn Wochen als Zeitbudget formal fasst, dann bleibt am Schluss eigentlich nur die Zeit zwischen dem 9. November und den Weihnachtstagen 1918 übrig, auch hier schon unterbrochen durch Rebellion von Kräften in Berlin, die sicherlich nicht bolschewistisch waren, […] aber eine Lage herbeiführen halfen, in der radikale Kräfte auf beiden Seiten sich in die Hände spielen konnten. Diese „Weihnachtsunruhen" aber führten dann dazu, dass Ebert und Scheidemann, weil eben ein enormes Machtvakuum bestand, sich die Unterstützung der unter dem Befehl der Obersten Heeresleitung stehenden Freikorps sicherten, die allerdings ganz andere Ziele, nämlich solche der Rückeroberung der Macht für die reaktionäre Rechte vertraten.

Hier liegt in der Tat der große Fehler, dass es nicht gelungen ist, wie etwa in Österreich, für diese Regierung der Volksbeauftragten eine Truppe von mehreren tausend Mann zusammenzubringen, die in der Lage gewesen wäre, Putschgelüste von rechts und Aufstandsversuche von links […] niederzuhalten oder […] abschreckend zu wirken […].Weshalb sage ich: nur bis Weihnachten 1918? Nach dieser ersten Auseinandersetzung, bei der es zahlreiche Tote gab, kam es zum Rückzug der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten. Das heißt, das, was innerhalb der Regierung an Druck von links her ausgeübt hätte werden können, entfiel. Der folgende „außerparlamentarische" Druck der USPD führte im Grunde eher zur Verengung der Wahrnehmung und natürlich auch zur Verengung des Aktionsradius von Ebert und den Seinen.

Hartmut Soell, „Von der Machterschleichung zur Machtergreifung: Überlegungen zum Ende der ersten deutschen Republik".

In: Christoph Gradmann / Oliver von Mengersen (Hg.), Das Ende der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung, Manutius, Heidelberg 1994, S. 9 ff.

Parlamentarische Demokratie

Am 19. Januar 1919 wurde die verfassunggebende Nationalversammlung gewählt. Nach dem reinen Verhältniswahlrecht entfiel auf je 150 000 Stimmen ein Mandat. Durch Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre und Einführung des Frauenwahlrechts stieg die Zahl der Wahlberechtigten auf 36,7 Millionen (mehr als doppelt so viele wie bei den letzten Reichstagswahlen 1912). Im Hinblick auf die Verfassungsentwicklung war das Abschneiden der bürgerlichen Parteien, die sich im November/Dezember 1918 neu formiert hatten, von besonderem Interesse. Zwischen den Parteien des Kaiserreiches und der Republik gab es eine bemerkenswerte Kontinuität.

Bürgerliche Parteien

Im Lager des bürgerlichen Liberalismus setzte sich die überkommene Spaltung fort. Die „Deutsche Demokratische Partei“ (DDP) ging aus der „Fortschrittlichen Volkspartei“ und dem linken Flügel der „Nationalliberalen Partei“ hervor. Sie wurde getragen von eher linksliberal eingestellten Bildungsbürgern, leitenden Angestellten und Beamten, vorwiegend der Chemie- und der Elektroindustrie zugehörigen Industriellen, Mittelständlern und liberalen Juden. Die DDP war für die parlamentarisch-demokratische Republik und sagte deren „bolschewistischen“ und „reaktionären“ Gegnern den Kampf an. Für Sozialisierungen zeigte sich nur ein Teil ihrer Mitglieder und Anhänger aufgeschlossen. Dagegen führte die „Deutsche Volkspartei“ (DVP) die Tradition des rechten Flügels der Nationalliberalen fort. Sie vertrat vor allem die wirtschaftsliberal, monarchistisch und antirevolutionär gesinnten Teile des Bildungsbürgertums, der Industrie (besonders der Schwerindustrie) und des Mittelstandes.

Die „Deutsche Zentrumspartei“ blieb eine Konfessionspartei für die Katholiken aller Gesellschaftsschichten, von adligen Großgrundbesitzern bis zu christlichen Gewerkschaftsangehörigen. Die Zusammenarbeit mit der „atheistischen“ MSPD und der liberalen DDP auf dem Boden der Republik wurde besonders von dem durch die Revolution gestärkten Arbeitnehmerflügel des Zentrums getragen; der monarchistische Flügel sah in der Kooperation nur das kleinere Übel im Vergleich zu einer revolutionären Räterepublik. Die Sozialisierungsfrage war innerparteilich umstritten. Der bayerische Landesverband machte sich im November 1918 als „Bayerische Volkspartei“ (BVP) selbstständig. Sie war dem Königshaus Wittelsbach verbunden, trat betont föderalistisch und antisozialistisch auf, bildete aber auf Reichsebene eine Fraktionsgemeinschaft mit dem Zentrum.

Die wichtigsten Parteien in Deutschland vor und nach der Revolution 1918/19



Spartakusgruppe	USPD	SPD	Fortschrittliche Volkspartei	Nationalliberale Partei	Deutsche Zentrumspartei	Reichs- und Freikonservative Partei	Deutschkonservative Partei	Deutsche Vaterlandspartei Antisemit. Parteien u.a.
1915/16-	1917-	1869-	1910-1918	1867-1918	1870-	1867-1918	1876-1918	1917-1918

November/Dezember 1918

Spartakusbund

Christlich-demokratische Volkspartei

KPD	USPD	SPD	Deutsche Demokratische Partei (ab 1930: Deutsche Staatspartei)	Deutsche Volkspartei	Deutsche Zentrumspartei	Bayerische Volkspartei	Deutschnationale Volkspartei	NSDAP
	← 1920 1922 →							
gegründet 30.12.1918			1918-1933	1918-1933	-1933	1918-1933	1918-1933	1919-1945

Manfred Weißbecker u.a., Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik, Haufe, Berlin 1990, S. 32 (modifiziert)

In der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) sammelten sich Anhänger der „Deutschkonservativen Partei“, der „Reichspartei“ und der 1917 gegründeten, 1918 gescheiterten imperialistischen „Vaterlandspartei“. In erster Linie waren es Offiziere, Beamte und Angestellte, Akademiker, Mittelständler und Bauern; ostelbische Großagrarier und rheinisch-westfälische Schwerindustrielle gaben den Ton an. Die nationalkonservative und antisemitische DNVP, deren rechter Flügel die Grenze zum völkischen Rechtsradikalismus überschritt, lehnte Republik und Demokratie grundsätzlich ab. Ihr Hauptziel war die Wiedererrichtung der Hohenzollernmonarchie über Preußen und das Deutsche Reich.

Die Wahlbeteiligung betrug 83 Prozent, bei den Frauen sogar 90 Prozent. Von den 416 Abgeordneten stellten die Frauen aber nur 37 (= 8,9 Prozent). Die Stimmen der weiblichen Wähler kamen nicht etwa USPD und MSPD zugute, denen sie das Wahlrecht verdankten; vielmehr tendierten die Frauen in überwiegend protestantischen Gegenden zu DDP und DNVP, in überwiegend katholischen zum Zentrum bzw. zur BVP.

Eindeutige Wahlsieger waren die Mehrheitssozialdemokraten. MSPD, DDP und Zentrum brachten es gemeinsam auf 76,1 Prozent der Wählerstimmen, was Republik und Demokratie ein solides Fundament zu verleihen schien. Die beiden sozialdemokratischen Parteien blieben zusammen deutlich unter, die bürgerlichen Parteien über 50 Prozent. Insgesamt bedeutete das Wahlergebnis einen großen Sieg für die Anhänger der parlamentarischen Demokratie, eine klare Niederlage für deren linksradikale und monarchistische Gegner und eine bittere Enttäuschung für alle Anhänger tiefgreifender Gesellschaftsreformen durch Sozialisierungen.



ullstein bild

Bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 sind erstmals in der deutschen Geschichte Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen stimmberechtigt. Großer Andrang vor den Wahllokalen in Berlin

Nationalversammlung

Die Nationalversammlung trat am 6. Februar nicht im Berliner Reichstag, sondern im Weimarer Nationaltheater zusammen – einerseits, um nach dem Berliner Januaraufstand ungestört zu beraten, andererseits, um das republikanische Deutschland symbolisch mit den humanistischen, aufklärerischen und klassischen Traditionen der deutschen Kultur zu verbinden. Am 11. Februar wählten die Abgeordneten Friedrich Ebert zum ersten Reichspräsidenten; dieser beauftragte Philipp Scheidemann mit der Regierungsbildung. Am 13. Februar wurde die erste, vom ganzen deutschen Volk legitimierte, parlamentarisch-demokratische Regierung aus Ministern der „Weimarer Koalition“ (MSPD, DDP, Zentrum) vereidigt. Danach begannen die Verfassungsberatungen und die allgemeine Gesetzgebung.

Frühjahrsunruhen

Nach den für die radikale Linke enttäuschenden Wahlen zur Nationalversammlung kam es zwischen Februar und Mai 1919 vielerorts zu lokalen Aufständen, „wilden“ Streiks (das heißt ohne Beteiligung der Gewerkschaften) und Betriebsbesetzungen, letztere namentlich im mitteldeutschen Bergbau um Halle und Merseburg und im Ruhrgebiet. Dabei ging es um den Erhalt und Ausbau des Rätesystems, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Demokratisierung des Militärs sowie um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Massenbewegung dieser zweiten Phase der Revolution war im Umfang erheblich kleiner, aber in den Zielen bedeutend radi-



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Die Stadt Weimar gibt der Verfassung ihren Namen: Im dortigen Nationaltheater tagt vom 6. Februar bis zum 11. August die verfassunggebende Nationalversammlung.

kaler als die Volksbewegung vom November 1918. Die Mehrheit der Industriearbeiter stand jetzt im Lager der USPD.

Anfang März 1919 fand in Berlin ein von Anhängern aller Linksparteien organisierter Generalstreik für die Demokratisierung des Militärs statt. Die KPD betrieb jedoch die Umwandlung des Streiks in einen Aufstand, was zur Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin führte. Aufgrund der Falschmeldung, Kommunisten hätten 60 Polizisten ermordet, erließ Gustav Noske (inzwischen Reichswehrminister) als Inhaber der vollziehenden Gewalt am 9. März den Befehl: „Jede Person, die mit Waffen in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist sofort zu erschießen." Freikorps und Polizei machten daraufhin rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch. Die Berliner Märzkämpfe kosteten rund 1000 Menschen das Leben.

In Bayern löste am 21. Februar 1919 die Ermordung des Ministerpräsidenten Kurt Eisner (USPD) durch einen monarchistischen Offizier große Empörung aus, die in linksradikale Versuche zur Gründung einer Räterepublik mündeten. Schließlich übernahm die KPD am 13. April mit Hilfe einer von ihr aufgestellten Miliz („Rote Armee") in München die Macht. Daraufhin schickte Noske starke Freikorpsverbände, die die kommunistische Herrschaft in harten Kämpfen niederschlugen. Unter den insgesamt 606 Todesopfern befanden sich 335 Zivilisten.

Anfang Mai 1919 endete mit der Münchner Räterepublik, die die Kommunismusfurcht des Bürgertums nachhaltig schürte, auch die Revolution von 1918/19. Schon seit Januar übernahmen demokratisch gewählte Parlamente die Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte. Die meisten Räte lösten sich im Frühjahr und Sommer 1919 auf, die letzten im Herbst und Winter 1919/20.

Weimarer Verfassung

Am 31. Juli 1919 nahm die Nationalversammlung mit überwältigender Mehrheit – gegen die Stimmen von USPD, DVP und DNVP – die Weimarer Verfassung an, die nach ihrer Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten am 14. August in Kraft trat. Sie beruhte weitgehend auf dem Entwurf von Hugo Preuß. Bei den Nationalsymbolen kam es zu einem Kompromiss: Schwarz-rot-gold, die Farben der bürgerlich-demokratischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts, wurden die Reichsfarben der Republik. Die Handelsflagge behielt die schwarz-weiß-roten Farben des Kaiserreiches – mit einer kleinen schwarz-rot-goldenen Gösch in der inneren oberen Ecke. 1922 erklärte der Reichspräsident das „Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne.

Zentrale Verfassungsprinzipien waren die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und die Grundrechte, darunter erstmals die staatsbürgerliche und familienrechtliche Gleichstellung der Frauen (Artikel 109, 119 und 128). Weitere Strukturelemente bildeten die repräsentative Demokratie mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung, die plebiszitäre Demokratie mit Volksabstimmungen (nach dem Vorbild der Schweiz) und die Präsidialdemokratie mit einem starken, direkt gewählten Präsidenten (wie in den USA und in Frankreich). Der deutsche Föderalismus wurde etwas abgeschwächt: Man erweiterte die Kompetenzen des Reiches und trennte das Amt des preußischen Ministerpräsidenten vom Vorsitz des Reichsrates (der Ländervertretung) und vom Amt des Reichskanzlers. Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung wurde zum Sozialstaat ausgebaut. Die Mischung aus repräsentativen, plebiszitären und autoritären Verfassungselementen ergab jedoch kein harmonisches Ganzes.

Repräsentative, plebiszitäre und autoritäre Elemente

Die Grundrechte waren kein unmittelbares, die Gewalten (Legislative, Exekutive, Jurisdiktion) bindendes Recht (wie im Grundgesetz von 1949); sie galten nur nach Maßgabe der Gesetze. Eine dem heutigen Bundesverfassungsgericht vergleichbare Institution als Hüterin der Verfassung fehlte. Zwar war die Gesetzgebung Sache des vom Volk für vier Jahre gewählten Reichstages; auch ließen sich Einsprüche der Ländervertretung (anders als im Kaiserreich) mit einem Zweidrittelvotum des Parlamentes überstimmen. Aber ein Volksbegehren von zehn Prozent der Wahlberechtigten konnte den Reichstag dazu zwingen, einen ihm zugeleiteten Gesetzentwurf unverändert zu beschließen oder einem Volksentscheid zu überlassen (Artikel 73). Fünf Prozent der Wahlberechtigten vermochten unter bestimmten Bedingungen sogar einen Volksentscheid über ein vom Parlament bereits verabschiedetes Gesetz zu erzwingen (Artikel 72). Diese Möglichkeiten direkter Demokratie stellten die Kompetenz des Parlaments, mithin die repräsentative Demokratie als solche, infrage.

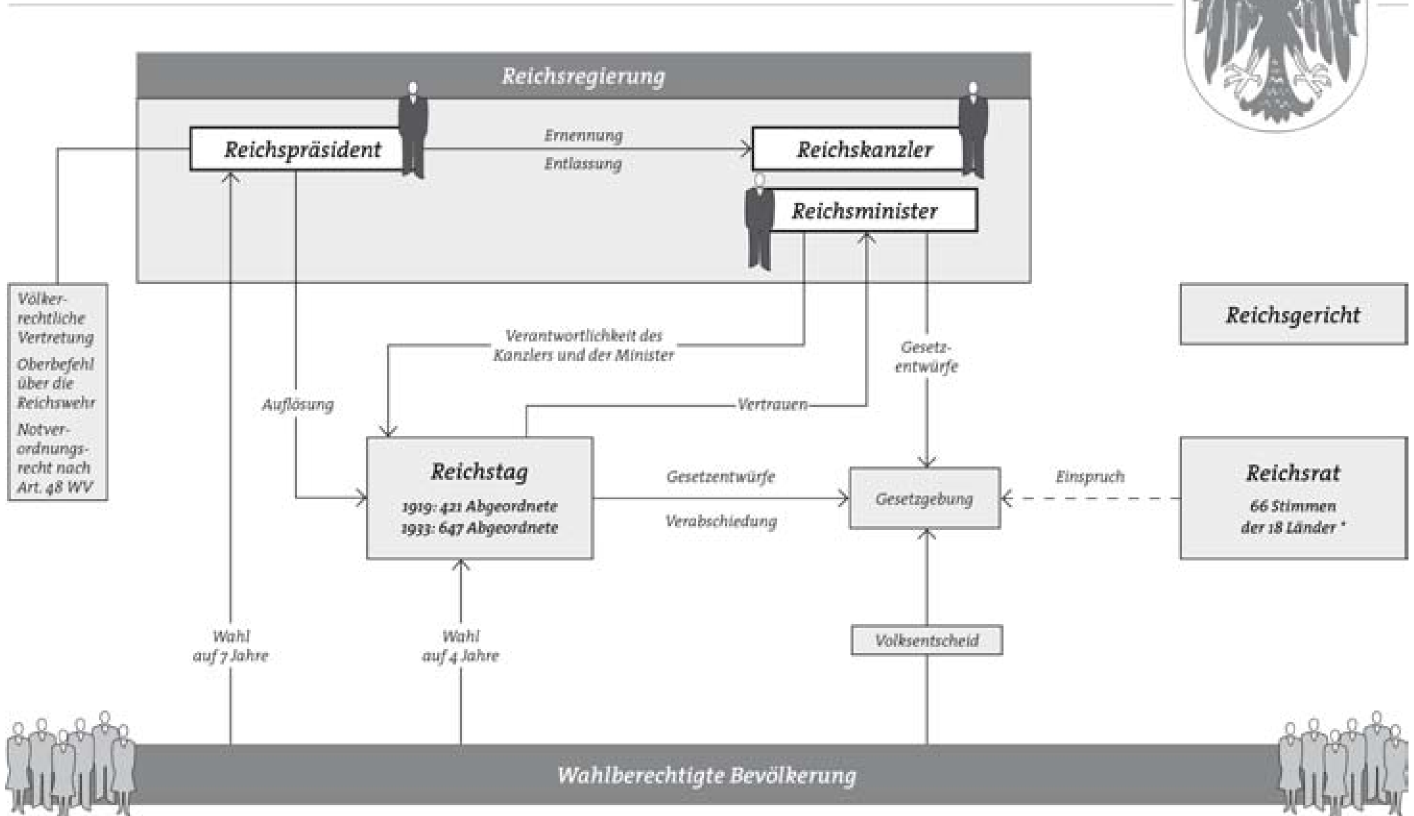
Der vom Volk für sieben Jahre direkt gewählte Reichspräsident besaß eine solche Machtfülle, dass man ihn auch als „Ersatzkaiser" bezeichnet hat. Der Präsident konnte die Volksvertretung fast beliebig („nur einmal aus dem gleichen Anlass") auflösen (Artikel 25). Jedes vom Reichstag verab-



ullstein bild

Der „Architekt" der Weimarer Verfassung: Hugo Preuß, Jurist, Mitbegründer der DDP und Innenminister 1919

Die Verfassung der Weimarer Republik



* Preußen/26, Bayern/10, Sachsen/7, Württemberg/4, Baden/3, Thüringen/2, Hessen/2, Hamburg/2, Oldenburg/1, Braunschweig/1, Anhalt/1, Bremen/1, Lippe/1, Lübeck/1, Waldeck/1, Schaumburg-Lippe/1, Mecklenburg-Schwerin/1, Mecklenburg-Strelitz/1

schiedete Gesetz, mit dem er nicht einverstanden war, durfte er einem Volksentscheid überantworten (Artikel 73) – eine nie praktizierte Regelung, die gleichwohl den Parlamentarismus latent bedrohte.

Der Reichspräsident ernannte und entließ den Reichskanzler und, auf dessen Vorschlag, die Reichsminister (Artikel 53). Alle Kabinettsmitglieder bedurften des Vertrauens des Reichstages. Dieses wurde vorausgesetzt, solange das Parlament kein Misstrauensvotum abgab, mit dem es den Kanzler oder einen Minister stürzen konnte (Artikel 54). Eine Kanzlerwahl durch den Reichstag, die das Parlament gegenüber der Regierung und beide zusammen gegenüber dem Reichspräsidenten gestärkt hätte, war jedoch nicht vorgesehen.

Ferner vertrat der Reichspräsident das Reich völkerrechtlich (Artikel 45) und hatte den Oberbefehl über die Streitkräfte (Artikel 47). Nach Artikel 48 Abs. 1 traf er allein Maßnahmen (notfalls auch militärische) gegen ein Land, das die Verfassung oder Reichsgesetze verletzte (sog. Reichsexekution). Vor allem entschied er über den „Ausnahmezustand“: Stellte er fest, dass „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet“ war, so durfte er gemäß Artikel 48 Abs. 2 quasi diktatorisch die „nötigen Maßnahmen“ treffen, das heißt das Militär im Innern einsetzen und sogar die wichtigsten Grundrechte „vorübergehend“ außer Kraft setzen, nämlich Freiheit der Person (Artikel 114), Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 115), Postgeheimnis (Artikel 117), freie Meinungsäußerung (Artikel 118), Versammlungsfreiheit (Artikel 123), Vereinsfreiheit (Artikel 124) und Eigentumsrecht (Artikel 153). Zwar konnte der Reichstag mit einfacher Mehrheit die Aufhebung dieser Maßnahmen verlangen (Artikel 48 Abs. 3). Aber das in Artikel 48 Abs. 5 vorgesehene Ausführungsgesetz, das die Gefahr willkürlicher Machtausübung hätte verringern können, kam nie zustande. Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedurften der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler bzw. den zuständigen Reichsminister (Artikel 50); doch war auch dies kein zuverlässiges Kontrollinstrument, da der Präsident erheblichen Einfluss auf die Regierungsbildung besaß.

Gesellschaftspolitische Bestimmungen

Die Rätebewegung der Revolution fand in Artikel 165 einen gewissen Nachhall. Von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch besetzte Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichswirtschaftsrat sollten in erster Linie bei der Durchführung von Sozialisierungen mitwirken. Artikel 153 Abs. 2 erlaubte gesetzliche Enteignungen „zum Wohle der Allgemeinheit“ gegen eine „angemessene“ Entschädigung, „soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt“. Da es für Sozialisierungen aber keine politischen Mehrheiten gab, haben diese Räte nie etwas bewirkt.

Im Vergleich zum Kaiserreich machte der Sozialstaat beträchtliche Fortschritte. Artikel 159 gewährleistete die Koalitionsfreiheit (das heißt die soziale und wirtschaftliche

Vereinigungsfreiheit) und verlieh damit Gewerkschaften wie Unternehmerverbänden ein verfassungsmäßiges Existenz- und Betätigungsrecht. Artikel 161 verankerte das von Bismarck begründete Sozialversicherungswesen in der Verfassung. Darüber hinaus enthielt Artikel 163 einen Verfassungsauftrag zur Einrichtung einer staatlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Nicht zuletzt legte Artikel 146 erstmals die noch heute existierende vierjährige „für alle gemeinsame Grundschule" als Basis des darauf aufbauenden gegliederten Schulwesens fest – eine bildungspolitische Konstruktion, deren Vereinheitlichungstendenz konservativen Kritikern zu weit, linken dagegen nicht weit genug ging.

Trotz ihrer strukturellen Probleme bildete die Weimarer Verfassung ein tragfähiges Fundament für den Aufbau einer rechts- und sozialstaatlichen Demokratie. Welchen Belastungsproben sie ausgesetzt sein würde und ob sie ihnen standhalten konnte, musste sich freilich erst noch erweisen.

Ausgewählte Verfassungsartikel

Artikel 25
Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlass.

Die Neuwahl findet spätestens am sechzigsten Tag nach der Auflösung statt.

Artikel 48
Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen. […]

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der im Absatz 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.

Artikel 53
Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.

Artikel 54
Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluss das Vertrauen entzieht.

Artikel 73
Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Verkündung zum Volksentscheid zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt. Ein Gesetz, dessen Verkündung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags ausgesetzt ist, ist dem Volksentscheid zu unterbreiten, wenn ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten es beantragt.

Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt. Dem Volksbegehren muss ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zu Grunde liegen. Er ist von der Regierung unter Darlegung ihrer Stellungnahme dem Reichstag zu unterbreiten. Der Volksentscheid findet nicht statt, wenn der begehrte Gesetzentwurf im Reichstag unverändert angenommen worden ist. […]

Artikel 153
Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. […]

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. […]

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.

Artikel 156
Das Reich kann durch Gesetze, unbeschadet der Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann sich selbst, die Länder oder die Gemeinden an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmten Einfluss sichern. […]

Artikel 165
Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.

Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonst beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen. […]

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzesvorlagen zu beantragen. […]

Hermann Mosler (Hg.), Die Verfassung des deutschen Reichs vom 11. August 1919, Reclam, Stuttgart 1964, S. 18 ff.

Reinhard Sturm

Kampf um die Republik 1919-1923

Die parlamentarische Demokratie und die Weimarer Verfassung brachten die Nachkriegsgesellschaft nicht endgültig zur Ruhe. Besonders die harten Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles führten zu Aufständen rechter und linker Kräfte.



ullstein bild

Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages erregen die Gemüter: Wie hier in Berlin gibt es zahlreiche Massendemonstrationen.

Noch vor der Verabschiedung der Verfassung musste sich die Nationalversammlung mit dem Friedensvertrag befassen. Am 7. Mai 1919 erhielt die vom parteilosen Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau geleitete deutsche Delegation den Entwurf, den die seit dem 18. Januar in Paris tagende Konferenz der Siegermächte – ohne Beteiligung der Besiegten – erarbeitet hatte. Er war letztlich das Werk der „Großen Drei": des US-Präsidenten Woodrow Wilson, des britischen Premierministers Lloyd George und des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau.

Der Friedensvertrag von Versailles

Die vorgesehenen Gebietsverluste, Souveränitätsbeschränkungen, Reparationen und vor allem die Zuweisung der Alleinschuld am Krieg lösten in ganz Deutschland, quer durch alle politischen Lager und sozialen Schichten, einen Entrüstungssturm aus. Fast alle deutschen Änderungswünsche (bis auf eine Abstimmung in Oberschlesien über die nationale bzw. staatliche Zugehörigkeit) wiesen die Alliierten ab. Daraufhin trat das Kabinett Scheidemann am 20. Juni zurück; die DDP schied vorläufig aus der Koalition aus (bis zum 3. Oktober 1919). Neuer Reichskanzler wurde Gustav Bauer (MSPD).

Am 23. Juni rief Reichspräsident Ebert bei der OHL in Kolberg an, um sich nach den Chancen eines militärischen Widerstandes zu erkundigen. Hindenburg überließ es Groener, Ebert mitzuteilen: „Die Wiederaufnahme des Kampfes ist […] aussichtslos. Der Friede muss daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden."

Da es keine verantwortbare Alternative gab, beschloss die Nationalversammlung am Nachmittag des 23. Juni 1919 mit großer Mehrheit die Annahme des Friedensvertrages, gegen die Stimmen von DNVP, DVP, der Mehrheit der DDP-Fraktion und einiger Zentrumsabgeordneter. Die Unterzeichnung fand am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles statt – dem Ort, den die deutschen Fürsten 1871 gewählt hatten, um Wilhelm I. zum Kaiser auszurufen und gleichzeitig Frankreich zu demütigen. Der Vertrag von Versailles trat nach der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten am 10. Januar 1920 in Kraft.

Bestandteil des Vertrages war die Satzung des vor allem auf Betreiben Wilsons am 29. April 1919 in Versailles gegründeten

Völkerbundes, dem Deutschland vorläufig nicht angehören durfte. Der US-Kongress verweigerte jedoch im November 1919 seine Zustimmung, weil er künftige Verwicklungen der USA in europäische Konflikte vermeiden wollte. Dadurch war der Völkerbund von vornherein geschwächt. Ein deutsch-amerikanischer Friedensschluss erfolgte am 25. August 1921.

Der Versailler Vertrag nahm Deutschland nicht nur sämtliche Kolonien, sondern auch 13 Prozent seines Territoriums und zehn Prozent seiner Bevölkerung, damit verbunden 50 Prozent der Eisenerzversorgung, 25 Prozent der Steinkohleförderung, 17 Prozent der Kartoffel- und 13 Prozent der Weizenernte. Der Großteil dieser Gebiete fiel an den nach 123-jähriger Teilung wieder gegründeten Staat Polen, den die Alliierten auch als Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus betrachteten. Die neue Grenzziehung im Osten führte wegen der dortigen gemischtnationalen Siedlungsweise unvermeidlich zu neuen Minderheitsproblemen. Wo bisher Polen unter preußisch-deutscher Herrschaft lebten und nationalistische Diskriminierungen erdulden mussten, kehrten sich diese Verhältnisse jetzt um.

Im März 1918 hatte Deutschland dem Russischen Reich im „Diktatfrieden“ von Brest-Litowsk annähernd ein Viertel seines europäischen Territoriums – das freilich von nach Unabhängigkeit strebenden Völkern bewohnt war – und damit ein Viertel seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche sowie drei Viertel seiner Schwerindustrie und Kohleproduktion entzogen. Nun wurde es selbst in Versailles ähnlich hart behandelt. Gleichwohl blieb sein nationalstaatliches Gefüge weitgehend erhalten; auch eine Rückkehr in den Kreis der Großmächte war keineswegs ausgeschlossen.

Der Friedensvertrag von Versailles – Territoriale Forderungen

Abgetretene Gebiete
Besetzte Gebiete
10 km neutrale Zone
Entmilitarisierte Zone
Grenzzone ohne militärische Neubefestigungen
Ruhrbesetzung 1923-1925
Durch Volksabstimmung bei Deutschland verblieben
Internationale Ströme und Kanäle
Bevölkerungsverlust in 1000

Memelland an Litauen 141
Nordschleswig an Dänemark 166
Freie Stadt Danzig 331
Posen und Westpreußen an Polen 2938
Östliches Oberschlesien an Polen 893
Hultschiner Ländchen an Tschechoslowakei 48
Eupen-Malmedy an Belgien 60
Saargebiet 15 Jahre unter Völkerbundsverwaltung und franz. Besatzung
Elsass-Lothringen an Frankreich 1874

Demontage
Wirtschaftsbeschränkungen
Besatzungslasten
Wiedergutmachungsverpflichtungen
Reparationen
Reichswehr 100 000 Mann

Elbe
Oder
Donau
Rhein
Berlin
Weimar
Ruhrgebiet
Köln
Koblenz
Mainz

Bestimmungen des Versailler Vertrages

Gebietsabtretungen

Elsass-Lothringen an Frankreich (ohne Abstimmung)

Saargebiet für 15 Jahre unter Völkerbundkontrolle, Kohlegruben an Frankreich, deutsches Rückkaufrecht (1935 Abstimmung)

Eupen und Malmedy an Belgien (nach umstrittener Abstimmung)

Nordschleswig an Dänemark (nach umstrittener Abstimmung)

Posen und Westpreußen („Korridor") an Polen (ohne Abstimmung)

Südliche Teile Ostpreußens an Polen (dazu kam es nicht, weil bei der Abstimmung über 90 Prozent den Verbleib bei Deutschland wünschten)

Danzig mit Weichselmündung „Freie Stadt" unter Kontrolle des Völkerbundes, mit Sonderrechten für die polnische Minderheit

Memelgebiet 1923 an Litauen (ohne Abstimmung)

Ostoberschlesien an Polen (trotz Abstimmung in Oberschlesien, bei der 60 Prozent den Verbleib bei Deutschland wünschten)

Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei (ohne Abstimmung)

Deutsche Kolonien als Mandatsgebiete an verschiedene alliierte Staaten

Souveränitätsbeschränkungen

Auslieferung des Kaisers als Kriegsverbrecher (von den Niederlanden abgelehnt)

Verbot der Vereinigung mit Deutsch-Österreich

Eingeschränkte Lufthoheit

Internationalisierung der Flüsse Rhein, Donau, Elbe, Oder und Memel

Verbot der allgemeinen Wehrpflicht, Beschränkung des Heeres auf 100 000 Mann und der Marine auf 15 000 Mann

Verbot aller schweren Waffen (Kanonen, Panzer, Kampfflugzeuge, U-Boote, Großkampfschiffe)

Kontrolle durch eine alliierte Kommission

Besetzung des linken Rheinufers und rechtsrheinischer Brückenköpfe auf 15 Jahre, 50 km breite entmilitarisierte Zone rechts des Rheins

Reparationen

Als völkerrechtliche Grundlage aller Forderungen dient der Artikel 231 („Kriegsschuldparagraph"):

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Gefordert werden:

umfangreiche Sachlieferungen

Ablieferung aller Handelsschiffe über 1600 Tonnen

Zahlungen in Goldmark (GM) in erst noch zu berechnender Höhe

Der Versailler Vertrag (Abriss)

Dennoch gelangte die deutsche Öffentlichkeit bei der Auseinandersetzung mit dem Vertrag von Versailles über eine leidenschaftliche Verdammung nicht hinaus. Zu groß war die Enttäuschung darüber, dass das von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker zwar auf andere Nationen, aber kaum auf Deutschland angewandt wurde.



Bundesarchiv, Bild 146-1979-025-26A / Fotograf: unbekannt

Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zählen Sättel für Militärpferde zum Kriegsmaterial. Sie werden sorgfältig zerstört und an Altwarenhändler pfundweise verkauft.

Finanzpolitik und Wirtschaftsentwicklung

Im Sommer 1919 waren die Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft und die Wiedereingliederung der Kriegsteilnehmer in den Arbeitsprozess noch nicht abgeschlossen; hinzu kamen Flüchtlinge und Ausgewiesene aus den abgetrennten Ostgebieten. Die Binnenwirtschaftsbeziehungen zu diesen Territorien wurden gekappt. Der Staat war mit 153 Milliarden Mark verschuldet, seine Finanzmittel äußerst knapp. Die Reparationen – vorab bis zum 1. Mai 1921 Leistungen im Werte von 20 Milliarden Goldmark (eine inflationssichere Verrechnungseinheit; 1 GM entsprach dem Wert von rund 0,36 Gramm Feingold) – bedeuteten eine schwere Belastung. Da das Kaiserreich den Krieg von 1914 bis 1918 nicht nur mit Krediten finanziert hatte, sondern – bei rückläufigem Warenangebot – auch durch eine Vervierfachung der umlaufenden Bargeldmenge und des Giralgeldes (Buchgeld für den bargeldlosen Zahlungsverkehr), war eine erhebliche Nachkriegsinflation die Folge.

Für die Lösung dieser Probleme sowie den Aufbau des neuen Staates und seiner Sozialpolitik benötigte die Republik enorme finanzielle Mittel. Reichsfinanzminister Erzberger reformierte daher 1919/20 die Finanzverwaltung und das Steuersystem. 39 Prozent des gesamten Steueraufkommens erhielt künftig das Reich, 23 Prozent die Länder, 38 Prozent die Gemeinden. Die neu eingeführte Erbschaftssteuer sowie mehrere einmalige Abgaben für Vermögende sollten für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen.

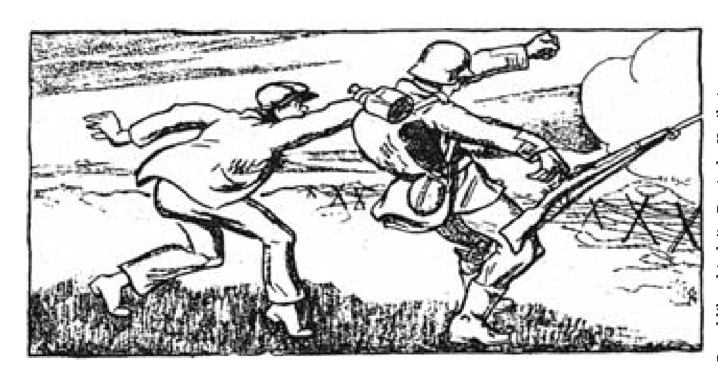
Trotz der schwierigen Ausgangslage nahm die wirtschaftliche Entwicklung bis 1922 einen relativ günstigen Verlauf. Es kam zu einem Aufschwung der Friedensproduktion bei annähernder Vollbeschäftigung. Durch die – vorläufig beherrschbare – Inflation und niedrige Löhne konnte die Industrie kostengünstig produzieren und sich auf dem internationalen Markt Wettbewerbsvorteile verschaffen. Ging die Industrieproduktion 1920/21 weltweit um 15 Prozent zurück, was damals als starker Einbruch galt, so stieg sie in Deutschland um 20 Prozent an. Freilich erreichte sie 1921 erst wieder 66 Prozent des Vorkriegsniveaus. Die Arbeitslosigkeit fiel bis 1922 unter zwei Prozent, während sie im Ausland durchweg im zweistelligen Bereich lag.

Dolchstoßlüge

Am 18. November 1919 verlas Hindenburg – seit Juni im Ruhestand – vor dem Ausschuss der Nationalversammlung für die Schuldfragen des Weltkriegs eine Aussage über die „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918“, die in der Öffentlichkeit ungeheures Aufsehen erregte. Trotz der Überlegenheit des Feindes, so behauptete er, wäre der Krieg gewonnen worden, wenn „Heer und Heimat“ zusammengestanden hätten. Stattdessen habe eine „heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer“ eingesetzt. „So mussten unsere Operationen misslingen, es musste der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlussstein. Ein englischer General sagte mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.‘ “

Damit machte sich Hindenburg – unter fälschlicher Berufung auf einen ungenannten englischen General – zum prominentesten Vertreter der sogenannten Dolchstoßlegende, treffender: Dolchstoßlüge. Denn niemand wusste besser als die kaiserlichen Generäle, dass unter ihrer Führung der Krieg bereits militärisch verloren war, bevor die Auflösungserscheinungen an der Westfront begannen; dass diese auf permanente Überforderung der Soldaten zurückzuführen waren; dass die OHL selbst ein sofortiges und deshalb kapitulationsähnliches Waffenstillstandsgesuch verlangt hatte; und dass die Revolution erst ausgebrochen war, nachdem sich der jahrelang propagierte „Siegfrieden“ als bloße Illusion herausgestellt hatte.

Die republikanischen Parteien unterschätzten die politische Sprengkraft der Dolchstoßlüge. Sie unterließen es, die deutsche Öffentlichkeit ständig darüber aufzuklären, dass das Kaiserreich den Weltkrieg maßgeblich mitverschuldet hatte und allein das Regime Wilhelms II. für Kriegsniederlage und Friedensbedingungen verantwortlich war.





Karikatur von Oskar Theuer, in: Klaus Haese, Wolfgang U. Schütte, Frau Republik geht pleite. Deutsche Karikaturen der zwanziger Jahre, Edition Leipzig 1989, S.31

Dieses Versäumnis hatte fatale Folgen: Vor dem Hintergrund des als hart und demütigend empfundenen Versailler Vertrages, und während die regierungsoffizielle Propaganda aus Gründen der Staatsräson jede Kriegsschuld bestritt, wurde von prominenten kaiserlichen Militärs und Politikern, mit Unterstützung konservativer und rechtsradikaler Zeitungen, die Dolchstoßlüge unermüdlich verbreitet. Sie traf in breiten nationalbewussten Bevölkerungskreisen, die sich mit der Sinnlosigkeit ihrer Entbehrungen und Opfer im Krieg nicht abfinden mochten, auf Zustimmung. Dadurch wirkte sie ihrerseits wie ein Dolchstoß in den Rücken der Republik.

Radikalisierung

Rechtsradikalismus

Im Zuge des Kriegsendes und der Revolution von 1918/19 entstand ein rechtsradikales Lager, das sich aus zahlreichen konkurrierenden Parteien und Organisationen zusammensetzte. Die ideologischen Grenzen zwischen diesem offenen Rechtsradikalismus und dem besonders manifesten Nationalkonservatismus am rechten Rand der DNVP waren oft fließend.

Die Frühjahrsunruhen 1919 veranlassten überall in Deutschland Mittelständler und Bauern zur Bildung lokaler antirevolutionärer Selbstschutzverbände. Der Schwerpunkt dieser milizartigen bewaffneten „Einwohnerwehren“ lag in Bayern, wo sie mehr als 350 000 Mitglieder hatten und zum Teil auch überregional organisiert waren.

Den besonders militanten, extremen Flügel des Rechtsradikalismus bildeten diverse „deutschvölkische“ Geheimbünde, Gruppen, Kampfverbände und Parteien. Deren Mitgliederschaft bestand hauptsächlich aus entlassenen Soldaten und Freikorpsleuten, die der Krieg sozial entwurzelt und moralisch verwildert hatte. Zum vorläufigen Kristallisationskern entwickelte sich rasch – vor allem in Bayern – der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ mit über 100 000 Mitgliedern. Aber auch die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) unter ihrem rednerisch begabten Vorsitzenden Adolf Hitler, einem österreichischen Gelegenheitsarbeiter und dekorierten Frontsoldaten, erregte bald über München hinaus Aufmerksamkeit. Ende 1920 besaß sie bereits eine eigene Zeitung, den „Völkischen Beobachter“, seit August 1921 auch einen eigenen Kampfverband,

die „Sturmabteilung" (SA). Ende 1922 hatte die NSDAP etwa 10 000 Mitglieder.

Aus der Sicht der deutschvölkischen Szene galt es KPD, USPD, MSPD, Gewerkschaften und bürgerliche Demokraten mit allen Mitteln zu bekämpfen, da ihnen die Schuld an allen gesellschaftlichen Übeln zugeschoben wurde. Der Krieg sei das Werk einer „jüdischen Weltverschwörung" gewesen, Waffenstillstand und Friedensvertrag die Folge des „Dolchstoßes" und der Revolution. Die parlamentarische Demokratie hielten die Deutschvölkischen für etwas „Undeutsches", von den Siegern Aufgezwungenes. Die Weimarer Republik hieß bei ihnen nur verächtlich „das System", ihre Repräsentanten beschimpften sie als „Novemberverbrecher". Sie erstrebten einen starken Staat, den sich nur wenige noch als Monarchie, die meisten dagegen als „Führerstaat" nach dem Vorbild des italienischen Faschismus unter Benito Mussolini vorstellten.

Antisemitismus

Der für die deutschvölkische Szene besonders charakteristische Judenhass (so wollte die NSDAP schon seit 1920 die Juden ausbürgern) wurzelte in Deutschland – wie in anderen europäischen Ländern auch – im jahrhundertealten christlichen Antijudaismus. Dieser hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Antisemitismus entwickelt. In ihm verbanden sich politische Bestrebungen, die Emanzipation der Juden (1869/71) rückgängig zu machen, und rückwärts gewandte Kritik an der industriellen Moderne, für die wirtschaftlich erfolgreiche Juden sinnbildlich standen, mit international verbreiteten pseudowissenschaftlichen Rassenlehren, in denen insbesondere die Juden zu einer minderwertigen Rasse mit ausschließlich negativen Eigenschaften erklärt wurden. Der europäische Antisemitismus steigerte sich bis zu der absurden Behauptung einer jüdischen Verschwörung zur Erlangung der Weltherrschaft; den Beweis dafür sollten die 1919 (nicht nur) in deutscher Sprache gedruckten „Protokolle der Weisen von Zion" liefern. Dabei handelt es sich zweifelsfrei um eine antisemitische Fälschung, die gleichwohl in der deutschvölkischen Szene weite Verbreitung fand; selbst heute noch wird ihr von Antisemiten Glauben geschenkt.

Linksradikalismus

Bei der politischen Linken trieb die Enttäuschung über die stecken gebliebene Revolution die Radikalisierung voran. Unter der Dominanz ihres linken Flügels näherte sich die USPD der KPD an: Im Dezember 1919 propagierte auch sie die „Diktatur des Proletariats" und beharrte auf dem Rätesystem als Form der „Organisation der sozialistischen Gesellschaft". Durch diese Fundamentalopposition gegen die Weimarer Republik blieb die Kluft zwischen USPD und MSPD unüberbrückbar.

1920 drängte der linke Flügel der USPD auf den Beitritt zur „Kommunistischen Internationale" (Komintern), dem von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gesteuerten Dachverband der internationalen kommunistischen Parteien. Dadurch wurde eine Spaltung unvermeidlich. Im Dezember 1920 vereinigte sich die USPD-Linke mit der KPD, deren Mitgliederzahl dadurch sprunghaft anstieg. Im September 1922 schloss sich die Rumpf-USPD der MSPD an; die vereinigte Partei nannte sich ab 1924 wieder SPD. Künftig war das linke Lager durch den Gegensatz zwischen revolutionärer KPD und reformorientierter SPD geprägt.

Aufstände und Putschversuche

Im Frühjahr 1920 musste die Weimarer Republik ihre erste große Existenzkrise überstehen, die durch einen Rechtsputsch ausgelöst wurde, der einen Linksputsch nach sich zog.

Nach den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages sollten bis zum 31. März – nach einer Fristverlängerung bis zum Jahresende – das Heer auf 100 000, die Marine auf 15 000 Mann verkleinert werden. Rund 300 000 Reichswehrangehörige und Freikorpsleute standen vor der Entlassung. Die meisten klammerten sich an das Militär, das ihnen Halt gab. Zu den ersten Freikorps, deren Auflösung Reichswehrminister Noske am 29. Februar verfügte, gehörte die in Döberitz stationierte, 6000 Mann starke, von dem Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt geführte Marinebrigade II. Am 12. März marschierte sie spätabends nach Berlin, um die Regierung zu stürzen.

Kapp-Lüttwitz-Putsch

Hinter diesem Putschversuch steckte die Verschwörergruppe „Nationale Vereinigung", die eine Militärdiktatur anstrebte, um den Versailler Vertrag auszuhebeln. Zu ihr zählten Ludendorff, General Walther von Lüttwitz, dem die mitteldeutschen und ostelbischen Reichswehrverbände sowie die meisten Freikorps unterstanden, Hauptmann Waldemar Pabst, der die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu verantworten hatte, Traugott von Jagow, der letzte kaiserliche Polizeipräsident von Berlin, und Wolfgang Kapp, ostpreußischer Generallandschaftsdirektor und Mitglied der DNVP.

Noske beriet sofort mit der Reichswehrführung über Gegenmaßnahmen. Doch nur der Chef der Heeresleitung, General Walther Reinhardt, forderte einen Truppeneinsatz gegen die Putschisten. Die übrigen Generäle, die der Republik fernstanden, rieten davon ab – im Raum Berlin stünden nicht genügend Soldaten zur Verfügung, und „Reichswehrtruppen (würden) niemals auf andere Reichswehrtruppen schießen", wie General Hans von Seeckt äußerte.

Der Regierung blieb nur die Flucht nach Stuttgart. Inzwischen besetzte die Brigade Ehrhardt, unterstützt von einem Reichswehrbataillon, das Berliner Regierungsviertel. Kapp rief sich selbst zum Reichskanzler aus und ernannte von Lüttwitz zum Oberbefehlshaber der Reichswehr.

Gerettet wurde die Republik durch einen Generalstreikaufruf aus der Reichskanzlei, der von den Gewerkschaften und der SPD sofort befolgt wurde. Die KPD, der die Weimarer Republik als „Noske-Demokratie" verhasst war, schloss sich nur



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches errichten Freikorps-Soldaten eine Straßensperre im Berliner Regierungsviertel.

zögerlich an. Vielerorts kam es zu bewaffneten Kämpfen mit Kapp-Lüttwitz-Anhängern.

Zum Glück für die Republik war der Putsch schlecht vorbereitet. Wirklichen Rückhalt besaß er nur bei den Großagrariern, Offizieren und Landräten östlich der Elbe. Am 17. März 1920 brach die Aktion landesweit zusammen. Lüttwitz floh nach Ungarn, Kapp nach Schweden, Ehrhardt tauchte in Bayern unter.

Tags darauf forderten die Arbeitnehmervertretungen – der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund" (ADGB), die ihm angeschlossene „Arbeitsgemeinschaft für Angestellte" (AfA-Bund) und der vor allem die untere Beamtenschaft vertretende „Deutsche Beamtenbund" (DBB) – die Bildung einer MSPD-USPD-Regierung unter einem Reichskanzler Carl Legien. Diese sollte endlich durch strukturelle Reformen die Demokratie wirkungsvoll schützen, u.a. durch Entlassung illoyaler Staatsdiener und durch Sozialisierungen. Doch im Reichstag war nur eine neue Weimarer Koalitionsregierung unter Hermann Müller (MSPD) durchsetzbar. Weil Noske, dessen Politik der Härte gegenüber dem Links- und Rechtsradikalismus an den Generälen gescheitert war, von Otto Geßler (DDP) abgelöst wurde, trat der republiktreue General Reinhardt zurück. Neuer Chef der Heeresleitung wurde ausgerechnet der zwar fähige, aber politisch unzuverlässige General von Seeckt. Unter seiner Amtsführung entwickelte sich die Reichswehr in den folgenden Jahren erst recht zu einer Art „Staat im Staate".

Aufstand der „Roten Ruhrarmee"

Noch während des Kapp-Lüttwitz-Putsches übernahmen in den größeren Orten des Ruhrgebietes spontan entstandene lokale „Vollzugsräte" der USPD und der KPD die politische Macht. Sie organisierten bewaffnete Arbeiterwehren, denen es in erbitterten Kämpfen gelang, die einmarschierenden aufständischen Freikorps zum Rückzug zu zwingen. Ein Teil dieser Arbeiterwehren formierte sich zu einer etwa 50 000 Mann starken revolutionären „Roten Ruhrarmee", die bis Ende März das gesamte Ruhrgebiet unter ihre Kontrolle brachte.

Unterstützung erhielt sie durch den Streik von mehr als 300 000 Bergarbeitern (rund 75 Prozent der Belegschaften). Der linksradikale Widerstand gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch verwandelte sich in einen Kampf für die Wiederbelebung und Vollendung der sozialen Revolution und des Rätesystems. Diese „Märzrevolution" war die größte bewaffnete Arbeiteraktion, die es in Deutschland je gab. Sie nährte, wie schon die Münchner Räterepublik, die Angst des Bürgertums vor dem Bolschewismus, zumal es, weil eine einheitliche, anerkannte Führung fehlte, örtlich immer wieder zu Ausschreitungen gegen tatsächliche oder vermeintliche Kapp-Lüttwitz-Anhänger kam.

Die Reichsregierung versuchte vergeblich, durch die Zusage politischer Reformen und einer Amnestie die Selbstauflösung der Roten Ruhrarmee zu erreichen. Schließlich erhielten Reichswehrtruppen und Freikorps (darunter auch ehemalige Kapp-Lüttwitz-Putschisten) freie Hand, die Rote Ruhrarmee mit allen Mitteln (auch mit standrechtlichen Erschießungen) zu bekämpfen. Diesmal ließ sich die Reichswehr bereitwillig einsetzen, ging es doch gegen „Bolschewisten", nicht gegen „Kameraden". Am Ende der Kämpfe hatten die Aufständischen weit mehr als 1000 Tote zu beklagen, Reichswehr und Freikorps etwa 250.

Reichstagswahlen 1920

Der Putschversuch von rechts und der Revolutionsversuch von links veranlassten die regierende Weimarer Koalition dazu, vorzeitig den ersten republikanischen Reichstag wählen und an die Stelle der Nationalversammlung treten zu lassen. Nach einer Wahlrechtsänderung entfiel jetzt auf 60 000 Stimmen ein Mandat. Die Wahlen vom 6. Juni 1920 endeten für MSPD, DDP und Zentrum mit einem Desaster: Zusammen rutschten sie unter die 50-Prozent-Marke. Dieses Bündnis zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft, liberalem Bürgertum



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

In Reaktion auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch bewaffnen sich die Arbeiter im Ruhrgebiet. Das Foto zeigt einen Gewehrappell bei einer Einheit der „Roten Ruhrarmee".

und politischem Katholizismus vermochte nie wieder eine Mehrheit zu erringen. Dagegen erzielten einerseits die USPD, andererseits DVP und DNVP beträchtliche Gewinne. Die starken Einbußen der Weimarer Koalition erklären sich aus der seit Sommer 1919 anhaltenden politischen Polarisierung, die – je nach Standort der Wähler – mit der Enttäuschung über die stecken gebliebene Revolution und ihre gescheiterte Fortsetzung oder mit der Empörung über den Versailler Vertrag und der Anziehungskraft der Dolchstoßlüge zusammenhing.

Tief enttäuscht wechselte die MSPD in die Opposition. Zentrum, DDP und DVP bildeten eine bürgerliche Minderheitsregierung unter Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrum). Reformen stand die neue Regierung fern. Die Freikorps wurden jetzt aufgelöst, auf Druck der Alliierten auch die Einwohnerwehren (in Bayern im Sommer 1921). Viele ihrer Mitglieder wandten sich den deutschvölkischen Organisationen zu, darunter der NSDAP und der SA.

Zumindest in Preußen – hier regierte noch eine Weimarer Koalition – machte man jetzt ernst mit der Demokratisierung des öffentlichen Dienstes und entfernte in den folgenden Jahren viele republikfeindliche Beamte aus ihren Positionen. Preußen, das über 60 Prozent der Fläche und der Bevölkerung der Weimarer Republik umfasste, galt Republikanern bald als „Bollwerk der Demokratie", Rechtsstehenden als „rote Festung". Demgegenüber entwickelte sich Bayern, der zweitgrößte Flächenstaat, in die entgegengesetzte Richtung. Die MSPD wurde schon während des Kapp-Lüttwitz-Putsches in die Opposition gedrängt; es etablierten sich rechtskonservative Regierungen, stets unter Beteiligung der BVP. Bayern erwarb sich – je nach politischer Perspektive – den Ruf einer „Ordnungszelle" bzw. eines „Hortes der Reaktion".

Politische Justiz

Um den politischen Frieden wiederherzustellen, verabschiedete der Reichstag am 2. August 1920 ein großzügiges Amnestiegesetz. Die Straftaten der am Kapp-Lüttwitz-Putsch oder am Aufstand im Ruhrgebiet Beteiligten sollten nur geahndet werden, wenn sie aus „Rohheit" oder „Eigennutz" begangen wurden. Lediglich die „Urheber" und „Führer" des Kapp-Lüttwitz-Putsches wollte man zur Rechenschaft ziehen.

Reichswehr- und Freikorpssoldaten unterstanden der Militärgerichtsbarkeit. Von 775 Verfahren wurden 486 eingestellt. 48 Offiziere wurden ihres Dienstes enthoben, sechs nahmen ihren Abschied, die übrigen erhielten geringfügige Disziplinarstrafen. Noch milder verfuhren die zivilen Gerichte. In 705 Verfahren kam es nur zu einer Verurteilung; die anderen Verfahren wurden aus vielerlei Gründen eingestellt. Selbst hochgestellten Persönlichkeiten billigte man zu, keine „Urheber" oder „Führer" gewesen zu sein, und amnestierte sie.

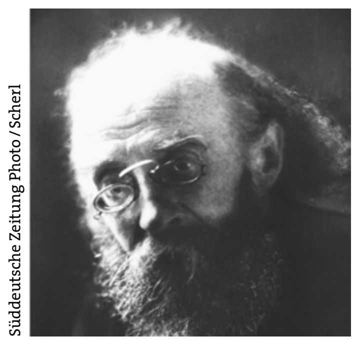
Demgegenüber verhängte die Justiz gegen die Mitglieder der „Roten Ruhrarmee" zahlreiche zum Teil hohe Haftstrafen. Dies war kein Zufall: Die vom Kaiserreich übernommene zivile und militärische Richterschaft neigte dazu, ihre Unabhängigkeit für politisch motivierte Urteile zu missbrauchen. Wie schon die Berechnungen des Statistikers Emil Julius Gumbel 1923 zeigten, kamen vor Gericht bei denselben Delikten rechte politische Straftäter im Durchschnitt mit viel geringeren Strafen davon als linke.

Terrorismus

In den ersten Jahren der Republik wurden auf zahlreiche prominente Kommunisten, Sozialdemokraten, liberale und katholische Demokraten politisch, zum Teil auch antisemitisch motivierte Mordanschläge verübt. Die Täter waren fast ausnahmslos ehemalige oder aktive junge Reichswehroffiziere bzw. Freikorpsleute und gehörten in der Regel zur deutschvölkischen Szene. Soweit sie gefasst werden konnten, kamen sie meist mit verhältnismäßig milden Strafen davon. Spätestens 1933 wurden sie vom NS-Regime amnestiert.

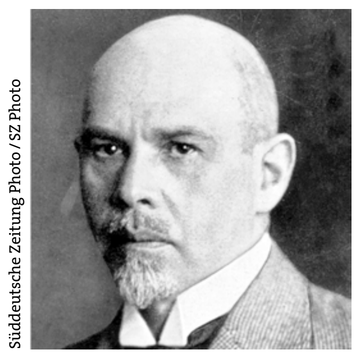
Zu den bekanntesten Todesopfern zählen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (KPD-Führer, Januar 1919); Kurt





Opfer des Terrorismus: Rosa Luxemburg (KPD, 1871-1919), Kurt Eisner (USPD, 1867-1919)





Matthias Erzberger (Zentrum, 1875-1921), Walther Rathenau (DDP, 1867-1922)

Eisner (bayerischer USPD-Ministerpräsident, Februar 1919); Matthias Erzberger (Zentrum, Unterzeichner des Waffenstillstandes, früherer Reichsfinanzminister, August 1921); und Walther Rathenau (DDP, Außenminister, Juni 1922). Rathenaus Ermordung löste reichsweit Protestdemonstrationen aus.

Diese Attentatsserie war die extremste Folge der politischen Polarisierung. In der deutschvölkischen Szene und am rechten Rand der DNVP sowie der dazugehörigen Presse war ein Hass- und Gewaltklima entstanden, in dem die physische Vernichtung politischer Gegner sozusagen als salonfähig galt.

Zumindest die Mordanschläge auf Erzberger und Rathenau waren erwiesenermaßen nicht das Werk einzelner Fanatiker, sondern einer terroristischen Vereinigung. Die Täter hatten in der Marinebrigade Ehrhardt gedient; jetzt gehörten sie der „Organisation Consul" (O. C.) an. Dort erhielten sie ihre Befehle von ihrem alten und neuen Kommandeur: Kapitän Ehrhardt, der getarnt in Bayern lebte, wo er ausgezeichnete Verbindungen besaß. Der Münchner Polizeipräsident Pöhner zum Beispiel, ein NSDAP-Sympathisant, versorgte ihn mit falschen Pässen. In der Münchner Zentrale der O. C., deren Netz sich über ganz Deutschland erstreckte, arbeiteten zeitweise bis zu dreißig hauptamtliche Mitarbeiter. Nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches verfolgte Ehrhardt den abenteuerlichen Plan, durch eine Attentatsserie die politische Linke zu einem großen Aufstand zu verleiten. Des-

Der Mordfall Luxemburg/ Liebknecht

[...] Die Revolution stirbt im Januar 1919: mit der Niederschlagung des sogenannten Spartakus-Aufstands. [...] Am 12. Januar sind die Kämpfe erloschen, befinden sich alle strategisch wichtigen Punkte in der Hand regierungstreuer Truppen. Am 13. Januar marschieren Freikorps in die Stadt. Die Rache beginnt.

Liebknecht und Luxemburg sind auf der Flucht und wechseln ständig das Quartier. Mit Glück erreichen sie am 14. Januar in Berlin-Wilmersdorf ihr letztes Asyl: Mannheimer Straße 43, die Wohnung des Kaufmanns Siegfried Marcusson, eines USPD-Mitglieds. Hier schreiben sie ihre letzten Artikel für die Rote Fahne. Karl Liebknecht verfasst sein loderndes „Trotz alledem!", das die Niederlage als nötige Lehre eingesteht. Die Zeit sei nicht reif gewesen zur Revolution. [...] Rosa Luxemburgs letzter Text, geschichtsreligiös aufgeladen, schließt: „Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung' ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚rasselnd wieder in die Höh' richten' und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!"

In den Abendstunden des 15. Januar 1919 dringt ein Trupp der neu gegründeten Wilmersdorfer Bürgerwehr in die Wohnung ein. Liebknecht und Luxemburg werden verhaftet. [...] [M]an [...] schafft die Inhaftierten ins Nobelhotel Eden, das Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Diese ursprünglich kaiserliche Elitetruppe untersteht dem Hauptmann Waldemar Pabst. Er befiehlt die Morde.

[...] Liebknecht wird im Eden bespuckt, bepöbelt, mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen. Um 22.45 Uhr fährt ihn eine Marine-Eskadron unter Führung des Kapitänleutnants Horst von Pflugk-Hartung mit einem offenen NSU in den Tiergarten. Am Neuen See täuscht man eine Panne vor und lässt Liebknecht aussteigen. Pflugk-Hartung schießt ihm in den Hinterkopf, dann feuern die anderen. Die Mörder fahren zurück und liefern den Leichnam um 23.15 Uhr in der Rettungswache am Zoo als „unbekannten Toten" ab.

Rosa Luxemburg sitzt derweil bei Pabst in dessen „Arbeitszimmer" und näht ihren beim Abtransport beschädigten Rocksaum. Sie liest in Goethes Faust, als der von Pabst zum Transportführer bestimmte Oberleutnant a. D. Kurt Vogel sie abholt und durch die Hotelhalle zum Ausgang führt. Der Jäger Otto Wilhelm Runge, der schon Liebknecht geschlagen hat, rammt auch ihr seinen Gewehrkolben ins Gesicht. Stark blutend, wird sie ins Auto geworfen. Nach kurzer Fahrt springt der Leutnant zur See Hermann Souchon aufs linke Trittbrett des offenen Phaeton und tötet Rosa Luxemburg durch einen Schuss in den Kopf.

Pabst hat geplant, den Mord als spontanen Übergriff empörter Volksmassen auszugeben. Vogel handelt weisungswidrig. Der Wagen fährt zum Landwehrkanal. An der Lichtensteinbrücke wirft Vogel die Leiche ins Wasser. Die „amtliche Darstellung" der Garde-Kavallerie- Schützen-Division behauptet, eine zweite erregte Menschenmenge habe Frau Luxemburg der Begleitmannschaft entrissen.

Ein riesiger Trauerzug geleitet am 25. Januar die Särge Liebknechts und Dutzender weiterer Opfer vom Bülow-, dem heutigen Rosa-Luxemburg-Platz, zum Friedhof nach Friedrichsfelde. Zwischenfälle bleiben aus. Die Absperrung untersteht dem Befehl des Hauptmanns Pabst. Einer der mitgeführten Särge ist leer. Erst viereinhalb Monate nach der Tat, am 31. Mai 1919, wird Rosa Luxemburgs stark verweste Leiche von dem Schleusenarbeiter Knepel in der Landwehrkanal- Schleuse zwischen Freiarchen- und S-Bahn- Brücke gefunden. [...]

Christoph Dieckmann, „Und ob wir dann noch leben werden...", in: Die Zeit Nr. 3 vom 10. Januar 2008



ullstein bild – A. & E. Frankl

Aufbegehren gegen den Terror von rechts: Landesweit demonstrieren 1922 Hunderttausende, wie hier im Berliner Lustgarten, nach der Ermordung Walther Rathenaus.

sen Niederschlagung durch Reichswehr, Polizei und deutschvölkische Kampfverbände sollte dann zur Errichtung einer Rechtsdiktatur führen.

Als Reaktion auf die Mordanschläge verabschiedete der Reichstag am 21. Juli 1922 das „Republikschutzgesetz". Vereinigungen, die es unternahmen, Regierungsmitglieder zu töten oder die republikanische Staatsordnung zu beseitigen, wurden mit hohen Strafen bedroht. Zuständig war ein neuer (1926 wieder aufgelöster) „Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik", der jedoch nur wenig bewirkte. Im Oktober 1922 verurteilte er zwar 13 Personen wegen Beihilfe zur Ermordung Rathenaus zu Freiheitsstrafen, erklärte jedoch eine Verschwörung für unbewiesen. Im Januar 1923 verbot er den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund; aber dessen Mitglieder verteilten sich einfach auf andere völkische Organisationen, darunter die NSDAP. Als Ende 1924 doch noch ein Prozess gegen Mitglieder der O. C. stattfand, wurden diese „ehrenhaften, wahrheitsliebenden und unerschrockenen Männer" (so der Oberreichsanwalt als Anklagevertreter) freigesprochen.

Reparationsprobleme

Nach langer Vorbereitung – ohne deutsche Beteiligung – entschieden die Alliierten am 29. Januar 1921 in Paris über die von Deutschland zu erbringenden Reparationen. Die deutsche Öffentlichkeit zeigte sich über das Ergebnis schockiert; die Regierung Fehrenbach erklärte die Forderungen für weder annehmbar noch erfüllbar. Denn ab 1. Mai 1921 sollten 226 Milliarden Goldmark (GM) gezahlt werden, verteilt auf 42 Jahre, in Jahresraten von anfangs zwei, später sechs Milliarden GM. Darüber hinaus waren im selben Zeitraum jährlich zwölf Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr (etwa 1-2 Milliarden GM) abzuführen. Frankreich sollte 52 Prozent, England 22 Prozent, Italien zehn Prozent und Belgien acht Prozent der Reparationen erhalten; die restlichen acht Prozent verteilten sich auf sonstige Kriegsgegner.

Die treibende Kraft hinter diesen harten Forderungen war der französische Vorsitzende der alliierten Reparationskommission, Raymond Poincaré. Mit Hilfe der deutschen Zahlungen wollte vor allem Frankreich seine Nachkriegskrise überwinden, Kriegsschulden bei amerikanischen Gläubigern (Banken) begleichen und Deutschland dauerhaft schwächen, um es kriegsunfähig zu machen. Damit verband sich auch die Idee einer territorialen Revision des Versailler Vertrages: Erfüllte Deutschland die hohen Forderungen nicht, konnten vertraglich festgelegte Sanktionen verhängt werden, nämlich die Besetzung von Teilen des Industriegebietes an Rhein und Ruhr durch alliierte bzw. französische Truppen. Darin sah Poincaré die Chance, Frankreichs Ostgrenze bis an den Rhein vorzuschieben und das Ruhrgebiet mit seiner Schwer- und Rüstungsindustrie zu kontrollieren.

Londoner Ultimatum

Auf der folgenden Londoner Reparationskonferenz unterbreitete Deutschland am 1. März 1921 ein eigenes Angebot in Höhe von 50 Milliarden GM. Die Alliierten wiesen es jedoch zurück und beharrten auf der Annahme ihres Pariser Zahlungsplans. Am 8. März erhöhten sie den Druck auf die Reichsregierung durch die Besetzung der „Sanktionsstädte" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

In Deutschland kam es zu einer wochenlangen Regierungskrise, die die KPD zu einem Umsturzversuch verführte. Ende März 1921 organisierte sie Arbeiteraufstände in Mitteldeutschland und in Hamburg, die jedoch von der Polizei niedergeschlagen wurden. Auch polnische Freiwilligenverbände hielten die Gelegenheit für günstig und rückten – mit Duldung der französischen Besatzungsmacht – am 2. Mai 1921 in Oberschlesien ein, das sich in einer Volksabstimmung am 20. März mit großer Mehrheit (60 Prozent) für den Verbleib bei Deutschland entschieden hatte. Sie wurden von deutschen Freiwilligen vertrieben. Dennoch musste Ostoberschlesien aufgrund eines Beschlusses des Völkerbundrates an Polen abgetreten werden, was in Deutschland neuerliche Verbitterung auslöste und dem Ansehen der Republik schadete.

Da die DVP die Übernahme der Reparationsverpflichtungen nicht mitverantworten wollte, trat die Regierung Fehrenbach am 4. Mai 1921 zurück. Am Tag darauf verlangten die Siegermächte die Annahme ihrer Forderungen, die sie aber inzwischen fast auf die Hälfte verringert hatten: 132 Milliarden GM, Jahreszahlungen für Zinsen und Tilgung in Höhe von etwa zwei Milliarden GM, ferner Abgabe von 26 Prozent des jährlichen Exportwertes – anderenfalls werde ab 12. Mai das Ruhrgebiet besetzt. Die am 10. Mai neu gebildete Weimarer (Minderheits-)Regierung unter Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) sah sich gezwungen, dieses „Londoner Ultimatum" anzunehmen.

Die alliierten Reparationsbeschlüsse waren Wasser auf die Mühlen der konservativen und rechtsradikalen Gegner der Weimarer Republik; sie gaben der Dolchstoßlegende und der

Kriegsunschuldspropaganda neue Nahrung. Aus der Sicht der Reichsregierung überforderten auch die Londoner Beschlüsse bei weitem die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Zahlungsfähigkeit des deutschen Staates. Daher rang die Regierung 1921/22 mit den Alliierten ständig um Zahlungsaufschübe und um die Umwandlung von Geldzahlungen in Sachlieferungen, damit Staatsverschuldung und Inflation nicht außer Kontrolle gerieten. Die französische Regierung argwöhnte hinter diesen Bemühungen, dass Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen zu umgehen versuchte.

Deutsch-russisches Abkommen

Vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 fand in Genua eine Weltwirtschaftskonferenz unter Beteiligung Deutschlands statt. Die USA und die Türkei blieben ihr fern, unter anderem, weil das bolschewistische Russland eingeladen war. Während die Konferenz ergebnislos endete, sorgten Deutschland und Russland für eine Überraschung. Am 16. April schlossen ihre Delegationen in Rapallo einen Vertrag über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf die Erstattung von Kriegsschäden und Kriegskosten, den deutschen Verzicht auf Entschädigungen für sozialisiertes Eigentum in Russland und die Errichtung von Handelsbeziehungen nach dem Grundsatz der „Meistbegünstigung“ (das heißt, die Vertragspartner wollten sich gegenseitig die vorteilhaftesten Handelsbedingungen einräumen, die sie bereits anderen Staaten gewährten).

Deutschland und die Sowjetunion überwanden in Rapallo ihre außenpolitische Isolation und erweiterten – ungeachtet ihrer ideologischen Gegensätze – ihre wirtschaftlichen Beziehungen. Sogar auf militärischem Gebiet kam es zu einer begrenzten (geheim gehaltenen) Zusammenarbeit: Beim Aufbau ihrer Rüstungsindustrie und bei der Entwicklung moderner schwerer Waffen (Panzer, Flugzeuge, Artillerie) konnte die Sowjetunion die Hilfe deutscher Experten in Anspruch nehmen. Im Gegenzug fuhren Reichswehroffiziere nach Russland zur Ausbildung an diesen Waffen, die Deutschland aufgrund des Versailler Vertrages weder besitzen noch herstellen durfte.

Die Reichsregierung versprach sich von der Verständigung mit Moskau auch eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition gegenüber den Westmächten. Doch „Rapallo“ verhärtete eher die Fronten, denn es stellte sich die Frage, ob das Abkommen eine allgemeine deutsche Option für den Osten und gegen den Westen bedeutete – und womöglich eine Gefährdung Polens. Tatsächlich löste Rapallo in der deutschen Rechten zum Teil abenteuerliche Spekulationen aus. General von Seeckt zielte in einer geheimen Denkschrift vom 11. September 1922 bereits auf die Wiederherstellung Deutschlands und Russlands „in den Grenzen von 1914“, was eine neuerliche Aufteilung Polens bedeutet hätte. Mit Polen werde zugleich auch die „stärkste Säule des Versailler Vertrages“ fallen: die „Vormachtstellung Frankreichs“.

Ruhrbesetzung

„Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, dass sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten“, schrieb der britische Botschafter in Berlin, Viscount d'Abernon, am 31. Dezember 1923 in sein Tagebuch. Tatsächlich wurde die Republik in jenem Jahr heftiger denn je von einer ganzen Serie schwerer wirtschaftlicher und politischer Krisen geschüttelt.

Der deutsche Reichskanzler Joseph Wirth (2. v. l.), der sowjetische Botschafter in Großbritannien Leonid B. Krassin (Mitte), der Außenkomissar Georgij W. Tschitscherin (mit Mappe) und Adolf A. Joffe, sowjetischer Gesandter in Deutschland (rechts), im Gespräch während der Rapallo-Verhandlungen in Genua



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Während der Ruhrbesetzung führen deutsche Sabotageakte und Anschläge sowie Vergeltungsmaßnahmen der französischen Besatzer zu einem gewalttätigen Klima. Hier bedroht ein französischer Soldat einen älteren Passanten.

Wegen der akuten wirtschaftlichen und finanziellen Probleme des Reiches (Verbrauch der Gold- und Devisenvorräte für die Reparationen, Staatsverschuldung, Währungsverfall) verzichteten die Alliierten im August 1922 vorläufig auf Geldleistungen. Zum Ausgleich verlangten sie eine Erhöhung der Sachlieferungen, unter anderem von Holz (Telegrafenstangen) und Kohle.

Als das Reich die Holz- und Kohlelieferungen bis Ende 1922 nicht erfüllen konnte, stellte die alliierte Reparationskommission mehrheitlich einen Verstoß gegen den Versailler Vertrag fest. Am 10. Januar wurde der Reichsregierung eine französisch-belgisch-italienische Ingenieurkommission angekündigt, die unter dem Schutz der dazu „erforderlichen Truppen" die Kohleproduktion kontrollieren werde. Tags darauf begann der Einmarsch von fünf französischen Divisionen und einer belgischen Division in Essen und Gelsenkirchen. Die Besetzung wurde über Bochum und Dortmund nach Osten ausgedehnt; die Invasionstruppen erreichten im Laufe des Jahres eine Stärke von 100 000 Mann.

Ganz Deutschland wurde von einer nationalen Protestwelle erfasst. Sämtliche Reparationslieferungen wurden eingestellt und die Beamten angewiesen, jede Zusammenarbeit mit den Besatzern zu vermeiden. Reichspräsident Ebert rief am 13. Februar die Bevölkerung zum „passiven Widerstand" auf.

Die Invasionstruppen überwachten den Abtransport von Holz und Kohle, fanden aber bald kein mitarbeitsbereites Personal mehr. Daraufhin legten sie Zechen und Fabriken still, beschlagnahmten öffentliche Kassen und Firmenkassen und wiesen 180 000 Personen aus der Region aus. Von den Besatzern verursachte Gewaltakte und Unfälle forderten bis August 1924 137 Tote und 603 Verletzte.

Der volkswirtschaftliche Gesamtschaden der Ruhrbesetzung belief sich auf 3,5 bis vier Milliarden GM.

Entgegen den Appellen der Reichsregierung entwickelte sich auch ein aktiver Widerstand rechtsradikaler Sabotagetrupps. Diese sprengten einige Kanalbrücken und Gleise, um den Abtransport von Reparationsgütern zu verhindern; sie überfielen französische und belgische Posten und töteten mindestens acht Kollaborateure. Zur Märtyrerfigur des gesamten Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung wurde der 29-jährige Albert Leo Schlageter, ehemaliger Freikorpssoldat, Mitglied der NSDAP und anderer deutschvölkischer Verbände. Nach mehreren Sabotageakten verurteilte ihn ein französisches Militärgericht zum Tode; trotz landesweiter und internationaler Proteste wurde er am 26. Mai 1923 hingerichtet.

Hyperinflation

Die durch Zinszahlung und Schuldentilgung bereits angespannte Haushaltslage des Reiches wurde durch die Produktions- und Steuerausfälle im Ruhrgebiet und durch die Unterstützung der Ausgesperrten und Ausgewiesenen dramatisch verschärft. Diese Kostenlawine versuchte die Regierung mit immer höheren Krediten der Reichsbank und durch immer häufigere Betätigung der Notenpresse zu bewältigen.

Aus der bereits galoppierenden Inflation wurde im Juni 1923 eine Hyperinflation. Das Giralgeld und das umlaufende Bargeld wuchsen je auf rund 500 Trillionen Mark an. Gemeinden und Großbetriebe gaben zusätzlich „Notgeld" in Höhe von 200 Trillionen Mark aus. Reichsbanknoten mit astronomischen Nennwerten zeugten vom Kaufkraftverfall der deutschen Währung; der Dollar-Kurs stieg steil an. Die Flucht in den Dollar, in Sachwerte und Immobilien beschleunigte sich. Den Preissteigerungen in immer kürzeren Abständen hinkten die Löhne hinterher. Schließlich traten Naturalien (beispielsweise Lebensmittel, Zigaretten, Kohle) als Zahlungsmittel an die Stelle des Bargeldes. Als der Einzelhandel seine Waren zu horten begann, kam es zu Hungerdemonstrationen und Plünderungen. Im Berliner Scheunenviertel, wo viele eingewanderte „Ostjuden" lebten, führte das Gerücht, die Brotversorgung werde von Juden manipuliert, am 5./6. November zu antisemitischen Ausschreitungen.

Gewinner der Inflation waren die Schuldner – vor allem viele Bauern, die sich von ihren Schulden aus der Vorkriegszeit befreiten, und der Staat, der seine Kriegsanleihen bei den Bürgern ablöste. Ferner profitierten Mieter und Pächter, besonders aber Exportunternehmer, die bei sinkenden Kosten für ihre Produkte im Ausland harte Dollars erhielten. Dem


ullstein bild

Wertlose Bauklötze: Nach der Währungsreform 1923 spielen Kinder mit Bergen des veralteten Papiergeldes.

devisenstarken Großunternehmer und DVP-Reichstagsabgeordneten Hugo Stinnes war es schon 1920 bis 1922 gelungen, mit kreditfinanzierten Eigentumsanteilen an mehr als 1600 Betrieben die „Siemens-Rheinelbe-Schuckert-Union" zu gründen (nach seinem Tod 1924 löste sie sich wieder auf). Sein Geschäftspartner Friedrich Flick, ebenfalls DVP-Mitglied, erwarb durch geschickte Börsenspekulationen Industrieanteile im Werte von 100 Millionen GM.

Verlierer waren die Gläubiger, die für „gutes" verliehenes Geld jetzt wertloses zurückerhielten, ebenso die Bezieher fester Geldeinkommen (Arbeitnehmer, Rentner, Vermieter, Verpächter), mit denen man immer weniger kaufen konnte, und die Besitzer von Sparguthaben. Viele Menschen waren sowohl Gewinner als auch Verlierer – was überwog, zeigte erst ihre persönliche Bilanz.

Währungsreform

Die seit November 1922 amtierende DVP-Zentrum-DDP-Regierung unter dem parteilosen Reichskanzler Wilhelm Cuno musste erkennen, dass der Kampf gegen die Ruhrbesetzung in den wirtschaftlichen Ruin führte; am 12. August 1923 trat

Der Mittelstand erlebt die Inflation

Aus den Erinnerungen des Schriftstellers Rudolf Pörtner (geb. 1912)

Ich will nicht verschweigen, dass wir zunächst Nutznießer der fürchterlichen Geldvernichtung waren. Das Ehepaar Pörtner hatte sich 1922 kurzfristig entschlossen, ein im Entstehen begriffenes Haus in der Melberger Kronprinzenstraße, auf der Westseite von Bad Oeynhausen, zu kaufen. Kostenpunkt: 800 000 Mark. Als wir am 1. April 1923 einzogen, war das ein Betrag, der selbst sensible Gemüter nicht mehr zu beunruhigen vermochte. Ein Griff in die Westentasche genügte, alle Verbindlichkeiten einschließlich der hypothekarischen Eintragungen aus der Welt zu schaffen.

Leider war das Haus erst halb fertig, als wir es übernahmen: halb fertig, miserabel gebaut, aus Altmaterialien zusammengeschustert. Inzwischen arbeiteten die Handwerker nur noch gegen Naturalien. Damit konnten wir natürlich nicht dienen, und das Geld, das Vater ausbezahlt bekam, zuletzt zweimal täglich, reichte gerade für das nackte Leben. Noch im hohen Alter hat er häufig von dem defekten Ofenrohr in der Küche (also unserem Lebensraum) erzählt, aus dessen Löchern und Ritzen ein bronchien- und schleimhautfeindlicher Rauch quoll, ohne dass wir die Möglichkeit gehabt hätten, dem Übelstand abzuhelfen. Es gab ja keine Ofenknie und wenn, dann nicht für die lächerlichen Milliardenscheine, die acht Tage nach Erscheinen nicht einmal mehr das Papier wert waren, aus dem sie bestanden.

Was die Ablösung der homöopathisch ausgedünnten Währung durch die Rentenmark im November 1923 bedeutete, lässt sich heute nicht mehr ermessen. Es war, als wenn ein Ertrinkender, in einer Springflut von Papiergeld fast schon versunken, plötzlich Boden unter den Füßen verspürt hätte. Als mein Vater mit dem ersten wertbeständigen Zahlungsmittel heimkehrte, traten wir wie zur Besichtigung einer säkularen Kostbarkeit an, und es verschlug uns fast den Atem, als wir die erste Rentenmark zunächst beäugen, dann sogar wie eine wundertätige Reliquie in die Hand nehmen durften.

Die Stöße übrig gebliebenen Inflationsgeldes haben wir dann genutzt, die getünchten Wände unserer wenig einladenden Toilettenanlage zu tapezieren, unseren Lokus, mit Verlaub zu sagen, in ein Billionenkabinett zu verwandeln. Die Hauptattraktion war eine aus Millionenscheinen montierte Zahl mit sechsunddreißig Nullen, die in Worten auszudrücken uns nie gelungen ist. Wir hätten schon einen Astronomen zurate ziehen müssen.

Rudolf Pörtner (Hg.), Alltag in der Weimarer Republik. Erinnerungen an eine unruhige Zeit, Econ, Düsseldorf 1990, S. 360 f.

sie zurück. Gustav Stresemann (DVP) bildete ein Kabinett der „Großen Koalition“ (SPD – DDP – Z – DVP), verkündete am 26. September das Ende des passiven Widerstandes und leitete eine Währungsreform ein. Die am 15. November übergangsweise eingeführte „Rentenmark“ (1 Rentenmark = 1 Billion Papiermark [das heißt Inflationsgeld] bei 4,2 Rentenmark für den Dollar) wurde rasch als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel akzeptiert. Auch schuf sie die Voraussetzung für konstruktive Reparationsverhandlungen, die zum Dawes-Plan führten (siehe S. 36). Am 30. August 1924 erfolgte die Ablösung der Rentenmark durch die goldgedeckte, voll konvertierbare „Reichsmark“.

Rechtsdiktatur in Bayern

Für einen politischen Schlag gegen die Weimarer Republik sorgte die rechtskonservative bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Eugen Ritter von Knilling. Um in Bayern eine Diktatur zu errichten, berief sie sich am 26. September 1923 – ohne nachvollziehbare Voraussetzungen – auf Artikel 48 Abs. 4 WV, der auch einer Landesregierung Notstandsmaßnahmen erlaubte. Sie verhängte den Ausnahmezustand über Bayern, ernannte den Regierungspräsidenten von Oberbayern und früheren Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr zum „besonderen Generalstaatskommissar“ und übertrug ihm die vollziehende Gewalt. Auf diesen offenkundigen Hochverrat reagierte Reichspräsident Ebert mit der Verhängung des Ausnahmezustandes über ganz Deutschland. Er übertrug die vollziehende Gewalt auf Reichswehrminister Geßler; de facto lag sie beim Chef der Heeresleitung, General von Seeckt.

Der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Kahr bildete mit dem bayerischen Wehrkreiskommandeur, General Otto von Lossow, und dem Chef der bayerischen Landespolizei, Oberst Hans von Seißer, eine Art „Triumvirat“ (Drei-Männer-Bündnis). In den folgenden Wochen wurde in Bayern unter anderem das Republikschutzgesetz außer Kraft gesetzt, linke Organisationen und Zeitungen verboten und mehrere hundert jüdische Familien, die vor Jahrzehnten aus Osteuropa eingewandert waren („Ostjuden“), aus Bayern ausgewiesen. Das Triumvirat zielte auf eine reichsweite Diktatur mit Hilfe eines „Marsches auf Berlin“ (nach dem Vorbild des „Marsches auf Rom“ der italienischen Faschisten unter Benito Mussolini am 28. Oktober 1922); es hoffte dabei auf die Unterstützung des Chefs der Heeresleitung. Seeckt hegte zwar Sympathien für die neuen Münchner Machthaber und verhinderte eine Reichsexekution gegen das Land Bayern, getreu seiner Devise, Reichswehr schieße nicht auf Reichswehr. Mehr aber unternahm er nicht, sondern hielt sich geschickt im Hintergrund.

Aus den Erinnerungen des Buchautors Curt Riess (geb. 1902)

[...] Diejenigen aber, die alles verloren, waren in der großen Mehrheit. Was uns persönlich anging – mein Vater begriff erst, woran er war, als er feststellen musste, dass die Rechnung für 3,20 Meter Tuch, aus dem ein Anzug gemacht werden konnte, höher war als die Rechnung, die er einem Kunden für den Anzug ausstellen konnte. Von diesem Tag an fertigte er nur noch Anzüge gegen Dollar an. So blieb ihm sein Geschäft erhalten. Aber nicht jeder deutsche Kaufmann reagierte so schnell. Viele gingen zugrunde.

Und wie stand es um die so genannten kleinen Leute, die Gehaltsempfänger? Sie mussten am Ende des Monats feststellen, dass sie sich für den Lohn, den sie erhielten, so gut wie nichts mehr kaufen konnten. Um diesem Desaster abzuhelfen, wurde es zur Regel, dass Angestellte und Arbeiter nicht mehr monatlich bezahlt wurden, sondern wöchentlich, dann jeden dritten Tag, schließlich täglich. Dann sausten sie mit Erlaubnis der Geschäftsleitung oder auch der Betriebsleitung in die nahen Geschäfte und kauften ein. Und die Geschäftsinhaber brachten das eingenommene Geld so schnell wie möglich auf die Bank und kauften dafür, wenn irgend möglich, fremde Währungen, vor allem Dollar, Pfund oder Schweizer Franken.

Ich erinnere mich noch, wie grotesk die Zustände wurden, weil ich sie am eigenen Leib zu spüren bekam. Ich war krank geworden, und ich sollte zur Erholung in den „Weißen Hirsch“, den damals noch feudalen Kurort oberhalb von Dresden. Mein Vater hatte mir für vierzehn Tage vierzehn Dollar mitgegeben, in Scheinen, die man in Mark umwechseln konnte. Er hatte mir eingeschärft, jeden Tag zu warten, bis der jeweils neue Dollarkurs verkündet wurde. Das war so um 15 Uhr.

Um 15 Uhr wechselte ich also einen Dollar und bekam dafür die entsprechende Marksumme und konnte die tägliche Pensionsrechnung bezahlen, auch die Straßenbahn nach Dresden, eine Karte für die Oper oder das Schauspielhaus und die Fahrt zurück. Und das alles für einen Dollar, wenn ich überhaupt den ganzen Dollar, will sagen die Unsummen an Mark, innerhalb von 24 Stunden ausgeben konnte.

[...] Natürlich erhöhte auch die Pension ihre Tagesrechnungen, die elektrische Straßenbahn ihre Gebühren, natürlich musste man auch für einen Platz im Opernhaus im Laufe von zwei Wochen mehr und mehr zahlen. Aber so schnell konnten die Behörden mit ihren Preisen gar nicht nachziehen, wie die Mark stürzte.

Freilich, ich war in einer bevorzugten Position. Wer konnte schon von Dollarscheinen leben?

Curt Riess, „Weltbühne Berlin“ in: Rudolf Pörtner (Hg.), Alltag in der Weimarer Republik. Erinnerungen an eine unruhige Zeit, Econ, Düsseldorf 1990, S. 34 f.

Kommunistische Umsturzversuche

Ende August 1923 beurteilte das Politbüro der KPdSU die krisenhafte Entwicklung in Deutschland als revolutionäre Situation und beschloss, eine „Oktoberrevolution" der KPD (nach dem Vorbild Russlands von 1917) mit allen Mitteln zu unterstützen. Es gab sogar Vorbereitungen für eine groß angelegte militärische Intervention. Denn im Falle einer deutschen Revolution mit sowjetischer Hilfe erwartete man einen Krieg zuerst mit dem Durchmarschland Polen, danach mit Frankreich, England und den baltischen Ländern. Nach einem Sieg der KPD würde das hoch industrialisierte „Sowjetdeutschland", so kalkulierte man in Moskau, den wirtschaftlichen Aufbau der noch überwiegend agrarischen Sowjetunion unterstützen.

Im September begann die KPD mit der konkreten Vorbereitung revolutionärer Aktionen, die sie am 9. November, dem symbolträchtigen Jahrestag der Revolution von 1918/19, auslösen wollte. Moskau half mit Geld und Militärexperten bei der Aufstellung „Proletarischer Hundertschaften" (ca. 50 000-60 000 Mann, darunter auch Sozialdemokraten). Außerdem nutzte die KPD die Chance, durch den Eintritt in SPD-geführte Landesregierungen am 10. Oktober in Dresden, am 16. in Weimar in staatliche Machtpositionen zu gelangen. Von Sachsen und Thüringen sollte der „deutsche Oktober" seinen Ausgang nehmen. Die zum linken Flügel der SPD zählenden sächsischen und thüringischen Sozialdemokraten versprachen sich von einer Koalition mit den Kommunisten einerseits die Überwindung der Feindschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien; andererseits wollten sie mit Hilfe der „Proletarischen Hundertschaften" den aus Bayern befürchteten „Marsch auf Berlin" stoppen. Die revolutionären Absichten der KPD nahmen sie nicht wahr.

Anders als in Bayern handelte es sich in Sachsen und Thüringen um legitime parlamentarische Mehrheitsregierungen. Jedoch verstießen die „Proletarischen Hundertschaften" gegen den Versailler Vertrag. Außerdem hielten Ebert und Stresemann Kommunisten in Staatsämtern für untragbar. Der Reichspräsident ordnete daher am 29. Oktober 1923 gegen Sachsen, am 6. November gegen Thüringen die Reichsexekution an. Reichswehrtruppen marschierten nach Dresden und Weimar; es gab mehrere Dutzend Tote und Verletzte. Die „Proletarischen Hundertschaften" wurden aufgelöst, die kommunistischen Minister entlassen (Sachsen), oder sie traten zurück (Thüringen).

Der „deutsche Oktober" war allerdings schon kurz vor den Reichsexekutionen wieder abgeblasen worden. Anders als bei früheren Aufständen scheute die KPD diesmal das Risiko, mit einer isoliert bleibenden Aktion zu scheitern. Daher versammelte sie am 21. Oktober in Chemnitz 450 Arbeiterdelegierte – Kommunisten, Gewerkschafter und einige Sozialdemokraten, hauptsächlich aus Sachsen und Thüringen. Die Konferenzteilnehmer lehnten revolutionäre Aktionen mehrheitlich ab. Trotzdem kam es noch zu einem Aufstand in Hamburg am 23. Oktober: Bewaffnete kommunistische Trupps – rund 300 Mann – überfielen wie geplant 17 Polizeistationen und besetzten öffentliche Gebäude. Die Hintergründe sind ungeklärt; entweder wollte die aktionistische Hamburger KPD-Leitung die vorsichtigere Parteiführung in Berlin doch noch zum Losschlagen zwingen, oder sie wurde von ihren Delegierten, die in Chemnitz erst nach der Konferenz eintrafen, irrtümlich falsch informiert. Die Polizei schlug den Aufstand binnen weniger Tage nieder; 24 Kommunisten und 17 Polizisten kamen bei den Kämpfen ums Leben.

Hitlerputsch

Im Laufe des Jahres 1923 konnte die NSDAP von der krisenhaften Entwicklung stark profitieren. Ihre Mitgliederzahl stieg sprunghaft auf 55 000; sie hatte sich in Bayern zur aktivsten rechtsradikalen Kraft entwickelt. Die SA gehörte zum „Deutschen Kampfbund", einem Zusammenschluss der drei radikalsten (von Reichswehroffizieren ausgebildeten) Wehrverbände, der von Hitler und Ludendorff – inzwischen die Galionsfigur des deutschvölkischen Lagers – geleitet wurde. Hitler verkehrte in den besten Münchner Kreisen und galt in Bayern vielen bereits als „deutscher Mussolini", dem ein „Marsch auf Berlin" gelingen konnte.

Hitler beschloss, die Initiative an sich zu reißen und am 9. November – für die Rechtsradikalen ein Symbol der „nationalen Schmach" – den gegenrevolutionären Umsturz zu wagen. Vorher wollte er Kahr, Lossow und Seißer, die am Abend des 8. November im Münchner Bürgerbräukeller eine politische Versammlung abhielten, überrumpeln und mitreißen. Die SA umstellte das Lokal. Hitler ließ den Saal mit einem Maschinengewehr in Schach halten und verschaffte sich mit einem Pistolenschuss in die Decke Gehör. Er proklamierte die „nationale Revolution", erklärte die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt und kündigte die Bildung einer „nationalen Regierung" an. Anschließend beschworen in einem Nebenraum der NSDAP-Führer und der erst jetzt herbeigeholte Ludendorff das Triumvirat, den „Marsch auf Berlin" mitzuorganisieren und in eine Regierung Hitler einzutreten – scheinbar erfolgreich. Das Publikum bejubelte die Einigung;

Die Leibgarde des NSDAP-Führers „Stoßtrupp Hitler" am 9. November 1923 in München



akg-images

die SA nahm sicherheitshalber im Saal noch einige prominente Geiseln; dann löste sich die Versammlung auf.

Noch in der Nacht trafen Kahr, Lossow und Seißer Maßnahmen zur Unterdrückung des Putsches. Am Morgen des 9. November musste Hitler erkennen, dass sein Umsturzversuch isoliert bleiben würde. Daran konnte auch ein eilig improvisierter Demonstrationsmarsch des „Deutschen Kampfbundes“ um die Mittagszeit nichts mehr ändern. An der Feldherrnhalle stieß der von Hitler und Ludendorff angeführte Zug von mehreren tausend Personen auf eine Absperrung der bayerischen Landespolizei. Es kam zu einem Handgemenge und zu einem kurzen Feuergefecht, bei dem 14 Demonstranten und drei Polizisten starben. Die Menge stob auseinander; Hitler floh zu einem Freund und wurde dort einige Tage später verhaftet. Der dilettantische Frühstart der NSDAP machte alle Pläne für einen „Marsch auf Berlin“ zunichte.

Der anschließende Hochverratsprozess gegen Hitler, Ludendorff und andere geriet zu einer Farce. Die Angeklagten – in den Augen der Richter Männer von „rein vaterländischem Geist“ und „edelstem selbstlosen Willen“ – durften Propagandareden gegen die Republik und ihre Politiker halten; der Ankläger agierte eher wie ein Verteidiger. Am 1. April 1924 erhielten Hitler und drei weitere Angeklagte lediglich fünf Jahre (ehrenvolle) Festungshaft mit der Aussicht auf Begnadigung nach sechs Monaten; die übrigen kamen mit noch geringeren Strafen davon. Ludendorff wurde sogar freigesprochen. Das Gericht lehnte es ausdrücklich ab, auf „einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler“, die Bestimmungen des Republikschutzgesetzes anzuwenden und ihn als wegen Hochverrats verurteilten Ausländer nach Österreich abzuschieben.

Separatistenbewegungen

Seit Ende September 1923 verstärkten separatistische Bewegungen im preußischen Rheinland, in der bayerischen Pfalz und in Rheinhessen mit Unterstützung der französischen und belgischen Besatzungsmacht ihre Bestrebungen, diese Gebiete in selbstständige, eng mit Frankreich und Belgien zusammenarbeitende Territorien zu verwandeln. Poincaré – seit 1922 französischer Ministerpräsident – sah die Chance zur Schaffung eines unabhängigen rheinischen Staates und damit zur Abtrennung des Ruhrgebietes vom Deutschen Reich. Die Separatisten versprachen sich wirtschaftliche und politische Vorteile für die ausgegliederten Regionen. Am 21. Oktober riefen sie eine „Rheinische Republik“ aus, am 12. November eine „Autonome Pfalz“. In Aachen, Koblenz, Bonn, Wiesbaden, Trier und Mainz stürmten sie die Rathäuser. Die Reichsregierung war machtlos, da sie keine Truppen in die entmilitarisierte Zone schicken durfte. Die separatistischen Bewegungen, denen sich auch kriminelle Elemente anschlossen, scheiterten jedoch innerhalb weniger Monate einerseits am energischen Widerstand der Bevölkerung. Andererseits lehnten Großbritannien und die USA eine Loslösung des Ruhrgebietes von Deutschland wegen der unabsehbaren internationalen wirtschaftlichen und politischen Risiken ab. Im Februar 1924 ließ Poincaré die separatistischen Bewegungen fallen und besiegelte damit ihr Ende.

Separatisten prügeln im Rheinland auf einen deutschen Polizisten ein. Die berittenen französischen Besatzungstruppen lassen sie gewähren.



ullstein bild

Sturz der Regierung

In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herrschte Empörung darüber, dass die (aufs Ganze gesehen erfolgreiche) Regierung Stresemann gegen die Rechtsdiktatur des Triumvirates in Bayern praktisch nichts unternahm, gegen die SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen dagegen die Reichswehr einsetzte. Am 2. November 1923 schieden die SPD-Minister aus der Reichsregierung aus. Als der Kanzler am 23. November bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage eine Niederlage erlitt, trat er zurück. Neuer Regierungschef einer bürgerlichen Minderheitsregierung (DDP, Zentrum/BVP, DVP), der Stresemann als Außenminister angehörte, wurde der Zentrumsführer Wilhelm Marx.

Das Jahr 1923 markierte den Höhepunkt der krisenhaften Nachkriegsentwicklung in Deutschland. Die Hauptkrisen dieses Jahres waren die Ruhrbesetzung und die durch den passiven Widerstand verstärkte Währungszerrüttung. Sie wurden durch vernünftiges politisches Handeln gelöst: Frankreich blieb mit seiner überharten Deutschlandpolitik im Kreise der Siegermächte isoliert und musste schließlich einlenken. Die nach dem unvermeidlichen Abbruch des passiven Widerstandes durchgeführte Währungsreform, die Sozialdemokraten wie Deutschnationale mittrugen, wurde rasch zum Erfolg.

Bei den übrigen Gefahren handelte es sich um gezielt ausgelöste Nebenkrisen, die mehr oder weniger aus denselben Gründen scheiterten: Der „deutsche Oktober“ musste bereits in Sachsen und Thüringen vorzeitig abgebrochen werden, der „Marsch auf Berlin“ gelangte nicht einmal über München hinaus, und der rheinische Separatismus brach kläglich zusammen, nicht nur weil die Akteure dilettantisch vorgingen, sondern vor allem, weil eine „Diktatur des Proletariats“ nach sowjetischem Muster, ein „Führerstaat“ nach italienischem Vorbild oder eine Zerstörung der Reichseinheit jeweils nur einer kleinen Minderheit der Bevölkerung als erstrebenswert galt. Deshalb erreichten die Nachkriegskrisen 1923 mit ihrem Gipfel zugleich auch ihr Ende.

Reinhard Sturm

Zwischen Festigung und Gefährdung 1924-1929

Außenpolitische Erfolge und ein – wenngleich unsicherer – wirtschaftlicher Aufschwung bescherten der Weimarer Republik eine vorübergehende Konsolidierungsphase. Sozialpolitische Maßnahmen wurden verstärkt, es begann eine Zeit der kulturellen Blüte.



akg-images

1926 erreicht Außenminister Stresemann die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Hier bei seiner Antrittsrede in Genf am 10. September 1926

Im Laufe des Jahres 1924 mehrten sich die Anzeichen für eine Stabilisierung der Weimarer Republik. Tatsächlich war das folgende Jahrfünft durch außen- und reparationspolitische Erfolge, wirtschaftlichen Aufschwung sowie gesellschafts- und sozialpolitische Fortschritte gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund beruhigte sich die innenpolitische Lage, während Kunst und Kultur eine Blütezeit erlebten. Diese erfreuliche Gesamtentwicklung wurde jedoch immer wieder durch gegenläufige Tendenzen infrage gestellt.

Außenpolitische Erfolge

Eine erste Entspannung in der Reparationsfrage brachte der von der alliierten Reparationskommission und Deutschland angenommene „Dawes-Plan“. Seine wichtigsten, von dem US-Bankier Charles Dawes entwickelten Grundsätze lauteten:

- Die deutsche Wirtschaft sollte sich erholen, um die Reparationsleistungen an die Gläubiger zu gewährleisten – nur so konnten diese ihre Kriegsschulden an die USA zurückzahlen. Politisch motivierte Sanktionen wie die Ruhrbesetzung sollte es nicht mehr geben.
- Die jährliche Belastung sollte 1924 eine Milliarde Reichsmark (RM) betragen und bis September 1928 auf die „Normalrate“ von 2,5 Milliarden RM ansteigen. Besaß Deutschland nicht genügend Devisen für die Umwandlung der Jahresrate in die Währungen der Empfängerländer, durfte die Zahlung niedriger ausfallen („Transferschutz“). Als Starthilfe wurde ein US-Kredit über 800 Millionen RM gewährt, sodass von der ersten Jahressumme nur 200 Millionen RM aus Eigenmitteln aufgebracht werden mussten.
- Ein alliierter Reparationsagent mit Sitz in Berlin, der US-Finanzexperte Parker Gilbert, übernahm die Organisation der Reparationszahlungen.

Zeitliche Begrenzung und endgültige Höhe der Reparationen blieben weiterhin offen; dennoch waren die neuen Bedingungen wesentlich günstiger als die des Londoner Ultimatums vom Mai 1921. Am 1. September 1924 trat der Dawes-Plan in Kraft; die Ruhrbesetzung wurde bis September 1925 wieder aufgehoben.

Verträge von Locarno

Im Zuge der durch den Dawes-Plan bewirkten Verbesserung des politischen Klimas tagten vom 5. bis 16. Oktober 1925 in dem schweizerischen Kurort Locarno die Regierungschefs und Außenminister Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei, um Abkommen zur Stabilisierung des Friedens in Europa zu schließen – Voraussetzung für weitere amerikanische Kredite. In einem „Garantiepakt“ erklärten Deutschland, Frankreich und Belgien sowie England und Italien (als Garantiemächte) die deutsche Westgrenze für „unverletzlich“. Dafür war das Reich künftig gegen territoriale Sanktionen geschützt. Die Locarno-Verträge waren weitgehend das Werk der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Gustav Stresemann und Aris-

tide Briand; sie wurden dafür am 10. Dezember 1926 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Freilich war Stresemann – wie andere europäische Staatsmänner seiner Zeit auch – stets beides: „ein kühl kalkulierender Realpolitiker und ein nationaler Machtpolitiker“ (Eberhard Kolb). Zwar verpflichtete sich das Reich in Schiedsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei zum Verzicht auf gewaltsame Grenzveränderungen, aber eine Grenzgarantie wie im Westen lehnte Stresemann ausdrücklich ab. Ein „Ostlocarno“ hätte seine Strategie gefährdet, Deutschland schrittweise wieder zur Großmacht werden zu lassen und zu gegebener Zeit Polen durch wirtschaftlichen Druck zu Grenzverhandlungen zu bewegen.

Locarno brachte eine spürbare Verbesserung der deutschen Position in der internationalen Politik. Greifbarstes Ergebnis war, neben dem Abzug der britischen Besatzungstruppen aus der Kölner Zone bis Januar 1926, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund (mit ständigem Ratssitz) am 10. September 1926. Dennoch verweigerten Nationalkonservative und Rechtsradikale ebenso wie die radikale Linke ihre Zustimmung zu den Locarno-Verträgen. Wetterten DNVP und NSDAP gegen die Preisgabe deutscher Gebiete im Westen, so befürchtete die KPD die Einbeziehung Deutschlands in eine gemeinsame Front der kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion. Nach dem Austritt der DNVP aus der im Januar 1925 gebildeten „Bürgerblock“-Regierung Luther (Amtszeit: Januar 1925-Mai 1926) konnten die Locarno-Verträge nur mit Hilfe der oppositionellen SPD ratifiziert werden.

Als Ergänzung bzw. Gegengewicht zum Locarno-Pakt schloss Deutschland mit der Sowjetunion am 24. April 1926 den „Berliner Vertrag“ über gegenseitige Neutralität im Falle eines Krieges mit dritten Staaten. Demzufolge durften bei einem russisch-polnischen Krieg französische Truppen Polen nicht über deutsches Territorium zu Hilfe kommen.

Young-Plan

Auf der Basis des Dawes-Plans und der Locarno-Verträge kam es in den folgenden Jahren zu weiteren Verbesserungen des deutsch-französischen Verhältnisses, insbesondere der Handelsbeziehungen. Auch nahm das internationale Ansehen Deutschlands nach seinem Eintritt in den Völkerbund zu. Der „Briand-Kellogg-Pakt“ – benannt nach den Außenministern Frankreichs und der USA – vom 27. August 1928 war auch Stresemanns Werk. Bis Ende 1929 traten bereits 54 Staaten diesem Abkommen zur Kriegsächtung bei.

Als sich Ende 1928 abzeichnete, dass die Umstellung der jährlichen Reparationszahlungen auf die „Normalrate“ von 2,5 Milliarden RM die deutsche Zahlungsfähigkeit überforderte, drängte die seit Ende Juni amtierende Regierung der Großen Koalition (siehe S. 48) unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) auf eine endgültige Regelung der Reparationsfrage zu erträglichen Bedingungen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen legte der US-Wirtschaftsexperte Owen D. Young einen Plan vor, der folgende Neuerungen enthielt:

- Die Begrenzung der Reparationsleistungen auf 112 Milliarden RM, zahlbar innerhalb von 59 Jahren (das heißt bis 1988).
- Die Herabsetzung der Jahresraten: Sie sollten in den ersten 37 Jahren allmählich von 1,7 auf 2,1 Milliarden RM ansteigen und danach den jährlichen Kriegsschulden-Rückzahlungen der Alliierten an die USA angepasst werden. Grundsätzlich waren jährlich 600 Millionen RM in Devisen zu zahlen – das heißt ohne „Transferschutz“.
- Die Abwicklung der Zahlungen in souveräner deutscher Verantwortung über eine „Bank für internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel. Die alliierte Reparationskommission und der Reparationsagent stellten ihre Tätigkeit ein.

Stresemanns außenpolitische Ziele

Vertraulicher Brief Stresemanns an Kronprinz Wilhelm vom 7. September 1925 (1932 bekannt geworden).

[...] Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10-12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedergewinnung von Danzig, vom polnischen Korridor und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien.

Im Hintergrund steht der Anschluss von Deutsch-Österreich [...].

Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgaben konzentrieren. Daher der Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie, wenn Mussolini mitmacht, Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. Der Sicherheitspakt birgt andererseits in sich den Verzicht auf [...] Rückgewinnung Elsass-Lothringens, [...] der aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht. [...] Zudem sind alle Fragen, die dem deutschen Volk auf dem Herzen brennen, [...] Angelegenheiten des Völkerbundes [...].

Die Frage des Optierens zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. [...] Ich warne vor einer Utopie, mit dem Bolschewismus zu kokettieren.

[...] Das Wichtigste ist [...] das Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung. Wir müssen den Würger erst vom Halse haben. [...] Deshalb wird die deutsche Politik [...] in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren (Tricks anzuwenden – Anm. der Red.) und den großen Entscheidungen auszuweichen.

Ich bitte E. K. H. (Eure Kaiserliche Hoheit – Anm. d. Red.), [...] diesen Brief selbst – den ich absichtlich nicht unterzeichne, damit er nicht, auch nur aus Versehen, in fremde Hände fällt – freundlichst unter dem Gesichtspunkt würdigen zu wollen, dass ich mir natürlich in allen meinen Äußerungen eine große Zurückhaltung auferlegen muss. [...]

Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. II, hg. von Henry Bernhard, Ullstein, Berlin 1932, S. 553 ff.



ullstein bild

Das zu seiner Zeit größte Flugzeug der Welt, die Do-X der Dornier-Werke, hier bei einem Rundflug zwischen den Wolkenkratzern New Yorks

- Die vorzeitige Räumung des Rheinlandes durch die Alliierten bis zum 30. Juni 1930 (statt 1935) – ein außenpolitischer Triumph, den Stresemann nicht mehr erlebte.

Mochte die Aussicht auf Reparationszahlungen bis 1988 zunächst erschrecken, so konnte doch kein Zweifel daran bestehen, dass der „Young-Plan" gegenüber allen bisherigen Regelungen eine weitere deutliche Verbesserung darstellte.

Wirtschaftsentwicklung

Währungsreform, Dawes-Plan und ausländische Kredite bewirkten einen beträchtlichen Wirtschaftsaufschwung. Produktion, Konsum und Volkseinkommen nahmen zwischen 1924 und 1929 stetig zu. Schwerindustrie (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung), Maschinenbau und Textilindustrie, vor allem aber elektrotechnische, chemische und optische Industrie sowie neue Industriezweige wie Automobil- und Flugzeugbau, Messing-, Aluminium- und Kunstseideherstellung, Film und Rundfunk konnten ihre Produktion erheblich steigern. Technische Großprojekte wie das Luftschiff „Graf Zeppelin" oder das Verkehrsflugzeug „Dornier DO X" demonstrierten die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie.

Bereits 1926 übertraf der Warenexport den von 1913. Da der Aufschwung den Verteilungsspielraum erweiterte, kam er auch Arbeitern, Angestellten und Beamten zugute. Dabei half die 1923 eingeführte, arbeitnehmerfreundlich gehandhabte staatliche Zwangsschlichtung als letzte Instanz bei Tarifkonflikten. 1928/29 erreichten Industrieproduktion und Löhne insgesamt wieder das Vorkriegsniveau – bei deutlich verringerter Wochenarbeitszeit. Der Reichshaushalt war, trotz der Reparationsbelastungen, stets annähernd ausgeglichen.

Krisenanfälliger Aufschwung

Gleichwohl blieben die Wachstumsraten der Industrieproduktion und des Außenhandels hinter denen anderer Industrieländer zurück. Außerdem gab es eine Reihe bedenklicher Trends:

- Das Wirtschaftswachstum war ungleichmäßig verteilt; zum Beispiel konnte die Schwerindustrie mit der Chemie- und Elektroindustrie nicht Schritt halten.
- Die Wirtschaftskonzentration nahm weiter zu. Bereits 1926 entfielen auf 16 Prozent der Aktiengesellschaften 66 Prozent des Aktienkapitals. Im Bergbau und in der Stahlindustrie

Konzentrationsbewegung

Die Ursache der bald nach dem Kriegsende in der deutschen Eisenindustrie einsetzenden Konzentrationsbewegung war Rohstoffmangel. Durch den Versailler Vertrag wurde mit einem Federstrich eine Strukturänderung geschaffen, die der deutschen eisenschaffenden Industrie mit einem Schlage ein anderes Gepräge gab: Die Verbindung der rheinisch-westfälischen Werke mit den lothringischen Betrieben, die in dem gegenseitigen Austausch von Ruhrkohle und Koks gegen lothringische Erze und Walzwerksprodukte zum Ausdruck kam, wurde aufgehoben; in Oberschlesien erstreckten sich die Zerstörungen durch die neuen Grenzziehungen sogar auf das Betriebsverhältnis der Werke, die in ihrer technischen Einheit auseinandergerissen wurden. [...]

Es mussten also neue Querverbindungen nach der Rohstoffseite wie nach der Seite der weiterverarbeitenden Industrie geschaffen werden. [...] Auch die Verarbeitungs- und Verfeinerungsindustrie, häufig sogar die Fertigungsindustrie, wurden in die Zusammenschlussbewegung einbezogen. Das größte Beispiel dieser vertikalen Konzernbildung ist die unter Führung von Hugo Stinnes erfolgte Gründung des Elektromontankonzerns, der Rhein-Elbe-Siemens-Schuckert-Union. Unter dem Druck der Rohstoffknappheit wurde der – in seinen Anfängen

dominierten Konzerne. 1925 entstand der weltgrößte Chemiekonzern („I.G. Farbenindustrie AG“), 1926 der größte europäische Montankonzern („Vereinigte Stahlwerke“). Monopolpreise für Rohstoffe und Halbfabrikate machten der verarbeitenden Industrie zu schaffen.

- Wettbewerbsbedingte Rationalisierungen wie die Einführung der Fließbandarbeit nach dem Vorbild der Ford-Werke in den USA gefährdeten immer mehr Arbeitsplätze von Arbeitern und zunehmend auch von kleinen und mittleren Angestellten. Schon vor der Weltwirtschaftskrise lag die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich bei 1,4 Millionen (circa 6,5 Prozent).
- Die Landwirtschaft arbeitete vielfach unrentabel und war nach ihrer inflationsbedingten Entschuldung bald wieder verschuldet. Das galt sowohl für die Kleinbauern in Mittel-, Südwest- und Süddeutschland als auch besonders für die ostelbischen Großagrarier. Ab 1927 befand sich die Landwirtschaft infolge einer weltweiten Überproduktion, die mit einem anhaltenden Verfall der Erzeugerpreise (besonders für Schweine und Roggen) einherging, in einer Dauerkrise.
- Die Auslandsverschuldung (vor allem bei den USA) erreichte 1929 einen Gesamtumfang von 25 Milliarden RM; die kurzfristige Verschuldung betrug 12 Milliarden RM. Ein Abzug der kurzfristigen, von den deutschen Banken aber oft langfristig weitervergebenen Auslandskredite konnte verheerende Folgen haben.
- Die expansive Kreditpolitik der Großbanken und ihre oft riskanten Spekulationen mit Wertpapieren waren nicht ausreichend durch Eigenkapital und liquide Mittel abgesichert, denn private Haushalte und Unternehmen verspürten nach der Inflationserfahrung von 1923 wenig Neigung zum Sparen bzw. zur Kapitalbildung.
- Die Zentralbank (Reichsbank) konnte damals nur mittels Diskontpolitik (Verteuerung bzw. Verbilligung der Kredite, die sie den Privatbanken gewährte) das Wirtschaftsgeschehen beeinflussen. Über die Mindestreservenpolitik (Erhöhung bzw. Senkung der Geldschöpfung und Kreditgewährung der Geschäftsbanken) sowie die Offenmarktpolitik (An- und Verkauf von Wertpapieren zur Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage) verfügte sie noch nicht.
- Das Finanzgebaren der öffentlichen Hände gab Anlass zur Sorge. Von 1926 bis 1929 stiegen die jährlichen Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden zusammen von 17,9 auf 24,3 Milliarden RM. Die Kommunen finanzierten bis zu zwei Drittel ihrer Infrastrukturmaßnahmen unsolide mit Hilfe der Auslandsanleihen.

Demnach fand eine fundamentale wirtschaftliche Stabilisierung in den Jahren 1924 bis 1929 nicht statt; der Wirtschaftsaufschwung wurde mit einer erheblichen „hausgemachten“ Krisenanfälligkeit erkauft.

Gesellschaft im Wandel

Nach den Einschnitten durch Kriegseinwirkungen und Gebietsverluste erhöhte sich die Bevölkerungszahl im Deutschen Reich zwischen 1925 und 1933 um etwa 2,8 Millionen, sodass sie am Ende wieder den Vorkriegsstand von rund 65 Millionen erreichte. Davon waren knapp zwei Drittel Protestanten und annähernd ein Drittel Katholiken; der Anteil der Juden sank von 0,9 auf 0,8 Prozent. Im selben Zeitraum hielten die für hochindustrialisierte Gesellschaften typische Landflucht und Verstädterung weiter an. Der Bevölkerungsanteil der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern nahm von 35,6 auf 32,9 Prozent ab, während der der Großstädte (über 100 000 Einwohner) von 26,8 auf 30,4 Prozent anstieg. Parallel dazu vollzog sich ein Rückgang der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft von 30,5 auf 28,9 Prozent, in Industrie und Handwerk von 42,1 auf 40,4 Prozent, während der Dienstleistungsbereich von 27,4 auf 30,7 Prozent zunahm.



akg-images

Das Fließband hält Einzug in die Produktion: Bandmontage von Fahrgestellen der Hanomag-Werke 1925 in Hannover-Linden

bis in die Vorkriegszeit zurückreichende – Typus des „gemischten Betriebes“ in der Eisenindustrie vorherrschend. [...]

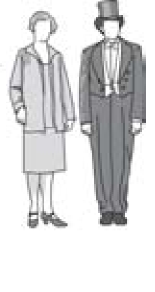
Während in den ersten Nachkriegsjahren Rohstoffsicherung die maßgebende Rolle bei der Konzernbildung gespielt hatte, war jetzt Rohstoff reichlich vorhanden. Der immer drückender werdende Absatzmangel forderte gebieterisch eine Verringerung der Gestehungskosten, um dem Weltmarkt gegenüber konkurrenzfähig zu werden; [...].

Die mit größter Energie aufgenommene technische Rationalisierung der einzelnen Betriebe erwies sich als nicht ausreichend [...]; aber auch der gewaltige Kapitalbedarf, der durch die technische Umstellung der Betriebe hervorgerufen wurde, zwang zu einer Verstärkung der Betriebsgrundlagen durch Zusammenfassung gleichartiger Produktionseinheiten, zu horizontalen Zusammenschlüssen im Wege der Fusion. [...]

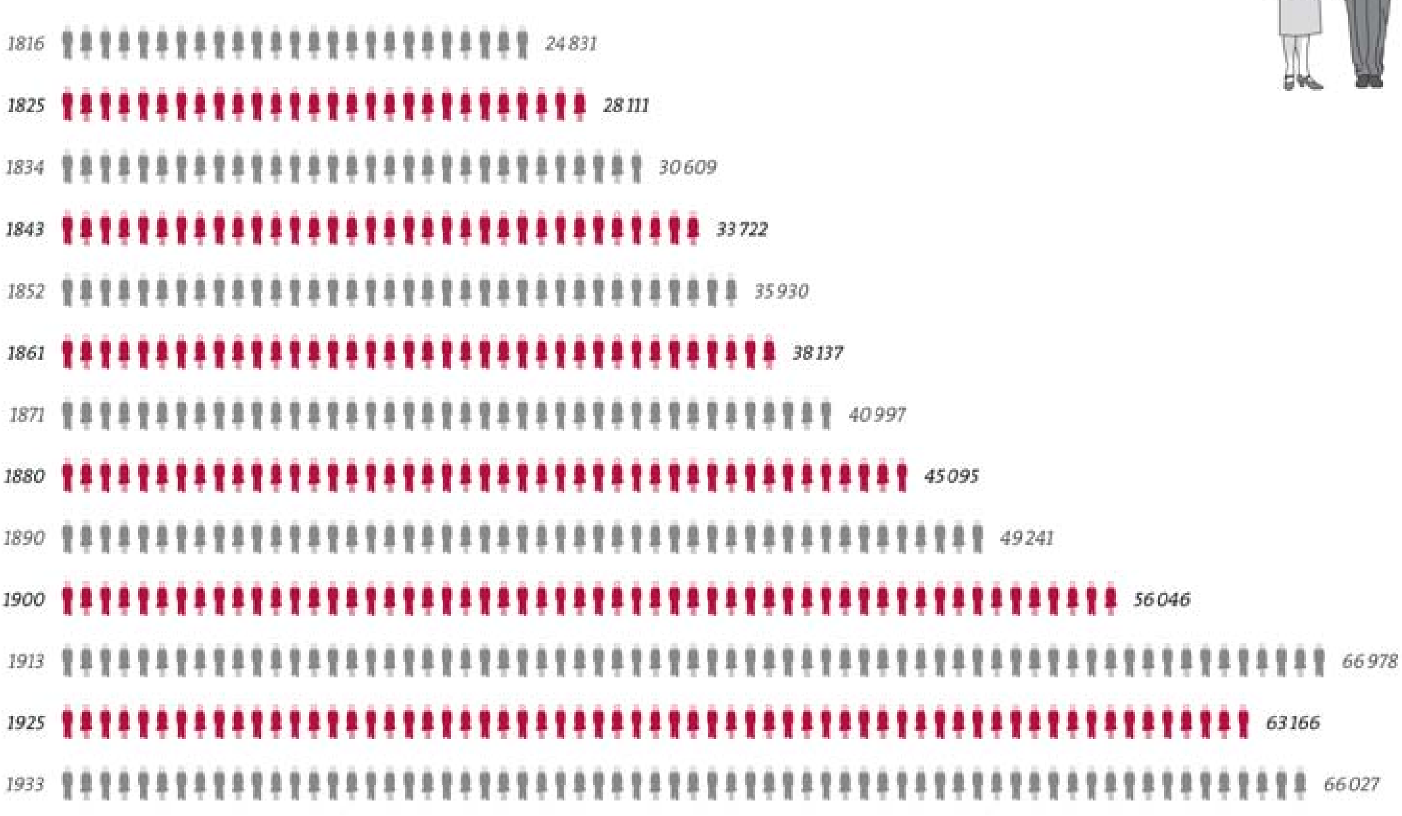
Die Angliederung gleichartiger Produktionsstätten gab den Großkonzernen die Möglichkeit, die Erzeugung auf die günstigst gelegenen und bestgeeigneten Betriebe zusammenzulegen und dafür weniger aussichtsreiche Betriebe durch Stilllegung aus dem Produktionsprozess auszuschalten. [...]

Wirtschaftsdienst, Heft 41 vom 10. Oktober 1930, S. 1746-1752 in: Werner Abelshauser/Anselm Faust/Dietmar Petzina (Hg.), Deutsche Sozialgeschichte 1914-1945, C. H. Beck, München 1985, S. 25 ff.

Bevölkerung



(in 1000) innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs von 1919



Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917-1933, Siedler / Random House, Berlin 1994, S. 49

Die Weimarer Republik erbte vom Kaiserreich eine hochdifferenzierte, hierarchisch gegliederte Industriegesellschaft mit ausgeprägten schicht-, geschlechts- und generationsspezifischen Strukturen sozialer Ungleichheit hinsichtlich Einkommens- und Vermögensverteilung, Berufsbedingungen und familiären Lebensverhältnissen. In manchen Bereichen vollzog sich jedoch in den 1920er Jahren ein beträchtlicher Wandel.

Oberschichten

Zur alten Oberschicht gehörten adlige und bürgerliche Großagrarier, Wirtschaftsbürgertum (darunter immer mehr angestellte „Manager" von Aktiengesellschaften), Bildungsbürgertum, (überwiegend adliges) höheres Beamtentum und Offizierskorps. Sie hatte durch die Revolution von 1918/19 ihren unmittelbaren Zugang zur politischen Macht weitgehend verloren. Unter dem aus ihren Reihen stammenden Reichspräsidenten, dem Generalfeldmarschall a. D. Paul von Hindenburg, gewann sie ihn nach 1925 allmählich zurück (siehe S. 45 ff.). Mit dem großagrarischen „Reichslandbund" und dem schwerindustriell dominierten „Reichsverband der deutschen Industrie" (RDI) verfügte sie über die beiden mächtigsten Interessenverbände. Politisch wurde der protestantische Teil der alten Oberschicht hauptsächlich durch DNVP, DVP und (in geringerem Maße) DDP vertreten; der katholische Teil orientierte sich am Zentrum.

Neben die traditionelle Elite schob sich eine durch die breite Einführung der parlamentarischen Demokratie erzeugte „neue politische Oberschicht" (Hagen Schulze): Regierungsmitglieder und Parlamentarier, von denen rund drei Viertel aus sozialen Aufsteigern vor allem aus den Mittel- und Unterschichten bestanden – einer der Gründe für die Verachtung, die die alte Oberschicht dem Parlamentarismus entgegenbrachte. Das bekannteste Beispiel ist Reichspräsident Friedrich Ebert, ein gelernter Sattler, der sich bis zum Staatsoberhaupt hocharbeitete. Vor allem aus den Reihen von SPD, DDP und Zentrum kam die neue politische Oberschicht.

Mittelschichten

Die Mittelschichten umfassten zum einen den „alten Mittelstand": selbstständige Handwerker und Einzelhändler, kleine und mittlere Unternehmer, freie (akademische) Berufe und Bauern, nebst ihren mithelfenden Familienangehörigen – überwiegend Kleinbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten. Die eigentumsorientierten, statusbewussten selbstständigen Mittelständler fühlten sich stets zwischen Kapital und Arbeit eingeklemmt, weil sie im Wettbewerb mit Großunternehmen standen und sich gleichzeitig von den Lohnforderungen der Gewerkschaften bedrängt sahen. Der Verlust ihrer Ersparnisse durch die Inflation 1923 bedeutete für sie eine kollektive traumatische Erfahrung, die mehr noch als Versailler Vertrag und Dolchstoßlegende ihr Vertrauen in den demokratischen Staat untergrub.


bpk / Atelier Bieber / Nather

Eine Gesellschaft sozialer Ungleichheit: Angehörige der Oberschicht vor einer festlich gedeckten Tafel ...


ullstein bild – Schnellbacher

... eine Mittelschichtfamilie bei einer Geburtstagsfeier ...


akg-images

... und Frauen und Kinder in einer Elendsunterkunft um 1923

Zum anderen hatte sich bereits im Kaiserreich ein „neuer Mittelstand" – mittlere und kleine Angestellte und Beamte – herausgebildet, der aufgrund der allgemeinen Bürokratisierungstendenz in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zunahm. Die Berufssituation der Angestellten näherte sich im Gefolge der Rationalisierungswelle in der deutschen Industrie in den 1920er Jahren hinsichtlich der Arbeitsbedingungen (Großraumbüros) und der Arbeitsplatzsicherheit (wachsende Arbeitslosigkeit, besonders bei älteren Angestellten) derjenigen der Arbeiter immer stärker an. Umso verbissener jedoch grenzten sich die Angestellten von den Arbeitern ab, unter anderem durch eigene Versicherungen und durch Verbände, deren politisches Spektrum vom SPD-nahen AfA-Bund („Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände") bis zum „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband" (DNHV) reichte. Ihr eher an den Arbeitgebern als an der Arbeiterschaft orientiertes berufsständisches Sonderbewusstsein war in Deutschland ausgeprägter als in vergleichbaren Industrieländern.

Charakteristisch für alte und neue Mittelschichten war das breite Spektrum der von ihnen bevorzugten Parteien. Traditionell bildeten sie den Kern des politischen Liberalismus (auch Katholizismus); man wählte aber auch die Deutschnationalen, mittelständisch orientierte Kleinparteien oder regionale Parteien. Diese politische „Heimatlosigkeit" führte zum allmählichen Niedergang der beiden liberalen Kernparteien DDP und DVP.

Unterschichten

Zu den Unterschichten zählten Industrie- und Landarbeiter, Handwerksgesellen und Lehrlinge, Knechte und Mägde, Hausangestellte, Arbeitslose, Rentner und Invaliden. Industriearbeiter stellten gut drei Fünftel dieses Gesellschaftssegments. Katholische Arbeiter standen der Zentrumspartei und ihren christlichen Gewerkschaften nahe. Die von der Revolution 1918/19 kaum berührten Landarbeiter blieben eher konservativ orientiert. Die übrigen Unterschichten bildeten das soziale Fundament der Sozialdemokratie und des Kommunismus. Ältere Arbeiter und Facharbeiter fühlten sich eher der SPD und dem ihr nahe stehenden „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" (ADGB) verbunden, Jungarbeiter, ungelernte Arbeiter und Arbeitslose eher der KPD. SPD, KPD und Zentrum vermochten ihre Anhänger in ein dicht geknüpftes Netz aus Parteigliederungen, Selbsthilfeorganisationen, Sport- und Freizeitvereinen, Gaststätten, Bildungseinrichtungen und ein eigenes Pressewesen einzubinden. Sozialwissenschaftler sprechen daher von „sozialmoralischen Milieus" (Rainer M. Lepsius) oder politischen „Solidargemeinschaften" (Peter Lösche), beim kommunistischen Milieu sogar von einem abgedichteten „selbstständigen Lager innerhalb der Gesamtgesellschaft" mit einer ausgeprägten „Lagermentalität" (Oskar Negt/Alexander Kluge).

Frauen

Schicht- bzw. milieuspezifische Unterschiede wurden teilweise von geschlechts- und generationsspezifischen überlagert. Frauen blieben trotz Artikel 109 WV (staatsbürgerliche Gleichheit) und 119 WV (eheliche Gleichberechtigung) benachteiligt, da die Gesetzgebung nicht angepasst wurde. So



Deutsches Historisches Museum, Berlin

Der städtische Dienstleistungssektor setzt vermehrt auf weibliche Angestellte. Kennzeichen der „modernen Frau" in der Weimarer Republik ist die Kurzhaarfrisur.

durften verheiratete Frauen, wie schon im Kaiserreich, nur mit Genehmigung des Ehemannes einen Beruf ausüben. Die Erwerbstätigkeit einer Frau galt allgemein als Übergangsstadium bis zur Ehe, in der ihr dann die Hausarbeit und die Kindererziehung zufielen. 1925 waren nur 35,6 Prozent der Frauen erwerbstätig (Männer 68 Prozent), davon jede Zehnte als Hausgehilfin ohne soziale Sicherung und mit überlangen Arbeitszeiten. In der Industrie erhielten Hilfs- und Facharbeiterinnen im Durchschnitt nur zwei Drittel der Männerlöhne; in Krisenzeiten wurden sie stets als erste entlassen.

Über diese traditionelle Rollenvorstellung wies das von der Werbung propagierte Bild der „neuen Frau" – berufstätig, unabhängig, selbstbewusst, attraktiv, modisch gekleidet – bereits hinaus. Es bezog sich vor allem auf weibliche Angestellte, deren wachsender Anteil an der Angestelltenschaft 1925 bereits 12,6 Prozent betrug. Zwischen 1919 und 1932 stieg auch der Anteil der Studentinnen von sieben auf 16 Prozent. Leitende Positionen blieben Frauen aber in der Regel verwehrt. Weder die weiblichen Abgeordneten in den Parlamenten (durchweg weniger als zehn Prozent) noch die bürgerliche oder proletarische Frauenbewegung erreichten in den zwanziger Jahren nennenswerte Fortschritte.

Jugend

Seit der Jahrhundertwende gab es in der Jugend Ansätze zur Entwicklung von Zusammenschlüssen mit eigenen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen. Die naturverbundene bürgerliche „Wandervogel"-Bewegung wurde nach dem Krieg weitgehend von der gesellschaftlich orientierten „bündischen Jugend" abgelöst. In den 1920er Jahren bildeten erwerbslose Heranwachsende aus den Unterschichten in den Großstädten zuweilen „wilde Cliquen", die ihren Protest gegen Armut und Zukunftsunsicherheit „krass materialistisch und nicht selten jenseits der Legalität" (Heinrich August Winkler) auslebten. Nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 versuchte der Staat, durch Einrichtungen der Jugendfürsorge und Angebote der Jugendpflege die Entwicklung der Jugendlichen positiv zu beeinflussen. Doch blieb Unterschichtkindern der Zugang zu höheren Schulen – und damit der soziale Aufstieg – wegen des weiterhin erhobenen Schulgeldes in der Regel versperrt.

Alltag einer Arbeiterin

Unter dem Motto „Mein Arbeitstag – Mein Wochenende" schrieb 1928 das Arbeiterinnensekretariat des Deutschen Textilarbeiterinnenverbandes einen Literaturwettbewerb aus, der sich an alle Verbandsmitglieder richtete. Authentisch und überzeugend sollten die Frauen ihren gewöhnlichen Tagesablauf schildern, für die beste Arbeit standen 30 Mark als Preis bereit. Eine 48-jährige Arbeiterin:

„Durch Arbeitslosigkeit meines Mannes bin ich zu der Erwerbstätigkeit gezwungen. Um nicht in allzu große Notlage zu geraten, muss ich zum Haushalt meiner Familie, welche aus meinem Mann, drei Kindern im Alter von 3 bis 13 Jahren und mir besteht, beitragen. Mein Wohnort liegt im Kreise Zeitz, die Arbeitsstelle ist eine Wollkämmerei, in welcher ich Putzerin bin. Da ich fast eine Stunde Bahnfahrt habe, stehe ich früh um 4.30 Uhr auf. Der Zug fährt um 5.10 Uhr ab, kommt 5.55 Uhr am Arbeitsort an. Da unsere Arbeitszeit um 6 Uhr beginnt, muss ich vom Bahnhof zur Fabrik einen Dauerlauf machen, um zur rechten Zeit zur Stelle zu sein. Dort putze ich bis 14.15 Uhr Krempelmaschinen. Der Zug, mit welchem ich fahren kann, fährt erst um 17.13 Uhr. Ich muss mich solange auf dem Bahnhof aufhalten und bin um 18 Uhr zu Hause. Nun gibt es noch daheim zu schaffen. Das Essen fertig zu kochen, für den nächsten Tag vorzubereiten, bei den Kindern die Sachen nachsehen, ob sie noch ganz und sauber sind. Wenn man den ganzen Tag nicht da ist, wird noch ein bisschen mehr gebraucht, weil die kleinen Schäden nicht so beachtet werden können. Am Abend ist man auch von der langen Zeit müde und abgespannt und die Sachen, Wäsche und Strümpfe, müssen sonntags ausgebessert werden. Manchmal muss ich noch meinen Schlaf opfern, da ich Partei- und Arbeiterwohlfahrtsversammlungen besuche und letztere sogar als Vorsitzende leiten muss. Am Sonnabend bin ich um dieselbe Zeit zu Hause. Da gehe ich erst einmal in den Konsumverein einkaufen, um für die ganze Woche Lebensmittel zu haben. Alle vier Wochen habe ich große Wäsche für meine Familie allein zu waschen. Am Abend vorher mache ich dazu alles fertig, um Sonntagmorgen beizeiten anfangen zu können. Sonst beginnt der Sonntag um 7 Uhr. Da gibt es zu tun mit dem Reinemachen der Wohnung und dem Ausbessern der Kleidungsstücke. Dabei wird das Mittagessen bereitet. Um 14 Uhr beginnt dann für mich der Sonntag. Er wird mit dem Besuch einer Arbeiterveranstaltung oder mit einem Spaziergang beendet […]."

Kristine von Soden, „Frauen und Frauenbewegung in der Weimarer Republik", in: Die wilden Zwanziger. Weimar und die Welt 1919-33, Espresso, Berlin 1986, S. 112 f.

Anfang der 1930er Jahre gehörten von neun Millionen Jugendlichen knapp vier Millionen einer Jugendorganisation an. Am beliebtesten waren Sportvereine (zwei Millionen) sowie katholische und evangelische Jugendverbände (eine Million bzw. 600 000). Dahinter schob sich in weitem Abstand die „Hitler-Jugend“ (HJ) (100 000) vor die – an Mitgliederschwund leidende – SPD-nahe „Sozialistische Arbeiterjugend“ (SAJ) (90 000). Es folgten die „bündischen“ Jugendgruppen (70 000) und der „Kommunistische Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) (55 000).

Gleichwohl verbrachten die meisten jungen Leute ihre Freizeit vorzugsweise im Freundeskreis, gingen auf Wanderfahrt und nutzten die Möglichkeiten der neuen „Massenkultur“ (siehe S. 49): Grammofon, Radio und Kino, Gaststätten und Tanzlokale.

Die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen der Jahrgänge 1897 bis 1917 waren – je nach Geburtsjahr – durch einschneidende Erfahrungen geprägt: durch das seelisch verwüstende Kriegs- bzw. Fronterlebnis („verlorene Generation“), das vaterlose Aufwachsen und die Entbehrungen während des Krieges, die Nachkriegskrisen (die eine hohe Jugendkriminalität erzeugten), die Stabilisierungsjahre oder schließlich den unmittelbaren Übergang von der Schule oder der Universität in die Arbeitslosigkeit infolge der Weltwirtschaftskrise („überflüssige Generation“).

Die soziale Unzufriedenheit vieler Jugendlicher äußerte sich nicht zuletzt in der Sehnsucht nach einem sinnerfüllten Dasein und nach Überwindung der gesellschaftlichen und politischen Gegensätze. Von der bürokratischen Politik in den Parlamenten und von den überalterten Parteien und ihren einflusslosen Jugendorganisationen fühlten sich vor allem die außerhalb des katholischen und des Arbeitermilieus stehenden Jugendlichen eher abgestoßen. Dies machte sich ab Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 die extreme Rechte mit wachsendem Erfolg zunutze: Hitler verstand es, die NSDAP als Partei der Jugend und des Aufbruchs zu einer nationalen „Volksgemeinschaft“ unter seiner Führung darzustellen.

Sozialpolitik

Viele Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit wurden seit der Revolution von 1918/19 zwar nicht beseitigt, aber wesentlich stärker als früher sozialpolitisch abgemildert. Das in den 1880er Jahren von Bismarck eingeführte Sozialversicherungswesen (Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung) wurde in der Verfassung verankert (Artikel 161 WV), die Rentensätze erhöht. Außerdem sorgte eine Vielzahl von größeren und kleineren Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit. Sie reichten von der Anerkennung neuer Berufskrankheiten, die zum Bezug einer Invalidenrente berechtigten, über die Steigerung der Zahl der Ärzte und der Krankenhausbetten bis zum sozialen Wohnungsbau: Zwischen 1925 und 1929 erhöhte sich die Zahl der jährlich fertiggestellten Wohnungen (in weiträumigen Siedlungen oder mehrstöckigen Mietshäusern ohne Hinterhöfe) von 106 502 auf 317 682; davon wurde jede zweite mit staatlichen Mitteln gefördert oder vom Staat selbst gebaut.

Arbeitslosenversicherung

Viele sozialpolitische Reformen waren, neben dem anhaltenden Druck der organisierten Arbeitnehmerschaft, dem tatkräftigen Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) zu verdanken. Sein bedeutendstes Werk war das Gesetz über die



Bundesarchiv, Bild 146-1983-020-10A / Fotograf: unbekannt

Protest gegen bürgerliche Konventionen und Hinwendung zur Natur: Junge Frauen und Männer der „Wandervögel“ musizieren unterwegs.



ullstein bild – Haeckel Archiv

Das Bevölkerungswachstum macht sozialen Wohnungsbau notwendig: Einzug von Mietern in eine neue Wohnsiedlung in Berlin-Schöneberg

Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 1. Oktober 1927, von der „Bürgerblock"-Regierung (Zentrum – BVP – DVP – DNVP) unter Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) eingebracht und vom Reichstag mit großer Mehrheit verabschiedet. Künftig übernahmen eine Reichsanstalt sowie regionale und lokale Arbeitsämter die Arbeitsvermittlung. Anspruchsberechtigte Arbeitslose konnten bis zu 39 Wochen ihren Unterhalt aus einer Versicherung beziehen, die zu gleichen Teilen durch Beiträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber finanziert wurde. Der Staat sollte im Notfall mit Darlehen einspringen. Somit wurde bei der sozialen Absicherung der Arbeitslosen das bisherige entwürdigende Fürsorgeprinzip durch das Versicherungsprinzip abgelöst. Weil Teile der Unternehmerschaft schon im Vorfeld heftig über die Erhöhung ihrer Soziallasten klagten, wurde die Beitragshöhe niedrig (auf drei Prozent des Grundlohns) angesetzt. Daher reichten die Finanzmittel vorläufig nur für etwa 700 000 Arbeitslose.

Der Ausbau des Weimarer Sozialstaates

1918
Abschaffung der Gesindeordnung
Einführung des Frauenwahlrechts
Zulassung von Frauen zum Hochschullehrerberuf
Erwerbslosenfürsorge für entlassene Soldaten

1919
Grundrechte der Frauen auf staatsbürgerliche Gleichstellung und Gleichberechtigung in der Ehe
Grundrechte der Jugend auf Erziehung, Bildung, Schutz, Fürsorge und Pflege
Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie für Gewerkschaften und Unternehmerverbände
Verankerung des Sozialversicherungssystems in der Verfassung

1920
Betriebsrätegesetz
Grundschulgesetz
Versorgungsregelung für 1,5 Millionen Kriegsbeschädigte und 2,5 Millionen Hinterbliebene

1922
Jugendwohlfahrtsgesetz
Zulassung von Frauen zum Richteramt
Mietpreisbindung
Arbeitsnachweisgesetz (Ablösung der gewerblichen durch eine kommunale Arbeitsvermittlung)
Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in die Aufsichtsräte

1923
Jugendgerichte
Gesetz über Mindestlöhne für Heimarbeiter
Förderung der Einstellung von Schwerbeschädigten
Mieterschutz gegen willkürliche Kündigungen
Knappschaftsgesetz (soziale Sicherung der Bergleute)
Staatliche Zwangsschlichtung von Tarifstreitigkeiten

1924
Einheitliche staatliche Fürsorge (statt kommunaler Armenpflege)

1925
Wöchnerinnen- und Mutterschutz als Pflichtleistung der Krankenkassen

1926
Landesarbeitsgerichte, Reichsarbeitsgericht

1927
Besonderer Arbeits- und Kündigungsschutz für werdende und stillende Mütter
Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
Mehrarbeitszuschläge für Überstunden

1928
Krankenversicherungspflicht für Seeleute

Zerwürfnis der Tarifvertragsparteien

1928 vertiefte sich die Kluft zwischen RDI und ADGB. Zunächst gingen die Gewerkschaften im September mit einem Programm für „Wirtschaftsdemokratie" in die Offensive. Ihre Forderungen lauteten:

- Ausbau des Arbeitsrechts, der Sozialpolitik und der innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechte,
- Erleichterung des Bildungszugangs für Arbeiter,
- Vermehrung der „gemeinwirtschaftlichen" (das heißt der staatlichen und genossenschaftlichen) Betriebe,
- paritätische Besetzung der Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern,
- Kontrolle der Großunternehmen durch Kartellämter und durch Arbeitnehmervertreter in den Geschäftsleitungen.

Die Arbeitgeberverbände begriffen die „Wirtschaftsdemokratie" nicht zu Unrecht als Kampfansage an die freie Unternehmerinitiative; vor allem der RDI reagierte mit heftiger Kritik. Mehr noch: Beim „Ruhreisenstreit" im Oktober 1928, dem größten Arbeitskampf in der Geschichte der Weimarer Republik, lehnte die Arbeitgeberseite den eher maßvollen Schiedsspruch des staatlichen Schlichters ab, sperrte mehr als 230 000 Metallarbeiter aus, ließ es auf ein Arbeitsgerichtsverfahren ankommen und begann eine Kampagne gegen die staatliche Zwangsschlichtung bei Tarifkonflikten. Der Druck der Unternehmer führte am Ende zu einem zweiten, für sie günstigeren Schiedsspruch. Mit seiner Offensive gegen Gewerkschaften und Zwangsschlichtung signalisierte der RDI, dass er die Flächentarifverträge durch betriebliche Einzelvereinbarungen zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft (ohne gewerkschaftliche und staatliche Beteiligung) ersetzen wollte. So standen sich Ende 1928 Unternehmerverbände und Gewerkschaften unversöhnlich gegenüber – der Stinnes-Legien-Pakt vom November 1918, die „Sozialverfassung der Republik" (Hagen Schulze), war zerbrochen.

Innenpolitische Entspannung

Zwischen 1924 und 1929 blieb die innenpolitische Lage weitgehend stabil. Die Kommunisten konzentrierten sich wieder auf die legalen Formen der Parteiarbeit. Da sie bedingungslos der von der KPdSU vorgegebenen ideologischen und politischen Linie folgten, sprechen Historiker von einer „Stalinisierung" der KPD. Die radikale Rechte wirkte politisch gelähmt. Hitler saß bis Dezember 1924 in Festungshaft und schrieb sein Buch „Mein Kampf"; dem Zerfall der NSDAP musste er tatenlos zusehen. In Bayern führte ein erfolgreiches Volksbegehren für Landtagsneuwahlen im Februar 1924 zur Ablösung des regierenden Triumvirats Kahr – Lossow – Seißer und zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Verhältnisse.

Reichstagswahlen von 1924

Nach Ablauf der vierjährigen Legislaturperiode wurde der Reichstag am 4. Mai 1924 neu gewählt. Das Wahlergebnis war vom Krisenjahr 1923 und der aktuellen Diskussion über den Dawes-Plan geprägt. Mit Ausnahme von Zentrum und BVP



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Wahlkampf im Dezember 1924: Eine Gruppe Radfahrer wirbt für die Zentrumspartei in der Innenstadt von Berlin.

mussten alle seit 1920 regierenden Parteien – SPD, DDP, DVP – zum Teil herbe Verluste hinnehmen. Demgegenüber verzeichneten die DNVP und die Splitterparteien beträchtliche Gewinne. Die von Reichskanzler Marx gebildete Minderheitsregierung (Zentrum – DDP – DVP) scheiterte, weil das Parlament Steuererhöhungen zum Ausgleich des Staatshaushalts ablehnte. Reichspräsident Ebert löste den Reichstag am 20. Oktober wieder auf.

Die Neuwahl vom 7. Dezember 1924 stand im Zeichen der allgemeinen Stabilisierung. Klare Wahlsiegerin wurde die SPD, gefolgt von der DNVP. Die bürgerlichen Mittelparteien konnten wieder leichte Gewinne verbuchen. Eindeutige Verlierer waren die KPD, Ludendorffs „Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" und die Splitterparteien. Dieses Gesamtbild signalisierte den Beginn einer politischen Normalisierung, zumal sich die ehemals strikt nationalliberal-monarchistische DVP unter dem Einfluss ihres angesehenen Vorsitzenden, des früheren Reichskanzlers und jetzigen Außenministers Gustav Stresemann, zu einer Partei der „Vernunftrepublikaner" entwickelte. Das heißt, sie akzeptierte die von der Revolution 1918/19 geschaffenen Realitäten.

Wechselnde Mehrheiten

Die politischen Parteien taten sich jedoch weiterhin schwer mit der parlamentarisch-demokratischen Regierungsweise, das heißt mit der Bildung stabiler Koalitionsregierungen, der Bereitschaft zum politischen Kompromiss und dem Mut zu unpopulären Entscheidungen. Unter dem Einfluss ihres linken Flügels, der Koalitionen prinzipiell ablehnte, blieb die SPD in der Opposition. Die linksliberale DDP und die monarchistische DNVP waren nicht miteinander koalitionsfähig. Auch führten Spannungen zwischen den beiden katholischen Parteien dazu, dass die BVP nicht, wie die Zentrumspartei, allen, sondern nur einigen Regierungen der Weimarer Republik angehörte.

Vor diesem Hintergrund besaßen die Reichsregierungen der Jahre 1924 bis 1928 trotz mehrfacher Umbildungen keine oder nur eine unsichere Mehrheit. Denn mit Ausnahme der im Oktober 1925 gescheiterten breiten „Bürgerblock"-Regierung (von der DDP bis zur DNVP) amtierten entweder

- Minderheitsregierungen der bürgerlichen Mittelparteien (DDP – Zentrum – ggs. BVP – DVP), die auf Tolerierung in innenpolitischen Fragen meist von rechts, in außenpolitischen von links angewiesen waren, oder
- „Bürgerblock"-Regierungen vom Zentrum bis zur DNVP, die zwar in der Innenpolitik weitgehend übereinstimmten, nicht aber in der Außenpolitik.

Diese Regierungen arbeiteten häufig mit wechselnden Mehrheiten, weshalb zwischen Regierungsfraktionen und Kabinett ein distanziertes Verhältnis bestand. Die SPD geriet dabei in eine politische Zwitterstellung: Obwohl linke Oppositionspartei, musste sie den bürgerlichen Regierungen immer wieder zur Mehrheit verhelfen, um wichtige außenpolitische Projekte wie Dawes-Plan, Locarno-Verträge oder Völkerbundsbeitritt nicht am „Nein" der DNVP scheitern zu lassen.

Der „Normalfall" einer klaren Minderheitsopposition und einer dauerhaften Mehrheitsregierung stellte sich nicht ein. Unter diesen Umständen blieb der Parlamentarismus instabil.

Reichspräsidentenwechsel

Am 28. Februar 1925 starb Reichspräsident Ebert überraschend im Alter von nur 54 Jahren. Er hatte eine nötige Operation zu lange aufgeschoben, um sich in einem langwierigen Gerichtsverfahren gegen die Verleumdung eines deutschvölkischen Journalisten zu wehren. Dieser hatte im



bpk

Die Rückkehr des Kaisertreuen: Reichspräsident Paul von Hindenburg nach seiner Vereidigung vor dem Reichstagsgebäude mit seinem Sohn Oskar und Wehrminister Geßler (Mitte)

Sinne der Dolchstoßlegende behauptet, Ebert habe im Januar 1918 als Mitorganisator mehrtägiger Streiks in Berlin und anderen Großstädten „Landesverrat" begangen. (Tatsächlich hatte sich Ebert mit anderen MSPD-Führern in die Leitung eines „wilden" – das heißt ohne Gewerkschaft begonnenen – Streiks wählen lassen, um diesen so schnell wie möglich zu beenden; Linksradikale warfen ihm daraufhin „Arbeiterverrat" vor). Friedrich Eberts früher Tod bedeutete einen herben Verlust für die Weimarer Republik. Seine Hauptverdienste bestanden in der Vermittlung des Konsenses zwischen sozialdemokratischer Arbeiterschaft, linksliberalem Bürgertum und politischem Katholizismus über die Gründung der Weimarer Republik sowie in seiner untadeligen verfassungstreuen und überparteilichen Amtsführung, die auch von seriösen politischen Gegnern anerkannt wurde. Jedoch hatte er sich durch sein unkritisches Vertrauen auf die „Fachleute" – konservative Generäle und Beamte – und durch seine Härte gegenüber Linksradikalen seiner eigenen Partei zunehmend entfremdet.

Bei der ersten Volkswahl des Reichspräsidenten lag nach dem ersten Wahlgang am 29. März 1925 Reichsinnenminister Karl Jarres (DVP), den auch die DNVP unterstützte, klar vor dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) und den abgeschlagenen übrigen Bewerbern; er verfehlte jedoch die erforderliche absolute Mehrheit.

Vor dem zweiten Wahlgang, in dem die relative Mehrheit genügte, bildeten sich der „Reichsblock" (DVP, BVP, DNVP, Deutschvölkische) und der „Volksblock" (SPD, DDP, Zentrum), die jeweils einen Kandidaten unterstützten. Im Volksblock konnte die Zentrumspartei ihr Führungsmitglied Wilhelm Marx durchsetzen, was die SPD aus Sorge um die Weimarer Koalition in Preußen hinnahm. Der Reichsblock präsentierte überraschend den 77-jährigen Paul von Hindenburg, der das breite Spektrum der rechts stehenden Wähler hinter sich bringen sollte. Bevor er die Kandidatur annahm, holte er heimlich die Zustimmung „seines" Kaisers in Doorn ein. Politisch unerfahren, aber geschickt beraten, gab er sich im Wahlkampf ebenso vaterländisch wie verfassungstreu.

Am 26. April 1925 entschied Hindenburg den zweiten Wahlgang knapp für sich.

Der ehemalige OHL-Chef, prominente Monarchist und Miturheber der Dolchstoßlegende im höchsten Staatsamt der Republik – das war ein schwerer Schlag für die Demokratie. Was die begeisterte Rechte von Hindenburg erwartete, äußerte der DNVP-Fraktionsvorsitzende Kuno Graf Westarp unverblümt am 19. Mai 1925 im Reichstag: „Die 14,6 Millionen, die am 26. April unserer Parole gefolgt sind, haben damit ein Bekenntnis abgelegt, ein Bekenntnis zu dem Gedanken der Führerpersönlichkeit, ein Bekenntnis zu jener Vergangenheit, die vor 1918 lag."

Hindenburg und die Monarchie

Aus einem Interview Hindenburgs mit einem US-Journalisten vom 21. April 1925

Frage: *Im Ausland hat man den Gedanken aufgeworfen, ob durch Ihre Reichspräsidentschaft [...] eine Beunruhigung Europas eintreten könnte?*

Antwort: *Soweit dabei an militärische Dinge gedacht ist, kann ich versichern, dass mir als altem Soldaten die militärische Ohnmacht Deutschlands viel zu genau bekannt ist, als dass ich kriegerische Abenteuer irgendwie befürworten kann. [...]*

Frage: *Ihre Kandidatur wird vielfach als eine monarchistische aufgefasst. Wie denken Sie darüber?*

Antwort: *Einen plötzlichen Wandel der verfassungsmäßigen Grundlagen des Deutschen Reiches halte ich weder für möglich, noch für erwünscht; denn die dabei unvermeidliche Fehde würde dem Programm der inneren Eintracht widersprechen. Meine Herkunft aus einer monarchistischen Welt verleugne ich ebenso wenig, wie Herr Ebert seine Herkunft aus der alten sozialdemokratischen Kampfatmosphäre verleugnet hat. Ein Reichspräsident, der allen Ständen und Gliedern des Volkes dienen muss, darf aber nicht Vertreter des Kampfgedankens irgendwelcher Klassen sein. Es ist völlig unwahr, dass ich mich mit Doorn über die Annahme meiner Kandidatur verständigt habe. Ich habe in dieser Frage keine Fühlung mit dem Hause Hohenzollern gehabt.*



akg-images

Das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fürstenhäuser stößt bei der Bevölkerung auf große Resonanz. Abstimmungslokal mit ausliegenden Listen am 17. März 1926

Hindenburgs Amtsführung

Die von manchen gehegte Hoffnung, der neue Reichspräsident werde zur Festigung der Demokratie beitragen, denn er könne wie kein anderer die Monarchisten mit der Republik versöhnen, erfüllte sich nicht. Im Gegensatz zu Stresemann war und wurde Hindenburg kein „Vernunftrepublikaner". Vielmehr verstand er sich als Statthalter und Interessenvertreter der Hohenzollernmonarchie. Dieses Selbstverständnis – zu dem er sich freilich nur im Kreise seiner Vertrauten bekannte – erschließt sich aus vielen Verhaltensweisen und Amtshandlungen. Drei Beispiele:

- Noch 1925 brachte Hindenburg einen Gesetzentwurf der SPD zur Beschränkung der Ansprüche der 1918 abgesetzten, aber nicht enteigneten Fürstenhäuser auf Rückgabe ihres Vermögens bzw. Entschädigung zu Fall, indem er das Gesetz für verfassungsändernd erklärte. Tatsächlich erlaubte Artikel 153 Abs. 2 WV auch entschädigungslose Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit mittels einfacher Gesetze.
- Ein Volksbegehren der KPD zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten, dem sich SPD und Gewerkschaften anschlossen und das in der Bevölkerung auf große Resonanz stieß, nannte der Reichspräsident einen „bedenklichen Verstoß [...] gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts" und duldete die Verwendung dieses Zitats auf den Plakaten der Gegner des Volksbegehrens (DNVP, BVP, DVP, Zentrum und Kirchen), was einem Amtsmissbrauch gleichkam. Dennoch stimmten beim Volksentscheid am 20. Juni 1926 14,5 Millionen Bürger für die Fürstenenteignung. Die erforderlichen 21 Millionen Stimmen wurden aber nicht erreicht.
- Ende 1926 verhinderte Hindenburg ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 WV, das seine Diktaturvollmachten einschränken sollte. Gerade im Notfall, so schrieb er am 26. November an Reichskanzler Marx, sei es geboten, dem Reichspräsidenten „freie Hand zu lassen in der Wahl und in der Durchführung der [...] Abwehrmaßnahmen". Indem er vor „schweren Kämpfen im Reichstag" warnte, drohte er mit der Mobilisierung aller konservativ gesinnten Abgeordneten gegen den Gesetzentwurf.

Wenn Hindenburg es nicht für seine Aufgabe hielt, vorbehaltlos für die parlamentarisch-demokratische Republik einzutreten, so wurde er darin von seinen engsten Beratern bestärkt. Zu dieser „Kamarilla" gehörten u. a. Otto Meissner, Staatssekretär im Reichspräsidentenpalais, Elard von Oldenburg-Januschau, ein prominenter ostpreußischer Gutsbesitzer, und Hindenburgs Sohn Oskar, ein Reichswehroberst. Diese Präsidentenberater verfolgten gemeinsame politische

Aus einem Brief Hindenburgs an Wilhelm II. vom 27. November 1927

„Euer Majestät lege ich die inständige Bitte zu Füßen, davon überzeugt sein zu wollen, dass ich wie immer, so auch in den damaligen unglücklichen Tagen lediglich bemüht gewesen bin, Schaden und Nachteil vom Haupte meines Kaisers und Königs abzuwenden. Nur aus diesem Grunde musste ich nach gewissenhafter Prüfung schweren Herzens wohlgemeinten, aber nach Lage der Dinge unausführbaren Ratschlägen Anderer widersprechen und einen, wie ich glaubte, vorübergehenden Aufenthalt in Holland als bestes Mittel für oben erwähnten Zweck empfehlen. Von Euer Majestät missverstanden zu werden, ist mir altem Soldaten der größte Schmerz. Darum bitte ich vorbeugend daran erinnern zu dürfen, dass ich mein jetziges dornenvolles Amt nach langem Sträuben erst übernommen habe, nachdem man mich bei der Ehre fasste, und ich mich der Einwilligung Eurer Majestät versichert hatte. So verbleibe ich bis in ein nicht mehr fernes Grab in Treue und Ehrgefühl als Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Walther Hubatsch (Hg.), Hindenburg und der Staat, Musterschmidt, Göttingen 1965, S. 188 und 46

Ziele: Überwindung des Versailler Vertrages (vor allem der Entwaffnungs- und Reparationsvorschriften), Wiederherstellung Deutschlands mindestens in den Grenzen von 1914, Beseitigung der Demokratie und des Einflusses der politischen Linken, Rückkehr zur Monarchie.

Dennoch schien die politische Stabilisierung weitere Fortschritte zu machen. So bekannte sich der angesehene Braunkohlen-Industrielle und stellvertretende Vorsitzende des RDI, Paul Silverberg, am 6. September 1926 in einer Aufsehen erregenden Rede auf einer RDI-Tagung klar zur Republik und empfahl sogar eine Regierungsbeteiligung der SPD.

Als aber der amtsmüde gewordene Reichswehrminister Geßler am 14. Januar 1928 zurücktrat, erlitt die Demokratie wieder einen Rückschlag: Als Nachfolger akzeptierte die amtierende Bürgerblock-Regierung Hindenburgs Wunschkandidaten, den parteilosen Generalquartiermeister a. D. Wilhelm Groener. Von jetzt an befanden sich das Reichspräsidentenamt und das Reichswehrministerium sozusagen in der Hand der letzten kaiserlichen Obersten Heeresleitung. Durch die Förderung seines alten und neuen Chefs Groener stieg der frühere Major im Hauptquartier der OHL, Oberst Kurt von Schleicher, innerhalb weniger Jahre militärisch zum Generalleutnant und Leiter des Ministeramts auf; politisch wurde er als Vertrauter Hindenburgs der strategische Kopf der „Kamarilla".

Reichstagswahl 1928

Bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 errangen die Sozialdemokraten einen klaren Wahlsieg, während die Deutschnationalen herbe Verluste erlitten. Dass die SPD als stärkste demokratische Partei in die Regierungsverantwortung zurückkehrte, während die stärkste republikfeindliche Partei, die DNVP, in die Opposition wechselte, schien die Republik zu festigen. Beunruhigend wirkten jedoch die beträchtlichen Einbußen der Mittelparteien, während die KPD und die Splitterparteien Mandate hinzugewannen. Die NSDAP, deren Parteiapparat Hitler nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Dezember 1924 wieder aufgebaut und reichsweit ausgedehnt hatte, erhielt nur zwölf Parlamentssitze.

Nach langwierigen Verhandlungen bildete der neue Reichskanzler Hermann Müller (SPD) eine „Große Koalition" (SPD, Zentrum/BVP, DDP, DVP). Zwar verfügte sie im Reichstag über eine breite Mehrheit, aber in die Zusammenarbeit der Regierungsparteien waren quasi mehrere „Soll-Bruchstellen" eingebaut:

- Die SPD-Minister hatten in ihrer eigenen Partei keinen leichten Stand. Im Kabinett beschlossen sie den von ihren Koalitionspartnern verlangten Bau des neuen Panzerkreuzers A mit; im Reichstag mussten sie am 16. November 1928 mit ihrer Fraktion sowie der KPD dagegen stimmen. (Der Bau wurde mit den Stimmen aller Mittel- und Rechtsparteien von der DDP bis zur NSDAP beschlossen.) Hinzu kamen immer heftigere Angriffe der Kommunisten: Seit 1929 versuchte die KPD, den ADGB durch eine „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition" (RGO) zu spalten; außerdem beschimpfte sie die in Preußen und im Reich regierenden Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten" und erklärte sie zu ihrem „Hauptfeind". So geriet die SPD unter einen Rechtfertigungs- und Erfolgszwang; sie musste klar erkennbar die Interessen der Arbeitnehmer vertreten.



Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl



Hermann Müller (1876-1931)



Süddeutsche Zeitung Photo / Ursula Röhnert

Gustav Stresemann (1878-1929)

- Demgegenüber fühlte sich die DVP vorrangig den Interessen der Großindustrie verpflichtet – zum Leidwesen ihres Vorsitzenden Gustav Stresemann, der auf sozialen Ausgleich bedacht war. Nur mit großer Mühe hatte er die Widerstände in seiner Partei gegen eine Koalition mit der SPD überwunden. Als der überarbeitete und gesundheitlich angeschlagene Stresemann am 3. Oktober 1929 im Alter von nur 51 Jahren starb und Anfang Dezember der industrienahe Ernst Scholz an die Spitze der Partei rückte, verschärfte sich sogleich der wirtschafts- und sozialpolitische Streit im Kabinett.
- Auch im Zentrum hatte in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre ein Rechtstrend eingesetzt, durch den der SPD-freundliche Arbeitnehmerflügel an Einfluss verlor. Deshalb konnte sich bei der Neuwahl des Parteivorsitzenden im Dezember 1928 der erzkonservative Prälat Ludwig Kaas gegen den christlichen Gewerkschafter Adam Stegerwald durchsetzen.
- Unauffälliger verlief das allmähliche Abdriften der DDP nach rechts, mit dem die Partei unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Erich Koch-Weser auf ihren schleichenden Niedergang reagierte. Das Ausmaß der Rechtsentwicklung in der DDP wurde erst 1930 voll erkennbar.

Kampagne gegen den Young-Plan

Im Herbst 1929 entfesselte die deutsche Rechte, die die außenpolitischen Erfolge der Republik beharrlich ignorierte, gegen den Young-Plan (siehe S. 37) die größte politische Propagandaaktion in der Geschichte der Weimarer Republik. Erstmals arbeitete dabei die seit Ende Oktober 1928 von dem Großverleger Alfred Hugenberg geführte DNVP mit Hitlers NSDAP zusammen. Hugenberg ließ seine auflagenstarken Zeitungen fast täglich Hetzartikel gegen den Young-Plan drucken – und immer öfter wohlwollende Berichte über die Nationalsozialisten. Auch finanzierte er den von DNVP, „Stahlhelm" (Bund der Frontsoldaten) und NSDAP gegründeten „Reichsausschuss" für ein Volksbegehren gegen den Young-Plan, der einen Entwurf für ein „Gesetz gegen die Versklavung Deutschlands" vorlegte.

Die erforderliche Unterschriftenzahl wurde knapp erreicht; beim Volksentscheid vom 22. Dezember 1929 stimmten dann

nur 5,8 Millionen Wähler (statt der erforderlichen 21 Millionen) dafür. Die große Mehrheit der Bevölkerung sah infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1924 die Reparationsfrage mittlerweile gelassen. Am 12. März 1930 wurden die Young-Plan-Gesetze – trotz anhaltender Kritik von rechts, die im demonstrativen Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht gipfelte – von der Großen Koalition (mit Ausnahme der BVP) im Reichstag beschlossen.

Als Hauptnutznießerin der fehlgeschlagenen Anti-Young-Plan-Kampagne erwies sich die NSDAP. Mit Hugenbergs Hilfe hatte Hitler es verstanden, sich reichsweit ins Gespräch zu bringen und nationalistisch zu profilieren. Auch außerhalb Bayerns besaßen die NSDAP-Führer jetzt Zutritt zu den „besseren Kreisen".

Kulturelle Blütezeit

Das Kriegs- und Revolutionserlebnis, der Durchbruch der Demokratie, aber auch der technische Fortschritt und nicht zuletzt amerikanische Einflüsse (Jazz-Musik, Filmkunst) gaben der kulturellen Entwicklung kräftige Impulse. Die Weimarer Republik setzte in der kurzen Zeit ihrer Existenz in beispielloser Weise künstlerische Energie und Kreativität frei. Kunsthistoriker zählen die Jahre zwischen 1918 und 1933 zur „Klassischen Moderne", denn die Vielfalt und Modernität ihrer Kunst- und Kulturformen – zwischenzeitlich vom NS-Regime unterdrückt – wirkten nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die Gegenwart hinein inhaltlich und formal anregend oder sogar prägend.

Die Weimarer Kultur blieb – bei fließenden Grenzen – stets mehrfach gespalten: in anspruchsvolle Kultur und Massenkultur, in avantgardistische und traditionalistische Strömungen, in proletarisch-revolutionäre, linksliberale, konservative und völkische bzw. nationalsozialistische Richtungen. Demzufolge wurden die politischen Auseinandersetzungen auch mit den Mitteln der Kunst ausgetragen.

Anspruchsvolle Kultur ereignete sich hauptsächlich auf den Feuilletonseiten der angesehenen liberalen, überregionalen Tageszeitungen („Vossische Zeitung", „Frankfurter Zeitung"), in literarisch-politischen Zeitschriften („Die Weltbühne", „Neue Rundschau", „Die Linkskurve"), in Malerei und Architektur, Sprech- und Musiktheater, Konzert, Revue und Kabarett, Romanen und Gedichten. Expressionismus und Neue Sachlichkeit, aber auch klassische Traditionen und proletarisch-revolutionäre Kunst fanden dort ihr Publikum. Massenkultur fand vor allem im lokalen und regionalen Zeitungswesen, in Fortsetzungs- und „Groschenromanen", in den Fotoreportagen der neuartigen Illustrierten, in Schlager, Film und Rundfunk und in sportlichen Großveranstaltungen statt.

Den strahlenden Mittelpunkt des kulturellen Lebens bildete die Reichs- und preußische Landeshauptstadt Berlin, wo das Preußische Ministerium für Erziehung und Wissenschaft und die Preußische Akademie der Künste mit Kompetenz und Geld die moderne Kunst förderten.

Massenmedien

Unter den sich rasant entfaltenden Massenmedien behielt die Presse ihre Spitzenstellung: 1928 erschienen 3356 Tageszeitungen, davon 147 in Berlin. Nur 26 erreichten eine Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren, die „Berliner Illustrierte Zeitung" („B. I. Z.") dagegen 1930 fast 1,9 Millionen.

In der Herstellung und Verbreitung von Filmen aller Art wurde Deutschland in Europa führend. Zahlreiche deutsche Produktionen erlangten internationale Anerkennung. Das Kinopublikum bestand zum größten Teil aus Jugend-



akg-images

Zentrum des kulturellen Lebens ist die Reichshauptstadt: hier der belebte Potsdamer Platz Ende der 1920er Jahre

lichen, Arbeitern und kleinen Angestellten. Bereits 1925 kauften täglich zwei Millionen Menschen eine Kinokarte. Im Zuge der Umstellung auf den Tonfilm ab 1929 gewannen die im Beiprogramm gezeigten „Wochenschauen" an Attraktivität.

Wirtschaftskonzentration und steigende Kosten spiegelten sich auch in der Filmproduktion wieder: Die Zahl der Filmgesellschaften ging von 1922 bis 1929/30 von 360 auf drei (Ufa, Tobis, Terra) zurück, die der jährlich gedrehten Filme von 646 auf etwa 120. Anders als Rundfunk und Printmedien unterlag der Film einer staatlichen Zensur (Reichslichtspielgesetz vom 12. Mai 1920); viele Weimarer Politiker misstrauten den suggestiven Wirkungen dieses Mediums.

Der Rundfunk brachte die Kultur sogar direkt ins Haus. Anfang 1924 gab es erst 10 000 Rundfunkteilnehmer, 1932 bereits über vier Millionen (etwa ein Viertel der Haushalte), denen die Sender der 1926 gegründeten „Reichs-Rundfunk-Gesellschaft" Musikprogramme, Vorträge, Reportagen und Dichterlesungen anboten. Hier entstand auch das Hörspiel als neue literarische Gattung, durch die zahlreiche Schriftsteller des 20. Jahrhunderts erstmals bekannt wurden.

Neue Sachlichkeit

Neue Sachlichkeit war eine für die zweite Hälfte der 1920er Jahre besonders typische Kunstrichtung, die – beeinflusst von der Massenkultur und den neuen technischen Medien Film und Rundfunk – das damalige Lebensgefühl der Menschen, ihr nüchternes Streben nach Bewältigung des Alltags, auszudrücken versuchte. Der Begriff geht auf eine Ausstellung moderner Malerei in Mannheim 1925 zurück. Künstler wie Max Beckmann, George Grosz, Otto Dix und andere präsentierten dort richtungweisende neue Arbeiten: gegenständliche Malerei mit alltäglichen Themen (oft Stillleben und Porträts). Darin zeigte sich eine Abkehr vom Expressionismus mit seinen Traum- und Phantasiewelten, verzerrten Formen und realitätsfernen Farbgebungen.

Da es zwischen den verschiedenen Sparten der Kunst strukturelle Entsprechungen – gemeinsame Wahrnehmungs- und Ausdrucksformen – gibt, wurde Neue Sachlichkeit bald zum allgemeinen Begriff für eine konkrete, distanzierte künstlerische Auseinandersetzung mit der „greifbaren Wirklichkeit", die dem Inhalt den Vorrang vor der Form einräumte und das Schlichte gegenüber dem Ornamentalen bevorzugte.

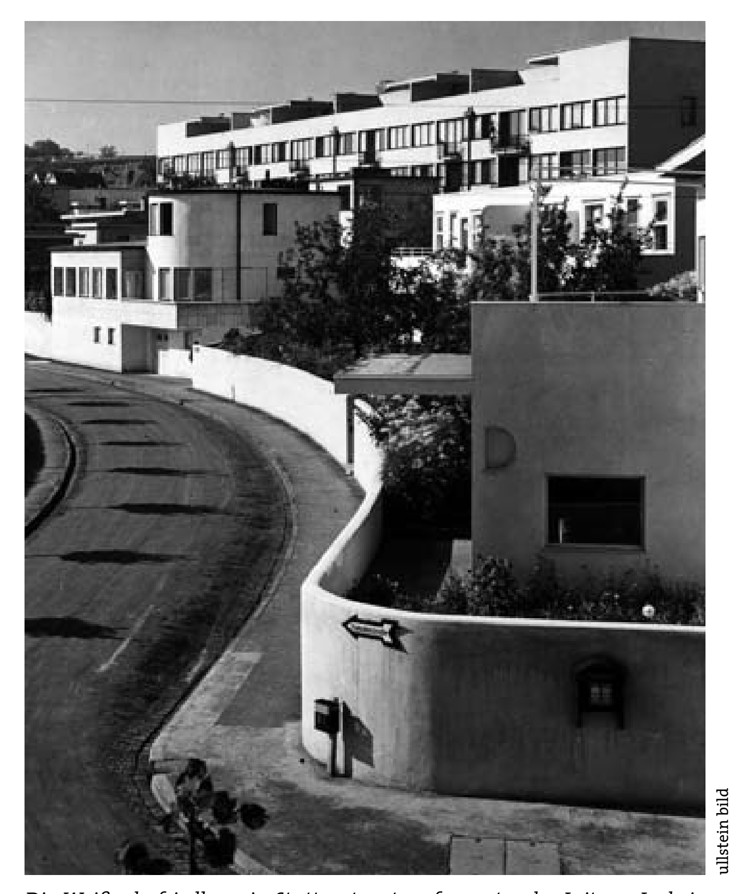
Bauhaus

Zur führenden neusachlichen Künstlerschule wurde das 1919 in Weimar gegründete, 1925 nach Dessau umgezogene „Bauhaus". Es strebte eine Zusammenführung von Architektur, Malerei und angewandter handwerklicher Kunst an. Neben Architekten (Walter Gropius, Hannes Meyer, Ludwig Mies van der Rohe) gehörten ihm daher auch Maler (Wassily Kandinsky, Paul Klee, Lyonel Feininger) und Gebrauchsdesigner (Marcel Breuer, Marianne Brandt) an; der Komponist Paul Hindemith und andere Dozenten hielten Gastvorlesungen. Bauhaus-Architektur zeichnete sich durch schlichte, funktionale Form, Stahl und Beton, offenes Skelett und große Glasflächen aus. Beispiele sind der Bauhaustrakt in Dessau, die Weißenhofsiedlung in Stuttgart



akg-images / Erich Lessing

Der Mittelteil des Tryptichons „Großstadt" von Otto Dix (1891-1969), entstanden 1927/1928



ullstein bild

Die Weißenhofsiedlung in Stuttgart, entworfen unter der Leitung Ludwig Mies van der Rohes und anderer führender Architekten, gilt als Meilenstein in der modernen Baukunst.

und die Hufeisensiedlung in Berlin-Britz. Bauhauskünstler entwarfen moderne, formschöne und funktionale Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände (zum Beispiel Sessel, Lampen, Küchenmöbel). Neusachliche Mode befreite die Frauen von Dutt, Korsett und fußlangen Röcken, die Männer von Stehkragen („Vatermörder"), gestärkter Hemdbrust und Bart.

Theater und Literatur

Im Theater begann 1925 die Abkehr von expressionistischer Wirklichkeitsverzerrung und Sprachverstümmelung mit Carl Zuckmayers gefeiertem Volksstück „Der fröhliche Weinberg" (1925). Es entwickelte sich das neusachliche Zeit- oder Gesellschaftsstück, zum Beispiel Zuckmayers berühmte antimilitaristische Tragikomödie „Der Hauptmann von Köpenick" (1930).

Neusachliche Romane griffen historische Themen auf (Lion Feuchtwangers „Jud Süß" 1925), verarbeiteten kritisch das Weltkriegserlebnis (Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues" 1929) oder spiegelten soziale Probleme (Hans Falladas „Kleiner Mann, was nun?" 1932) wider. Auch Erich Kästners heiter-ernste Kinderbücher („Emil und die Detektive" 1929, „Pünktchen und Anton" 1931) lassen sich hier anführen. In Alfred Döblins Großstadtroman „Berlin Alexanderplatz" vermischten sich Einflüsse des Expressionismus, der Neuen Sachlichkeit, amerikanischer Autoren (Upton Sinclair, John Dos Passos) und des Films (Schnitttechnik). Döblin nutzte beispielhaft alle Vermarktungsmöglichkeiten: 1929 erschien das Buch, 1930 das Hörspiel, 1931 der Film.

Die Lyrik der Neuen Sachlichkeit war vor allem „Gebrauchslyrik" (Kurt Tucholsky): Humorvolle, satirische Verse über Liebe, Alltag und Politik von Bertolt Brecht, Kästner, Walter Mehring, Joachim Ringelnatz, Kurt Tucholsky, Mascha Kaléko und Werner Finck; als Gedichte oder Lieder, Bänkelsänge oder Balladen, insbesondere für das Kabarett, das sich großer Beliebtheit erfreute.

Musik und Film

Entsprechend handelte es sich bei neusachlicher Musik um „Gebrauchsmusik" (Hindemith): Antiromantisch, nüchtern bis verspielt, klar strukturiert, vom amerikanischen Jazz beeinflusst, meist geschrieben für Varieté, Kabarett, Kino und Revue. Besonders berühmt wurde die „Dreigroschenoper" (1928) von Bertolt Brecht (Text) und Kurt Weill (Musik). Im Bereich der musikalischen Massenkultur entstand der deutsche Schlager – zum Teil mit witzigen Nonsenstexten –, durch den besonders die seit 1928 auftretende Gesangsgruppe „Comedian Harmonists" („Veronika, der Lenz ist da", „Wochenend' und Sonnenschein") rasch populär wurde. Von den Kapellen und Grammofonen in Cafés, Tanzlokalen und Nachtklubs hörte man zunehmend Jazz-Musik; man tanzte Shimmy und Charleston.

Auch im Film vollzog sich ein Wandel von den düsteren Visionen und schrillen Kulissen des Expressionismus (wie im „Kabinett des Dr. Caligari" von Robert Wiene 1919/20) zur Neuen Sachlichkeit. Deren wichtigster Regisseur wurde Georg Wilhelm Pabst: „Die freudlose Gasse" (1925) schilderte den moralischen Verfall von Menschen durch das Inflationselend.

Proletarisch-revolutionäre Kunst

Eine linksradikale Variante der Neuen Sachlichkeit verkörperte die proletarisch-revolutionäre Kunst. Sie entstand vor allem im 1928 gegründeten KPD-nahen „Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller Deutschlands", der die Literaturzeitschrift „Die Linkskurve" herausgab. Ihm gehörten Brecht, Johannes R. Becher (später DDR-Kulturminister), Anna Seghers, Friedrich Wolf, Theodor Plivier und andere Autoren an. Neben reinen Propagandawerken zur Verherrlichung des Kommunismus entstanden künstlerisch beachtliche sozialkritische Werke, wie Seghers' Erzählung „Aufstand der Fischer von St. Barbara" (1928) oder Pliviers Roman „Der Kaiser ging, die Generäle blieben" (1932). Brechts kapitalismuskritischer Film „Kuhle Wampe" (1932) wurde 1933 von den Nationalsozialisten sogleich verboten.

Konservativer Antimodernismus

Wie Nationalkonservative und Rechtsradikale die Weimarer Demokratie als „undeutsches", von den Siegermächten aufgezwungenes politisches System hassten und bekämpften, so lehnten sie die moderne Kunst als „Amerikanismus" ab oder brandmarkten sie gar als „Kulturbolschewismus". 1928 gründete die NSDAP einen „Kampfbund für deutsche Kultur", der eine Rückbesinnung auf deutsche Klassik, Heimatkunst und Volksmusik forderte. Wo Hitlers Partei an Landesregierungen beteiligt wurde, führte sie sogleich einen Kulturkampf. In Thüringen ließ sie Ende 1930 siebzig Werke der modernen Malerei aus dem Weimarer Schloss entfernen. In Anhalt vertrieb sie im September 1932 das Bauhaus aus Dessau; nach Berlin umgesiedelt, musste es sich 1933 selbst auflösen.

Konservative Intellektuelle traten mit einflussreichen antidemokratischen Schriften hervor. In Ernst Jüngers viel gelesenem Kriegstagebuch „In Stahlgewittern" (1920) wurde das Soldatentum als wahre Berufung des Mannes, der Krieg als schicksalhafte Prüfung eines Volkes hingestellt. Oswald Spenglers geschichtsphilosophisches Werk „Der Untergang des Abendlandes" (1918/1922), das in den meisten bildungsbürgerlichen Haushalten stand, deutete Kulturen als „höchste Lebewesen", zwischen denen es „immer nur um das Leben, den Triumph des Willens zur Macht" gegangen sei. Der prominente Staatsrechtler und Gegner des Parlamentarismus Carl Schmitt definierte Politik als kompromisslosen Kampf zwischen „Freund" und „Feind" („Der Begriff des Politischen" 1927). Hans Grimms Roman „Volk ohne Raum" (1926) prägte und propagierte bereits mit seinem Titel nationalistisches und nationalsozialistisches Gedankengut. „Jungkonservative" Theoretiker entwickelten die Idee einer „konservativen Revolution": Da die Weimarer „Demoplutokratie" (Edgar Jung) die ewigen Werte des Zusammenhangs zwischen Mensch, Natur und Gott zerstört habe, müsse der Konservatismus selbst revolutionär werden, um eine bewahrenswerte Ordnung erst wiederherzustellen. Die ideologische Schnittmenge zwischen Rechtsintellektuellen, Jungkonservativen und Nationalsozialisten bestand vor allem in den gemeinsamen Zielbegriffen der ständisch gegliederten „Volksgemeinschaft", des autoritären politischen „Führers" und des nichtmarxistischen „nationalen Sozialismus". Solches Ideengut erreichte einen beträchtlichen Teil der konservativen Oberschicht in Militär, Bürokratie, Hochschulen und

Wirtschaft, der unter anderem im „Deutschen Herrenklub" organisiert war.

Zweifellos schlugen dem parlamentarisch-demokratischen System der Weimarer Republik und seinen Repräsentanten auch von links Abneigung und Hass entgegen. Priesen die Theoretiker und Propagandisten der KPD unermüdlich das Vorbild der Sowjetunion, so reimte man auf dem linken Flügel der SPD: „Die Republik, das ist nicht viel – der Sozialismus bleibt das Ziel!" Unabhängige Linksintellektuelle, namentlich der Kreis um die von Carl von Ossietzky herausgegebene Zeitschrift „Die Weltbühne", übten ätzende Kritik an politischen Missständen, persönlichen Unzulänglichkeiten einzelner Politiker und am demokratischen Kompromiss. Ihr Beitrag zur Destabilisierung der Republik war jedoch wesentlich geringer, da sie im Gegensatz zum Rechtsintellektualismus nicht das politische Denken derjenigen Kräfte beeinflussten, die ab 1930 die Regierungsgewalt zur Zerstörung der Demokratie missbrauchten.

Massenwirksamer als das Schrifttum der politischen Rechten wurden auffällige Veränderungen in der Filmkultur seit 1930. Zwar traten manche Filme nach wie vor für humane Werte ein, etwa „M – eine Stadt sucht einen Mörder" von Fritz Lang (1930/31) oder die (von der Zensur verbotene) deutsche Fassung der amerikanischen Remarque-Verfilmung „Im Westen nichts Neues" (1932). Aber zum einen wurden zunehmend reine Unterhaltungsfilme gedreht, allen voran „Der Blaue Engel" von Josef von Sternberg (1930), der Marlene Dietrich zum Weltstar machte. Zum anderen leisteten manche populäre Filme durch bestimmte Tendenzen dem Nationalsozialismus Vorschub: „Das Flötenkonzert von Sanssouci" (1930) und „Barberina, die Tänzerin von Sanssouci" (1931) verherrlichten den Krieg und den patriarchalischen Staatslenker. „Morgenrot" (1932/33), eine dramatische U-Boot-Episode aus dem Ersten Weltkrieg, feierte den soldatischen Heldentod.

Juden in Kultur und Wissenschaft

Das kulturelle Leben der Weimarer Republik war den von antisemitischen Ressentiments erfüllten Nationalkonservativen und Nationalsozialisten schon deshalb verhasst, weil es ihnen als von Juden beherrscht erschien. Richtig ist, dass sich die herausragenden Beiträge jüdischer Deutscher aus der Weimarer Kultur nicht wegdenken lassen. Josef von Sternberg, drei der sechs „Comedian Harmonists", Arnold Schönberg und Kurt Weill, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Anna Seghers, Kurt Tucholsky und Carl Zuckmayer sind nur die prominentesten Namen. Auch in der Wissenschaft spielten sie eine große Rolle. Fünf von 15 deutschen Nobelpreisträgern waren Juden: Die Physiker Albert Einstein (1921), James Franck (1925) und Gustav Hertz (1925) sowie die Mediziner Otto Meyerhof (1922) und Otto H. Warburg (1931). Indem das NS-Regime fast alle jüdischen Künstler und Wissenschaftler – wie auch viele ihrer links stehenden nichtjüdischen Kollegen – ins Exil trieb, aus dem die meisten von ihnen nicht mehr zurückkehrten, fügte es der deutschen Kultur einen unermesslichen Verlust zu.

Fritz Langs „M – eine Stadt sucht einen Mörder" von 1931 zählt noch immer zu den Klassikern des deutschen Films.



akg-images

Ein internationaler Publikumsmagnet ist „Der blaue Engel" von 1931, Josef von Sternbergs weltberühmte Verfilmung von Heinrich Manns „Professor Unrat".



Süddeutsche Zeitung Photo / S.M.

Republikferne des Bürgertums

Wir lebten im Widerspruch, ohne besondere Zuneigung zu der immer wieder gedemütigten Republik, aber voller Sehnsucht nach Würde, Größe und Lebenssinn. […] Die Versuchung zum Selbstbetrug, zur Flucht ins Illusionäre war groß.

[…] Es war nicht leicht, sich in jenen chaotischen Jahren nach 1918 zu orientieren, einen verlässlichen Halt zu finden. Man war nicht mehr Untertan SM (Seiner Majestät – Anm. d. Red.), man war Bürger einer Republik. Der Pflichtmensch, der in unverbrüchlichem Gehorsam, in streng geregelter militärischer und ziviler Disziplin nach einem sakrosankten moralischen Kodex unter dem Doppelgestirn von Thron und Altar sein Lebenspensum absolvierte – dieser „Pflichtmensch" sah sich mit einem Mal einer Freiheit ausgesetzt, die ihm aus Willkür, Unordnung, Sittenlosigkeit zu bestehen schien.

Das bis dahin in einem übersichtlichen sozialen Raster gegliederte Volk, das im Wesentlichen aus Herrschaften und „Leuten", aus Standespersonen und Dienstpersonal, aus privilegierten Befehlshabern und abhängigem Proletariat bestand, hatte sich in eine anscheinend diffuse Masse von „Stimmberechtigten" verwandelt, die nach dem Verständnis der „besseren" Gesellschaft doch nur „Stimmvieh" waren, nach wie vor unmündig, der Führung bedürftig. Aber wo waren die zur Führung Legitimierten, die Garanten einer restaurierten gesellschaftlichen und sittlichen Ordnung? SM, soviel man auch an ihm auszusetzen hatte, war immerhin „von Gottes Gnaden" gewesen. Wer von den neuen Männern hatte die „Gnade"? […]

Man liebäugelte aber auch mit den aus dem Kriege übrig gebliebenen Freikorps und befreundete sich schließlich mit den neuen militanten Formationen der NSDAP. Auch die Putschisten im Stile von Kapp durften auf Wohlwollen in der bürgerlichen Gesellschaft rechnen. Man war primär an der Ordnung, am formalen Recht interessiert; Gerechtigkeit rangierte an zweiter Stelle und wurde zumeist als Gleichmacherei missverstanden, als Nivellierung, als Niedergang der bürgerlichen Kultur.

Ich selbst, gespeist von der geistigen Tradition der vorrevolutionären bürgerlichen Gesellschaft, ließ mich in jenen turbulenten Jahren allzu leicht bezaubern von formaler Größe, ästhetischer Ordnung, moralischer Disziplin. Von daher erklärt es sich wohl, dass ich, vorübergehend, vom Glanz des Stahlgewitters Ernst Jüngers geblendet und von seinen Mythologimena betört wurde. Ein Schulfreund hatte mich angesteckt. Wir schwafelten viel vom „Heldischen", vom „Heroischen". Der Krieg, die Niederlage wurde von uns nicht reflektiert, sondern als „nibelungischer" Untergang mythologisiert. Wir träumten vom verborgenen Reich und einem heimlichen geistigen Führer, der auf seine Stunde wartete. […]

Mein politisches Interesse war unterentwickelt. In der Zeitung, der nationalliberalen Täglichen Rundschau, die damals zweimal am Tage erschien, interessierte mich ausschließlich der kulturelle Teil, das Feuilleton. Auch meinem Freundeskreis fehlte das politische Organ. Wir waren, unserer Herkunft nach, selbstverständlich „national", aber ohne bewusst staatsbürgerliche Gesinnung; zu fein für die banale Demokratie. Wir verkannten, um nicht zu sagen verachteten, die sich im Alltagsgeschäft beschmutzenden Demokraten. Man konnte damals wahrlich keinen Ruhm und nur wenig Ehre im Existenzkampf der von allen Seiten, von den radikalen Rechten wie von den extrem Linken, befehdeten Republik gewinnen. […]

Heinz Flügel, „Wir träumten vom verborgenen Reich", in: Rudolf Pörtner (Hg.), Alltag in der Weimarer Republik. Erinnerungen an eine unruhige Zeit, Econ, Düsseldorf 1990, S. 175 ff.

Krieg als Bewährungsprobe?

Noch wuchtet der Schatten des Ungeheuren über uns. Der gewaltigste der Kriege ist uns noch zu nahe, als daß wir ihn ganz überblicken, geschweige denn seinen Geist sichtbar auskristallisieren können. Eins hebt sich indes immer klarer aus der Flut der Erscheinungen: Die überragende Bedeutung der Materie. Der Krieg gipfelte in der Materialschlacht; Maschinen, Eisen und Sprengstoff waren seine Faktoren. Selbst der Mensch wurde als Material gewertet. Die Verbände wurden wieder und wieder an den Brennpunkten der Front zur Schlacke zerglüht, zurückgezogen und einem schematischen Gesundungsprozeß unterworfen. „Die Division ist reif für den Großkampf."

Das Bild des Krieges war nüchtern, grau und rot seine Farben; das Schlachtfeld eine Wüste des Irrsinns, in der sich das Leben kümmerlich unter Tage fristete. Nachts wälzten sich müde Kolonnen auf zermahlenen Straßen dem brandigen Horizont entgegen. „Licht aus!" Ruinen und Kreuze säumten den Weg. Kein Lied erscholl, nur leise Kommandoworte und Flüche unterbrachen das Knirschen der Riemen, das Klappern von Gewehr und Schanzzeug. Verschwommene Schatten tauchten aus den Rändern zerstampfter Dörfer in endlose Laufgräben.

Nicht wie früher umrauschte Regimentsmusik ins Gefecht ziehende Kompagnien. Das wäre Hohn gewesen. Keine Fahnen schwammen wie einst im Pulverdampf über zerhackten Karrees, das Morgenrot leuchtete keinem fröhlichen Reitertage, nicht ritterlichem Fechten und Sterben. Selten umwand der Lorbeer die Stirn des Würdigen.

Und doch hat auch dieser Krieg seine Männer und seine Romantik gehabt! Helden, wenn das Wort nicht wohlfeil geworden wäre. Draufgänger, unbekannte, eherne Gesellen, denen es nicht vergönnt war, vor aller Augen sich an der eigenen Kühnheit zu berauschen. Einsam standen sie im Gewitter der Schlacht, wenn der Tod als roter Ritter mit Flammenhufen durch wallende Nebel galoppierte. Ihr Horizont war der Rand eines Trichters, ihre Stütze das Gefühl der Pflicht, der Ehre und des inneren Wertes. Sie waren Überwinder der Furcht; selten ward ihnen die Erlösung, dem Feinde in die Augen blicken zu können, nachdem alles Schreckliche sich zum letzten Gipfel getürmt und ihnen die Welt in blutrote Schleier gehüllt hatte. Dann ragten sie empor zu brutaler Größe, geschmeidige Tiger der Gräben, Meister des Sprengstoffs. Dann wüteten ihre Urtriebe mit kompliziertesten Mitteln der Vernichtung.

Doch auch wenn die Mühle des Krieges ruhiger lief, waren sie bewundernswert. Ihre Tage verbrachten sie in den Eingeweiden der Erde, vom Schimmel umwest, gefoltert vom ewigen Uhrwerk fallender Tropfen. Wenn die Sonne hinter gezackten Schattenrissen von Ruinen versank, entklirrten sie dem Pesthauch schwarzer Höhlen, nahmen ihre Wühlarbeit wieder auf oder standen, eiserne Pfeiler, nächtelang hinter den Wällen der Gräben und starrten in das kalte Silber zischender Leuchtkugeln. Oder sie schlichen als Jäger über klickenden Draht in die Öde des Niemandslandes. Oft zerrissen jähe Blitze das Dunkel, Schüsse knallten, und ein Schrei verwehte ins Unbekannte. So arbeiteten und kämpften sie, schlecht verpflegt und bekleidet, als geduldige, eisenbeladene Tagelöhner des Todes. […]

In Stahlgewittern. Vorwort, Hannover 1920, in: Ernst Jünger. Politische Publizistik 1919-1933. Hg., kommentiert und mit einem Nachwort von Sven Olaf Berggötz, Klett-Cotta, Stuttgart 2001, S. 9 f.

Reinhard Sturm

Zerstörung der Demokratie 1930-1933

Der Börsencrash läutete das Ende der Weimarer Republik ein. 1928 noch eine Splitterpartei, wandelte sich die NSDAP unter der Führung Adolf Hitlers zur Massenbewegung, die 1933 die Macht in Deutschland übernahm und fortan jede demokratische Grundlage vernichtete.



ullstein bild

Das Epizentrum der Krise: eine aufgeregte Menschenmenge vor der New Yorker Wall Street am „Schwarzen Freitag", 24. Oktober 1929

Wirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929 begann ein dramatischer Verfall der Aktienkurse an der New Yorker Börse („Schwarzer Freitag"). Ursache waren jahrelange Überinvestitionen in der Industrie und damit ein Überangebot an Waren, mit dem die Nachfrage nicht Schritt gehalten hatte. Binnen kurzem weitete sich die amerikanische Krise aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftsverflechtungen zur größten Krise der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert aus.

Sie hat die Errichtung der NS-Diktatur 1933 keineswegs verursacht, aber doch mit ermöglicht und beschleunigt.

Das Deutsche Reich war, nach den USA, am stärksten von der Krise betroffen. Trotz eines sich schon 1928 ankündigenden Nachfragerückgangs hatte die Industrie auch 1929 noch investiert. Dadurch entstanden Überkapazitäten, zumal bald alle Industrieländer die bereits bestehenden Zollschranken im Zuge der Krise erhöhten. Das Überangebot an Waren führte zu einer Produktionsdrosselung; Kurzarbeit und Entlassungen sowie Firmenzusammenbrüche waren die Folge. Von 1928 bis 1931 verdoppelte sich die Zahl der jährlichen Konkurse. Im Winter 1929/30 gab es bereits mehr als drei Millionen Arbeitslose, die materiell weitaus schlechter abgesichert waren als heute. Es entstand ein Teufelskreis aus sich verringernder Kaufkraft, zurückgehender Nachfrage, sinkender Produktion und weiteren Entlassungen. In der Landwirtschaft konnten viele kleine und mittlere Bauern ihre Schulden nicht mehr abbezahlen. Es kam zu Zwangsversteigerungen, gegen die sich ein verzweifelter bäuerlicher Protest formierte. Schon 1929 trat die schleswig-holsteinische „Landvolkbewegung" durch tätliche Angriffe auf Gerichtsvollzieher und Polizisten sowie durch Bombenattentate auf staatliche Gebäude in Erscheinung.

Daten zum Verlauf der Wirtschaftskrise

1928 = 100

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Produktion und Beschäftigung							
Produktionsgüter	100	103	86	61	46	54	77
Investitionsgüter	100	103	84	54	35	45	75
Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs	100	97	91	87	74	80	90
Verbrauchsgüter des unelastischen Bedarfs	100	101	101	95	85	88	98
Beschäftigte	100	99	92	80	71	74	85
Preise und Löhne							
Produktionsgüter	100	102	101	96	86	83	83
Konsumgüter	100	98	91	80	67	64	67
Lebenshaltung	100	102	98	90	80	78	80
Reallohn	100	101	97	93	87	91	95

Berechnet nach: Konjunkturstatistisches Handbuch 1936 (Hg. Ernst Wagemann), Berlin 1935, S. 52 f., S. 12, S. 104, S. 106 f.; Statistisches Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 472

Dieter Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Steiner, Stuttgart 1977, S. 190

Bruch der Großen Koalition

Die Massenarbeitslosigkeit überforderte rasch die Finanzmittel der Arbeitslosenversicherung. In der Regierung kam es zu einem anhaltenden, erbitterten – durch die gemeinsame Verabschiedung des Young-Planes am 12. März nur kurz unterbrochenen – Koalitionsstreit über die Lösung des Problems. Im Kern ging es um die Frage: Sollten die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erhöht oder die Leistungen für die Arbeitslosen gekürzt werden? Die industrienahe DVP wollte zusätzliche Kosten der Arbeitgeber infolge erhöhter Beiträge vermeiden. Die Arbeitnehmerpartei SPD lehnte es ab, das ohnehin geringe Arbeitslosengeld zu kürzen.

Nach mehreren gescheiterten Lösungsansätzen unterbreitete schließlich der Zentrums-Fraktionsvorsitzende Heinrich Brüning am 27. März 1930 einen Kompromissvorschlag, der die Hauptentscheidung – Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen – vorläufig vertagte. Die DVP stimmte zu, während die SPD ablehnte, weil sie mit der Arbeitslosenversicherung die Substanz des Sozialstaates in Gefahr sah. So blieb dem Kabinett Müller am 27. März 1930 nur der Rücktritt.

Dem Anschein nach war die Große Koalition an der Unbeweglichkeit der SPD in einer an sich lösbaren Streitfrage zerbrochen. Als Hindenburg jedoch schon drei Tage später, ohne die üblichen Koalitionsverhandlungen, den neuen Reichskanzler – nämlich Heinrich Brüning – ernannte, lag der Rückschluss nahe, dass der Bruch der Großen Koalition auf langfristiger Planung beruhte, der die SPD allerdings mit ihrer kompromisslosen Haltung entgegengekommen war. Ihre bisherigen Koalitionspartner mussten eingeweiht gewesen sein, denn Brüning ersetzte lediglich die drei SPD-Minister durch Vertreter konservativer Kleinparteien sowie des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen, der sich Ende Juli als „Konservative Volkspartei" (KVP) von der DNVP abspaltete. Die Bereitschaft der DDP zur Mitarbeit im Kabinett Brüning und bald darauf ihr Zusammenschluss mit dem antisemitischen „Jungdeutschen Orden" zur „Deutschen Staatspartei" im Juli 1930 offenbarten den Rechtstrend auch bei den Linksliberalen.

Übergang zum Präsidialregime

Die Regierung Brüning besaß keine Mehrheit. Wie der Kanzler trotzdem seine Politik durchzusetzen gedachte, teilte er dem Reichstag am 1. April 1930 in seiner Regierungserklärung mit: Sein Kabinett – so laute Hindenburgs Auftrag – sei „an keine Koalition gebunden" und werde „der letzte Versuch sein, die Lösung mit diesem Reichstage durchzuführen". Demnach wollte die neue Regierung notfalls ohne und gegen das Parlament arbeiten, und zwar mit Hilfe der Machtmittel des Reichspräsidenten: Notverordnungen nach Artikel 48 WV und Reichstagsauflösung nach Artikel 25 WV. Sie verstand sich als „Präsidialkabinett" oder „Hindenburg-Regierung".

An den Sondierungen und Planungen für diese autoritäre, in der Verfassung nicht vorgesehene Regierungsweise waren, außer Hindenburg, vor allem seine Berater Schleicher und Meissner sowie – neben Brüning – die Fraktionsvorsitzenden im Reichstag Ernst Scholz (DVP) und Graf Westarp (DNVP) beteiligt. Seinen Memoiren zufolge erfuhr Brüning schon kurz nach Ostern 1929 von Schleicher, der Reichspräsident sehe die Gefahr, „dass die ganze Innen- und Außenpolitik im Sumpfe

verlaufe“. Er wolle daher „das Parlament im gegebenen Augenblick für eine Zeit nach Hause schicken und in dieser Zeit mit Hilfe des Artikels 48 die Sache in Ordnung bringen“. Weiter berichtet Brüning, Schleicher und er hätten sich damals auf das Ziel der Wiedereinführung der Monarchie verständigt; manche Historiker halten dies jedoch für eine nachträgliche Selbststilisierung.

Nach Meissners Erinnerungen ließ Hindenburg Ende Dezember 1929 Brüning mitteilen, er möge sich für das Amt des Reichskanzlers zur Verfügung stellen. Der angesehene Konservative galt in der Umgebung des Reichspräsidenten als möglicherweise sogar der SPD vermittelbare Integrationsfigur. Aus den Aufzeichnungen des Grafen Westarp vom 15. Januar 1930 gehen Hindenburgs Leitlinien für die Regierung Brüning hervor: „a) antiparlamentarisch, also ohne Koalitionsverhandlungen und Vereinbarungen, b) antimarxistisch [...]“ (also ohne die SPD); „c) Wandlung in Preußen [...]“ mit Hilfe des Zentrums – die in Preußen regierende Weimarer Koalition sollte ebenfalls gesprengt werden.

Parallel zu diesen Planungen nahmen Wirtschaftskreise verstärkt Einfluss auf die industrienahe DVP unter ihrem Vorsitzenden Ernst Scholz, um deren Austritt aus der Großen Koalition zu erreichen. Im Dezember 1929 forderte der Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in einer Denkschrift mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang?“ Steuererleichterungen für Unternehmer, Abschaffung der Zwangsschlichtung, Senkung der Staatsausgaben und Reform der Arbeitslosenversicherung durch „Ersparnismaßnahmen, nicht aber durch erhöhte Beiträge“. Diesen SPD- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs machte sich die DVP zu eigen. Am 5. Februar 1930 schrieb der DVP-Abgeordnete Erich von Gilsa dem Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Stahlindustrieller, Paul Reusch, vertraulich, Scholz wolle „bewusst auf einen Bruch mit der Sozialdemokratie hinarbeiten“.

Der Bruch der Großen Koalition erfolgte also im Zusammenspiel einflussreicher Vertreter autoritärer politischer – wenn nicht monarchistischer – Bestrebungen und wirtschaftlicher Interessen. Vor diesem Hintergrund erscheint Brünings Vermittlungsvorschlag vom 27. März 1930 in einem anderen Licht: der künftige Reichskanzler gedachte die Große Koalition „vor der Öffentlichkeit an der Kompromisslosigkeit der SPD und nicht an der Intransigenz des kommenden Koalitionspartners DVP zu Schanden gehen zu lassen“ (Volker Hentschel).

Reichstagsauflösung

Die ersten Gesetzesvorlagen der neuen Regierung – Finanzhilfen für die ostelbische Großlandwirtschaft, Steuererhöhungen zur Deckung des Reichshaushaltes 1930 – wurden vom Reichstag mit knapper Mehrheit angenommen. Da die Arbeitslosigkeit weiter zunahm, beschloss die Regierung im Juni eine zusätzliche Deckungsvorlage: Reform der Arbeitslosenversicherung durch Beitragserhöhung auf 4,5 Prozent (der jetzt auch die DVP zustimmte) und Leistungskürzungen; Ledigensteuer; Notopfer für Beamte und Angestellte; einheitliche Kopfsteuer. Als der Reichstag Teile dieses sozial unausgewogenen Programms am 16. Juli ablehnte, setzte Brüning die gesamte Vorlage in Form zweier Notverordnungen des Reichspräsidenten nach Artikel 48 Abs. 2 WV in Kraft.

Die Umwandlung eines vom Reichstag abgelehnten Gesetzentwurfs in eine Notverordnung war eindeutig verfassungswidrig. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18. Juli, Brünings Notverordnungen nach Artikel 48 Abs. 3 WV aufzuheben, wurde daher vom Parlament mit großer Mehrheit (bei gespaltener DNVP) angenommen. Unmittelbar danach löste der Reichspräsident nach Artikel 25 WV den Reichstag auf. Die Notverordnungen wurden in einer sogar noch verschärften Fassung wieder in Kraft gesetzt. Bis zur Neuwahl nach 60 Tagen konnte jetzt mit Notverordnungen regiert werden.

Wahlsieg der NSDAP

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930, an der sich 82 Prozent der Wähler beteiligten, endete mit einer Katastrophe für die Demokratie. Die NSDAP, noch 1928 mit 2,6 Prozent und zwölf Mandaten eine Splitterpartei, erzielte 18,3 Prozent, konnte die Zahl ihrer Sitze fast verneunfachen und stellte mit 107 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion (hinter der SPD, vor der KPD).

Die SPD verzeichnete erhebliche Verluste, die KPD starke Gewinne; Zentrum und BVP registrierten einen leichten Zuwachs. Auch der Anteil der „Sonstigen“, das heißt der Kleinparteien, nahm etwas zu. Demgegenüber mussten DDP und DVP schwere Verluste hinnehmen; der Stimmenanteil der DNVP wurde sogar halbiert. Wenngleich Art und Ausmaß damaliger Wählerwanderungen nicht exakt bestimmbar sind, lässt sich schließen, dass überwiegend protestantische nationalkonservative und liberale Mittel- und auch Oberschichtwähler zur NSDAP gewandert waren. Besonders starken Anklang hatte Hitlers Partei offenbar bei den Mittelschichten („alter“ und „neuer Mittelstand“, siehe S. 40) gefunden. Auch von der um sieben Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung hatte sie stärker als andere Parteien profitiert, das heißt Jungwähler und bisherige Nichtwähler gewonnen.

Dem entsprach die soziale Zusammensetzung der Mitgliederschaft der NSDAP: Arbeiter bildeten zwar die stärkste Einzelgruppe, waren jedoch im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen deutlich unterrepräsentiert, während die verschiedenen Mittelschichten einen überproportional hohen Anteil stellten. Ferner zog die NSDAP besonders die jüngere Generation an: Das Durchschnittsalter ihrer 130 000 Mitglieder und Funktionäre lag 1930 beträchtlich unter dem der übrigen Parteien.

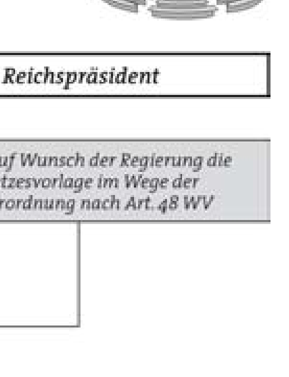
Im Wahlergebnis vom 14. September 1930 spiegeln sich die materiellen und psychologischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wider. Bereits seit Jahresbeginn lag die Arbeitslosenquote über 14 Prozent; hinter dieser Zahl verbargen sich die Schicksale von mehr als drei Millionen schlecht versorgten Arbeitnehmern und ihren Familien. Die Folge war eine politische Polarisierung: Arbeitslose Arbeiter wählten zum Teil erstmals kommunistisch. Der „alte Mittelstand“ hingegen, der die sinkende Kaufkraft seiner Kunden zu spüren bekam, sah sich nach 1923 ein weiteres Mal von Verarmung und sozialem Abstieg bedroht. Er reagierte darauf mit einer Radikalisierung nach rechts zur NSDAP. Vergleichbares gilt auch für den „neuen Mittelstand“.

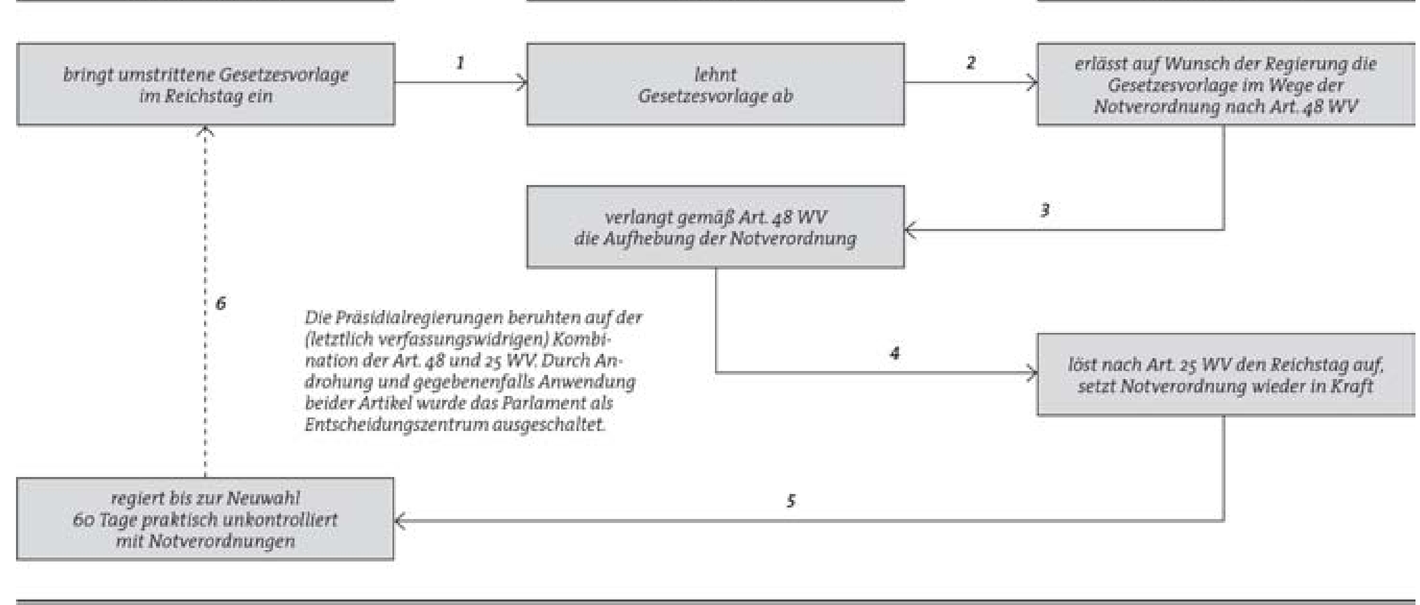
Denn Hitlers Partei war als einzige politisch unverbraucht – ihre Glaubwürdigkeit und Kompetenz hatten noch keinen Test bestehen müssen. In Programm und Propaganda ging sie geschickter als jede andere Partei auf die speziellen Nöte und Bedürfnisse der eigentumsorientierten, „standesbewussten“ Mittelschichten ein. Entsprechend der doppelten Frontstellung des alten Mittelstandes gegen KPD/SPD/Gewerkschaften

einerseits und Banken/Industrie/Warenhäuser andererseits enthielten die politischen Aussagen der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ sowohl antimarxistische als auch antikapitalistische Elemente. Ihr begrenzter Antikapitalismus war – anders als der marxistische – für die Mittelschichten akzeptabel, weil „die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht“, wie Hitler 1928 öffentlich klarstellte. Er richtete sich nicht, wie es in der NS-Ideologie hieß, gegen das „schaffende“, sondern nur gegen das „raffende Kapital“, das heißt gegen Banken (zu hohe Kredit-, zu niedrige Sparzinsen), Börsen (undurchschaubare Gewinnchancen und Verlustrisiken) und Warenhäuser (bedrohliche Konkurrenz).

Hinter dem „raffenden Kapital“ verbargen sich, so behauptete die NS-Propaganda, die Machenschaften eines „internationalen Finanzjudentums“. Dadurch wurde der Antikapitalismus in die NS-Rassenideologie integriert und gegen die Juden als Sündenböcke gerichtet. Aber auch „der Marxismus“ (das heißt Organisationen und Politik der kommu-

Machtmechanismus der Präsidialregierungen (1930-1933)





Soziale Struktur der NSDAP vor 1933

Erwerbstätige	*Im Reichsgebiet (Volkszählung von 1925)*	*%*	*In der NSDAP vor dem 14.9.1930*	*%*	*Unter den neuen NSDAP-Mitgliedern (zw. 14.9.1930 u. 30.1.1933)*	*%*	*% der NSDAP-Mitglieder unter den Erwerbstätigen (vor dem 30.1.1933)*
Arbeiter	*14 443 000*	*45,1*	*34 000*	*28,1*	*233 000*	*33,5*	*1,9*
Selbstständige							
a) Land- u. Forstwirtschaft (Landwirte)	*2 203 000*	*6,7*	*17 100*	*14,1*	*90 000*	*13,4*	*4,9*
b) Industrie u. Handwerk (Handwerker und Gewerbetreibende)	*1 785 000*	*5,5*	*11 000*	*9,1*	*56 000*	*8,4*	*3,9*
c) Handel u. Verkehr (Kaufleute)	*1 193 000*	*3,7*	*9 900*	*8,2*	*49 000*	*7,5*	*4,9*
d) Freie Berufe	*477 000*	*1,5*	*3 600*	*3,0*	*20 000*	*3,0*	*4,9*
Beamte							*4,0*
a) Lehrkräfte	*334 000*	*1,0*	*2 000*	*1,7*	*11 000*	*1,7*	
b) Andere	*1 050 000*	*3,3*	*8 000*	*6,6*	*36 000*	*5,5*	
Angestellte	*5 087 000*	*15,9*	*31 000*	*25,6*	*148 000*	*22,1*	*3,4*
Mithelfende Fam.-Angehörige (meist weibl.)	*5 437 000*	*17,3*	*4 400*	*3,6*	*27 000*	*4,9*	*0,6*
Insgesamt	*32 009 000*	*100*	*121 000*	*100*	*670 000*	*100*	*25*

Martin Broszat, Der Staat Hitlers, dtv, München 1969, S. 51

nistischen und sozialdemokratischen Arbeiterschaft) und die aus dem „Dolchstoß“ hervorgegangene Weimarer Republik galten den Nationalsozialisten als schändliche jüdische Machwerke. Wer die inneren und äußeren Bedrohungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft abwenden wolle, müsse die Juden bekämpfen – so lautete, zusammengefasst, die politische Botschaft der NSDAP. Wegen ihrer Einfachheit und Eingängigkeit fiel sie in Deutschland – einem der Länder mit langer antijudaistischer und antisemitischer Tradition – unter den Bedingungen der unbewältigten Kriegsniederlage und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf fruchtbaren Boden.

Politik der Krisenverschärfung

Dass die KPD jetzt über 77, die NSDAP über 107 Reichstagssitze verfügte, hatte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Ausländische Kapitalanleger, insbesondere die bereits unter der Krise leidenden amerikanischen und französischen Banken, die um die politische Stabilität der Weimarer Republik fürchteten, begannen mit dem Abzug ihrer kurzfristigen Kredite. Dadurch verschärfte sich die Wirtschaftskrise in Deutschland; die Arbeitslosigkeit nahm weiter zu.

Ein Versuch Brünings, die Nationalsozialisten zur Tolerierung seiner Politik zu bewegen und sich so eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, scheiterte am Machtwillen Hitlers. Der NSDAP-Führer hatte aber aus seinem fehlgeschlagenen Münchner Putschversuch von 1923 gelernt: Als geladener Zeuge in einem Leipziger Reichsgerichtsprozess, in dem drei junge Offiziere wegen nationalsozialistischer Betätigung in der Reichswehr angeklagt wurden, erklärte er am 25. September 1930 unter Eid, seine Bewegung kämpfe „nicht mit illegalen Mitteln“; aber „noch zwei bis drei Wahlen“, dann werde sie „in der Mehrheit sitzen“ und „den Staat so gestalten, wie wir ihn haben wollen“.

Tolerierungspolitik der SPD

Die oppositionelle SPD geriet durch das Wahlergebnis in ein Dilemma. Bekämpfte sie weiterhin Brünings autoritäre und unsoziale Politik, dann bestand die Gefahr einer erneuten Reichstagsauflösung und -neuwahl. Dabei konnte die NSDAP so stark werden, dass Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernennen würde. Was aber eine NS-Regierung bedeuten musste, hatte bereits das Beispiel des Faschismus in Italien gezeigt: ein schnelles Ende der Demokratie und des Rechtsstaates, der Linksparteien und der Gewerkschaften.

Vor diesem Hintergrund beschloss die SPD, Brüning als das kleinere Übel zu tolerieren. „Sie sagte nicht ‚ja‘ zu seinen Gesetzesvorschlägen und sagte nicht ‚nein‘, wenn sie deshalb als Notverordnungen erlassen wurden.“ (Volker Hentschel) In den Augen der Öffentlichkeit galt sie bald als Teil des „Brüning-Blocks“, der vom Zentrum bis zum gemäßigten Teil der DNVP reichte, aber keine Mehrheit besaß. Da die SPD weder sozialdemokratische Politik durchzusetzen noch sich als politische Alternative zu profilieren vermochte, wurden ihre Mitglieder und Wähler zunehmend unzufriedener.

Das Ansehen des Parlamentes nahm weiter ab. Denn es verlor nicht nur faktisch seine demokratische Kontrollfunktion gegenüber der Regierung, sondern wurde auch als Zentrum der Gesetzgebung zunehmend funktionslos. Das Präsidialregime griff immer öfter zu Notverordnungen, der Reichstag trat immer seltener zusammen. Diese Aushöhlung des Parlamentarismus hat der NSDAP 1933 die Errichtung der Diktatur wesentlich erleichtert.

Deflationspolitik und Massenarbeitslosigkeit

Die Regierung Brüning erhöhte die direkten Steuern (auf Löhne, Einkommen und Umsätze), besonders aber die indirekten (Massenverbrauchssteuern, unter anderem auf Zucker, Tabak und Bier). Sie baute die staatlichen Sozialausgaben ab und kürzte die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst (mit Ausnahme der Reichswehr). Auf diese Weise wollte Brüning das krisenbedingte Sinken des Steuerauf-

Andrang ängstlicher Sparer vor der Sparkasse der Stadt Berlin nach dem Zusammenbruch der „Darmstädter- und Nationalbank“ am 13. Juli 1931



ullstein bild

kommens abfangen, Einnahmen und Ausgaben des Staates im Gleichgewicht halten und die im Zuge des Produktionsrückganges überschüssig werdende Kaufkraft abschöpfen. Diese „Deflationspolitik“ zielte vor allem auf die Sicherung der Geldwertstabilität, die nicht nur den Vorschriften des Young-Plans, sondern – nach der traumatischen Inflationserfahrung von 1923 – durchaus auch den Interessen der Bevölkerung entsprach.

Die Deflationspolitik war jedoch kein Mittel gegen die Krise, sondern verschärfte diese sogar noch. Denn durch Kürzung der Staatsausgaben und Senkung der privaten Einkommen verringerte sich die kaufkräftige Nachfrage; dadurch ging die Produktion noch weiter zurück, während die Arbeitslosigkeit rapide anstieg. Je länger die Krise anhielt, desto mehr Arbeitslose fielen spätestens nach 26, als über 40-jährige nach 39 Wochen aus der Arbeitslosenversicherung mit ihren bescheidenen, nach Lohnklassen gestaffelten Leistungen heraus. Danach erhielten sie bis zu 39 bzw. 52 Wochen deutlich geringere (bedürftigkeitsgebundene) Leistungen der Krisenfürsorge; schließlich noch knappere (rückzahlungspflichtige) Zuwendungen der kommunalen Wohlfahrtsunterstützung. Von den 4,7 Millionen Arbeitslosen im Frühjahr 1931 bezogen 43 Prozent Arbeitslosengeld, 21 Prozent Krisenfürsorge und 23 Prozent Wohlfahrtsunterstützung. Die übrigen 13 Prozent bekamen überhaupt keine Unterstützung. Demgegenüber wurde die ostelbische Großlandwirtschaft auf Wunsch Hindenburgs weiterhin subventioniert.

Im Verlaufe des Jahres 1931 führten zwei einschneidende Ereignisse zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Zunächst scheiterte am 18. Mai, vor allem am Einspruch Frankreichs, der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, die für beide Länder wirtschaftlich vorteilhaft gewesen wäre. Ausländische Kapitalanleger riefen daraufhin zahlreiche fällige Kredite zurück, statt sie zu verlängern. In beiden Ländern gerieten viele Banken in Schwierigkeiten, zumal viele in Panik versetzte Sparer ihre Einlagen abheben wollten. Am 13. Juli stellte eine renommierte Großbank, die „Darmstädter und Nationalbank“, ihre Zahlungen ein.

Überfordertes Sozialsystem: ein Arbeitsloser in einer Straße von Berlin



ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Die deutschen Banken wurden für zwei Tage geschlossen; das Reich musste sie mit einer Milliarde RM stützen. Bankkunden konnten nur noch eingeschränkt über ihre Guthaben verfügen; die Kapitalknappheit der Unternehmen verschärfte sich. Da die Bankenkrise unabsehbare Gefahren barg, setzte der amerikanische Präsident Herbert Hoover durch, die deutschen Reparationszahlungen an die Siegermächte und ebenso die Rückzahlung der alliierten Kriegsschulden an die USA ab 6. Juli 1931 für ein Jahr zu unterbrechen („Hoover-Moratorium“), um die betreffenden Länder zu entlasten.

Sodann koppelte Großbritannien am 21. September das Pfund Sterling vom Goldstandard ab und wertete es um 20 Prozent ab. Durch eine entsprechende Verbilligung seiner Waren auf dem Weltmarkt wollte das Land seinen Export fördern und den Arbeitsmarkt beleben. Zahlreiche Länder folgten dem Beispiel; das internationale Währungssystem mit festen Wechselkursen auf der Basis des Goldpreises brach zusammen. Der Wert der Reichsmark stieg; deutsche Produkte verteuerten sich auf dem Weltmarkt; die Auslandsnachfrage ging zurück. Brüning reagierte darauf mit einer weiteren Verschärfung der Deflationspolitik: Per Notverordnung vom 6. Oktober 1931 senkte er den Bezug des Arbeitslosengeldes von 26 auf 20 Wochen. Am 8. Dezember verordnete er allgemeine Lohn-, Miet-, Zins- und Preissenkungen, um die Wettbewerbsnachteile der deutschen Wirtschaft auszugleichen. Diese marktwirtschaftswidrige Maßnahme führte jedoch nur zu einer Verunsicherung von Herstellern und Verbrauchern; die Inlandsnachfrage nahm weiter ab.

Bankenkrise, Pfundabwertung und deflationspolitische Notverordnungen bewirkten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt des Jahres 1932 gab es 5,6 Millionen registrierte Arbeitslose (29,9 Prozent). Ende Februar lag die Zahl der „sichtbaren“ Arbeitslosen bei 6,1 Millionen; rechnet man schätzungsweise 1,5 Millionen „unsichtbare“ (Menschen, die sich aus Scham über ihre Armut nicht meldeten) hinzu, so ist tatsächlich von 7,6 Millionen Beschäftigungssuchenden auszugehen.

Rolle Brünings

Manche Historiker sehen in Brüning den letzten Reichskanzler, der mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchte, die Weimarer Republik durch die Weltwirtschaftskrise hindurchzusteuern. Brünings Politik lässt jedoch erkennen, dass er die Wirtschafts- und Finanzpolitik seinen außen- und innenpolitischen Plänen (Überwindung des Versailler Vertrages, autoritäre Umgestaltung des Staates, wenn nicht gar Rückkehr zur Monarchie) unterordnete. Sein erstes Etappenziel war die Aufhebung der Reparationsverpflichtungen. Brüning wollte den Siegermächten demonstrieren, dass das Reich trotz größter Anstrengungen die Auflagen des Young-Plans (Zahlung der Jahresraten bei stabiler Währung und ausgeglichenem Staatshaushalt) nicht erfüllen konnte. Neuverhandlungen sollten dann zu einer Abschlussregelung führen. Die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die um sich greifende soziale Verelendung breiter Massen nahm Brüning bewusst in Kauf. Deshalb wies er auch alle Expertenvorschläge für eine aktive Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik zurück (siehe S. 60). Prompt machte sich die NSDAP diese Vorschläge zu eigen und betrieb damit 1932 eine geschickte und wirkungsvolle Wahlpropaganda.


akg-images

Reichskanzler Heinrich Brüning (1885-1970)

Alternativen zu Brünings Deflationspolitik

Die Deflationspolitik der Jahre 1930 bis 1932 wird in der Geschichtsforschung kontrovers beurteilt.

Der Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt vertritt die Ansicht, dass Brüning unter den damaligen Bedingungen keine wesentlich andere Finanz- und Wirtschaftspolitik hätte betreiben können. Er argumentiert im Kern folgendermaßen:

Die deutsche Wirtschaft befand sich schon vor 1929 infolge zu hoher Löhne, Steuern, Rohstoffpreise und Kreditkosten in einer Strukturkrise, die 1930 bis 1932 zunächst (wie von Brüning versucht) bereinigt werden musste, bevor an eine aktive Konjunkturpolitik zu denken war.

Zur Zeit der Kanzlerschaft Brünings war die mit dem Namen des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes verbundene Theorie der „antizyklischen Wirtschaftspolitik" und des „deficit spending" (bei sinkender privater Nachfrage müsse der Staat mit kreditfinanzierten Aufträgen einspringen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln) noch nicht ausreichend entwickelt und bekannt.

Die strengen Vorschriften des Reichsbankgesetzes und des Young-Planes erlaubten weder eine Kreditausweitung noch eine Abwertung der Reichsmark als konjunkturbelebende Maßnahmen.

Für eine Abwertung der Reichsmark und für ein „deficit spending" gab es damals bei Parteien und Verbänden wegen der verbreiteten Inflationsfurcht keine ausreichende Unterstützung.

Demgegenüber hat die Historikerin Ursula Büttner nachgewiesen, dass es sehr wohl Alternativen zur Deflationspolitik gegeben hat. Ihre Einwände gegen Borchardts Argumentation lauten zusammengefasst so:

Die schon vor 1929 entstandenen Strukturprobleme waren in einer wachsenden Wirtschaft sicher leichter zu lösen als in einer schrumpfenden.

Am erforderlichen Know-how für eine aktive Konjunkturpolitik fehlte es durchaus nicht. Keynes erläuterte 1930/32 in Deutschland in einer Reihe von Vorträgen und Zeitungsartikeln seine bereits ausgereifte Theorie der antizyklischen Wirtschaftspolitik und stieß dabei auf großen Widerhall. So legte der Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium Wilhelm Lautenbach im September 1931 einen an Keynes orientierten Plan zur Ankurbelung der Wirtschaft (ohne inflatorische Auswirkungen) mittels kreditfinanzierter Staatsaufträge in Höhe von drei Milliarden RM vor. Hans Schäffer, Staatssekretär im Finanzministerium, befürwortete den Lautenbach-Plan in seiner Denkschrift vom September 1931 nachdrücklich. Ernst Wagemann, Leiter des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, veröffentlichte im Januar 1932 in hoher Auflage einen eigenen Plan zur Erhöhung des staatlichen Kreditrahmens um bis zu drei Milliarden RM für die Konjunkturbelebung.

In der Krise des Sommers 1931 verloren das Reichsbankgesetz und der Young-Plan an Bedeutung, da sie ohnehin nicht mehr einzuhalten waren. Die Vertragspartner hätten sich mit einer geringeren Deckung der Reichsmark abgefunden, deren Abwertung nach britischem Vorbild im Ausland allgemein erwartet wurde.

Der Wunsch nach einer Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit den Mitteln der Finanz- und Geldpolitik breitete sich seit Herbst 1931 so stark aus, dass entsprechende Maßnahmen der Regierung – trotz der ablehnenden Haltung der Unternehmerverbände und der Parteiführungen – in der Bevölkerung breite Unterstützung gefunden hätten. Ein klares Indiz dafür ist insbesondere der vom ADGB im April 1932 beschlossene sog. WTB-Plan (benannt nach seinen Verfassern Wladimir Woytinski, Fritz Tarnow und Fritz Baade). Das Konzept sah vor, rund eine Million Arbeitslose mit öffentlichen Arbeiten zu beschäftigen; die dafür erforderlichen zwei Milliarden RM sollte der Staat durch Kredite aufbringen. Weil sich die Ausgaben für die Arbeitslosen entsprechend verringern, die Steuereinnahmen erhöhen würden, veranschlagte man die realen Kosten auf 1,2 Milliarden RM. Der WTB-Plan zielte auf eine Wiederbelebung der Konsumgüterindustrie mit weiteren positiven Beschäftigungseffekten, sodass eine inflatorische Wirkung vermieden würde. Die SPD-Führung lehnte jedoch eine Kreditfinanzierung ab, weil sie davon eine Inflation, nach den Erfahrungen von 1923 zumindest eine neuerliche Inflationsfurcht in der Bevölkerung erwartete.

Wie Schäffer am 29. Januar 1932 in seinem Tagebuch festhielt, empörte sich der Kanzler besonders über Wagemann: 1. erwecke Wagemann den Gewerkschaften gegenüber den Eindruck, „als ob es noch andere Mittel gebe als die Deflationspolitik, um unsere Lage zu bessern". 2. könnten Wagemanns Vorschläge „in das Reparationsprogramm hineinhageln". 3. sei zu befürchten, dass die Nationalsozialisten, die „bisher vergeblich nach einem Währungsprogramm gesucht hätten", Wagemanns Plan übernehmen und daraus politische Vorteile ziehen würden.

Zusammenfassung von R. Sturm nach: Knut Borchardt, „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen Dreißigerjahre.", in: Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion GmbH, Kettwig 2011, S. 318 bis 339. Ursula Büttner, „Politische Alternativen zum Brüningschen Deflationskurs," in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989), H. 2, S. 209-251



akg-images

Aufmarsch der nationalistischen Rechten beim Treffen der „Harzburger Front": Alfred Hugenberg (DNVP, mit Brille) und Eitel Friedrich Prinz von Preußen (rechts daneben in Stahlhelm-Uniform) während eines Aufmarsches der SA

Politische Radikalisierung

In dem Maße, wie sich die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigte und Millionen Familien verarmten und verelendeten, eskalierten die politischen Auseinandersetzungen und kam es zu Zusammenstößen zwischen den Wehrverbänden der großen rechten und linken Parteien:

- Der „Stahlhelm – Bund der unbesiegt heimgekehrten Frontsoldaten" organisierte schon seit Ende 1918 bis zu eine Million Mitglieder und war der DNVP zuzurechnen.
- Die von der NSDAP 1921 geschaffene „Sturmabteilung" (SA) umfasste Anfang 1932 etwa 420 000 Mitglieder; ihr unterstand (bis 1934) die 1925 gebildete SS („Schutzstaffel") mit rund 52 000 Mann.
- Das 1924 gegründete SPD-nahe „Reichsbanner Schwarz Rot Gold – Bund der republikanischen Frontsoldaten" war der einzige verfassungstreue Wehrverband und besaß ca. eine Million Mitglieder.
- Dem ebenfalls 1924 entstandenen „Roten Frontkämpferbund" (RFB) der KPD gehörten 1927 rund 130 000 Mitglieder an.

Alle Verbände waren mehr oder weniger uniformiert, traten militant auf und besaßen geheime Waffenlager. Während „Stahlhelm", SA und SS kooperieren konnten, waren „Reichsbanner" und RFB verfeindet. In den Jahren 1931 und 1932 führten zunehmend blutiger verlaufende Straßenkrawalle und Saalschlachten, vor allem zwischen SA und RFB, in den großen Städten nicht selten zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Auch politische Mordanschläge wurden wieder begangen, sowohl von Nationalsozialisten als auch von Kommunisten. Die Polizei erschien oft zu spät; auch sympathisierten immer mehr Polizisten mit den Rechtsverbänden.

Dass in Preußen noch immer der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun mit einer Weimarer Koalition regierte, war der politischen Rechten seit langem ein Dorn im Auge. Im Frühjahr 1931 leitete der „Stahlhelm" ein (auch auf Länderebene zulässiges) Volksbegehren für die sofortige Auflösung des Preußischen Landtages ein. Es wurde unterstützt von DNVP, NSDAP und KPD – die Kommunisten schreckten bei ihrem verblendeten Kampf gegen die Sozialdemokraten nicht einmal vor einem Bündnis mit den „Faschisten" zurück. Die Aktion schlug jedoch fehl: Beim Volksbegehren kam die erforderliche Mindestzahl von Unterschriften nur knapp zusammen; beim Volksentscheid am 9. August 1931 fehlten rund 3,4 Millionen Stimmen.

Am 7./9. Oktober 1931 wurden mehrere Minister der Regierung Brüning ausgetauscht. Der Reichskanzler übernahm selbst das Auswärtige Amt, Reichswehrminister Groener erhielt zusätzlich das Innenministerium – eine gefährliche Machtkonzentration. Dieses zweite Kabinett Brüning sollte nach Hindenburgs Wunsch noch unabhängiger von den Parteien und vom Parlament sein; es signalisierte einen weiteren Rechtsruck bei den Machtträgern des Präsidialregimes.

Harzburger Front

Am 11. Oktober 1931 veranstaltete die nationalistische Rechte – NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutscher Verband – in Bad Harzburg eine Tagung, verbunden mit einem Aufmarsch ihrer Verbände, um Stärke und Geschlossenheit zu demonstrieren. Prominenteste Gäste waren der Kaiser-Sohn und SA-Gruppenführer August Wilhelm Prinz von Preußen („Auwi"), der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht und General a.D. von Seeckt. Ein Misstrauensvotum von DNVP und NSDAP gegen das zweite Kabinett Brüning, dem sich auch die DVP und die KPD anschlossen, scheiterte am 16. November 1931 knapp – ausschlaggebend waren die Gegenstimmen der SPD. Ende November wurden konkrete Umsturzpläne der hessischen NSDAP („Boxheimer Dokumente") bekannt. Brüning spielte jedoch den Vorfall herunter, um mögliche Koalitionen des Zentrums mit der NSDAP nicht zu verbauen.

Als Antwort auf die „Harzburger Front" gründeten SPD, ADGB, AfA-Bund, „Reichsbanner" und Arbeitersportorganisationen am 16. Dezember 1931 gemeinsam die „Eiserne Front". Sie veranstaltete unter dem Fahnensymbol der drei Pfeile – als Gegensymbol zum Hakenkreuz – politische Umzüge und Kundgebungen und trat äußerlich militant auf, um Stärke zu demonstrieren und Gegner von Übergriffen abzuschrecken.

Reichspräsidentenwahl 1932

In dieser angespannten Situation ging Anfang 1932 die siebenjährige Amtsperiode des Reichspräsidenten zu Ende. Der mittlerweile 85-jährige Hindenburg stellte sich zur Wiederwahl. Anders als 1925 trat ein aussichtsreicher rechter Gegenkandidat an: Adolf Hitler, dem eine DNVP-NSDAP-Regierung in Braunschweig Ende Februar 1932 zu der für die Kandidatur notwendigen deutschen Staatsbürgerschaft verhalf. Hinzu kamen Theodor Duesterberg („Stahlhelm"), Ernst Thälmann (KPD) sowie einige Kandidaten von Splitterparteien. Hindenburgs Wiederwahl wurde zunächst von Zentrum und BVP, DDP und DVP unterstützt. Da alles auf eine Entscheidung zwischen Hitler und Hindenburg hindeutete, hielt die SPD an ihrer Politik des kleineren Übels fest: Sie verzichtete auf einen eigenen Kandidaten und gab die Parole aus: „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!" Für ihre Anhänger war das eine irritierende Zumutung, die sie aber überwiegend diszipliniert befolgten.

Im 1. Wahlgang am 13. März 1932 verfehlte Hindenburg mit 49,6 Prozent die erforderliche absolute Mehrheit nur knapp, in weitem Abstand gefolgt von Hitler (30,1 Prozent), Thälmann (13,2 Prozent), Duesterberg (6,8 Prozent) und den übrigen Kandidaten. Duesterberg gab auf und unterstützte Hindenburg. Im 2. Wahlgang am 10. April wurde der amtierende Reichspräsident mit 53 Prozent der Stimmen wieder gewählt. Hitler brachte es auf 36,8 Prozent, Thälmann nur noch auf 10,2 Prozent. Gemessen an der prahlerischen Ankündigung seines Wahlkampfleiters Joseph Goebbels „Hitler wird unser Reichspräsident!" hatte sich der NSDAP-Führer blamiert. Gleichwohl zeigte sein Abschneiden, dass das nationalsozialistische Wählerpotenzial seit September 1930 um fünf Millionen Stimmen angewachsen war.

Aber auch der Wahlsieger sah wenig Grund zur Freude. Der Reichspräsident empfand es als Schmach, dass er seine zweite Amtsperiode ausgerechnet seinen Gegnern von 1925, den Sozialdemokraten und den Katholiken, verdankte. Groteskerweise richtete Hindenburg seinen Groll gegen Brüning, der sich wie kein anderer im Wahlkampf für ihn engagiert und dabei auch die NSDAP scharf angegriffen hatte. Brünings Sturz war jetzt nur noch eine Frage der Zeit.

Brünings Entlassung

Im Laufe seiner Kanzlerschaft hatte sich Brüning die Sympathien der Präsidentenberater und der hinter ihnen stehenden autoritär-monarchistisch gesinnten Teile der militärischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Eliten immer mehr verscherzt, weil er sich nicht als Marionette benutzen ließ, sondern seinen eigenen politischen Kurs steuerte, noch dazu toleriert von der SPD, die diesen Eliten besonders verhasst war. Zum entscheidenden Konflikt kam es, als Brüning und Groener auf Wunsch zahlreicher Länder (darunter Bayern ebenso wie Preußen) beim Reichspräsidenten ein Verbot der SA und der SS erwirkten, um die Hauptursache der politischen Gewalt zu bekämpfen; es trat am 13. April 1932 in Kraft.

Der Reichspräsident und seine Berater störten sich daran, dass das (republiktreue) „Reichsbanner" nicht ebenfalls verboten werden sollte. Zudem sah Schleicher seine Planung in Gefahr, Brüning zu stürzen und die NSDAP entweder an der Regierung zu beteiligen oder zumindest für eine Tolerierungspolitik zu gewinnen. Am 7. Mai trafen Schleicher und Hitler eine geheime Absprache: Schleicher würde für Brünings Ablösung, die Wiederzulassung von SA und SS sowie Reichstagsneuwahlen sorgen. Im Gegenzug würde die NSDAP die nächste Präsidialregierung im Reichstag tolerieren.

Auf Betreiben Schleichers musste Groener am 12. Mai zurücktreten. Auch für Brünings Entlassung war bald ein Grund gefunden. Der Reichskanzler wollte im Mai den ostelbischen Gutsbesitzern eine weitere kräftige Finanzhilfe zukommen lassen. Jedoch sollte der Staat Güter, die nicht mehr sanierungsfähig waren, aufkaufen bzw. ersteigern und in Bauernstellen für Arbeitslose aufteilen. Es fiel der „Kamarilla" leicht, den Reichspräsidenten, der selbst Gutsbesitzer war, gegen diesen „Agrarbolschewismus" aufzubringen. Hindenburg entzog Brüning am 29. Mai das Recht auf Anwendung des Artikels 48 WV; daraufhin musste die Reichsregierung am nächsten Tag zurücktreten – nach Ansicht Brünings „hundert Meter vor dem Ziel", wie er schon am 11. Mai im Reichstag geäußert hatte.

Tatsächlich wurde bald darauf das Reparationsproblem in seinem Sinne gelöst. Die vom 16. Juni bis 9. Juli 1932 in Lausanne tagende Konferenz aller betroffenen Staaten einigte sich auf die völlige Streichung der deutschen Reparationsschuld; selbst eine eher symbolisch geforderte Abschlusszahlung wurde nicht mehr geleistet. Doch der Preis für diesen Erfolg war hoch: Er bestand in einer Aushöhlung des Parlamentarismus, einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, einer Steigerung des sozialen Elends von Millionen Familien und einer bis dahin nicht gekannten politischen Radikalisierung. Brünings Politik beschleunigte den Aufstieg der rechtsextremen, gewaltbereiten NSDAP zu einer staatsgefährdenden Massenbewegung.

Regierung von Papen

Neuer Reichskanzler wurde überraschend der katholisch-westfälische Adelige, monarchistische Zentrumspolitiker und preußische Landtagsabgeordnete Franz von Papen. Er verfügte als Hauptaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der Zentrumszeitung „Germania" sowie als Mitglied des konservativ-elitären Berliner „Herrenklubs" über gute Kontakte zu Industrie, Großlandwirtschaft, Banken und Bürokratie. Da er gegen den Willen der über Brünings Sturz verärgerten Zentrumsführung die Kanzlerschaft annahm, musste er aus der Partei austreten. Auf den Vorwurf „Der Papen ist doch kein Kopf!" antwortete Schleicher ungerührt: „Das soll er ja auch nicht sein. Aber er ist ein Hut." Papen gewann jedoch rasch das Vertrauen Hindenburgs und entzog sich Schleichers Bevormundung.

Dem am 1. Juni 1932 vereidigten Kabinett gehörten sieben adlige und nur drei bürgerliche, nationalkonservative, aber überwiegend parteilose Minister an. Schleicher trat erstmals selbst als Reichswehrminister ins politische Ram-

penlicht. Dieses „Kabinett der Barone“ unter „Herrenreiter“ Papen, wie seine Kritiker spotteten, repräsentierte überwiegend die Interessen der ostelbischen Großagrarier und der militärischen Führungsschicht; die Industrie war nur durch Wirtschaftsminister Warmbold vertreten, Mittelschichten und Arbeitnehmerschaft überhaupt nicht. Die Öffentlichkeit traute der Regierung Papen eine Überwindung der Wirtschaftskrise noch weniger zu als dem Kabinett Brüning; prompt fielen die Aktienkurse.

Parlamentarische Unterstützung erhielt Papen lediglich von der DVP und der DNVP. Die SPD beendete sofort ihre Tolerierungspolitik und plante einen Misstrauensantrag, dem die Regierung jedoch zuvorkam: Am 4. Juni 1932 löste der Reichspräsident – wie zwischen Schleicher und Hitler besprochen – den Reichstag auf, denn dieser entspreche nicht mehr „dem politischen Willen des deutschen Volkes“. Damit spielte Hindenburg darauf an, dass die NSDAP am 24. April bei den Landtagswahlen in Preußen, Württemberg, Hamburg und Anhalt stärkste, in Bayern zweitstärkste Partei geworden war.

Im Juni und Juli 1932 fand, nachdem Schleicher die Wiederzulassung von SA und SS durchgesetzt hatte, der blutigste Wahlkampf in der deutschen Geschichte statt. Zwischen rechten und linken Wehrverbänden kam es zu Straßenkrawallen, Schießereien, Saalschlachten und Mordanschlägen, bei denen etwa 300 Menschen starben und über 1100 verletzt wurden. Allein am 17. Juli, dem „Altonaer Blutsonntag“, gab es 18 Tote und 68 zum Teil schwer Verletzte, als ein nationalsozialistischer Demonstrationsmarsch durch die kommunistischen Wohnviertel von Altona zu einem stundenlangen Feuergefecht zwischen RFB und SA ausartete.

Unterdessen nahmen die in der Umgebung des Reichspräsidenten gehegten autoritären Verfassungspläne konkrete Gestalt an. Papen entwickelte die Idee eines „Neuen Staates“ mit folgenden Prinzipien:
- Vereinigung der Ämter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten,
- Unabhängigkeit des Reichskanzlers vom Vertrauen des Reichstages,
- Einrichtung eines dem Parlament übergeordneten, aristokratisch und berufsständisch zusammengesetzten „Oberhauses“, dessen Mitglieder vom Reichspräsidenten ernannt wurden.

Die Ähnlichkeit mit den Strukturen des Kaiserreiches ist unübersehbar – am Ende der Entwicklung sollte denn auch die Rückkehr zur Monarchie stehen. Der erste Schritt auf dem Weg zum „Neuen Staat“ lag nahe: die Ausschaltung der „roten Festung“ Preußen. Denn die Regierung Braun hatte in der Landtagswahl vom 24. April 1932 ihre Mehrheit verloren. Die neue Sitzverteilung im preußischen Landtag (KPD 57, SPD 94, Zentrum 67, DVP 7, DNVP 31, NSDAP 162) ergab eine „negative Mehrheit“ der rechts- und linksradikalen Parteien. Da eine Zentrum-NSDAP-Koalition nicht zustande kam, blieb das bisherige Kabinett als „geschäftsführende Regierung“ mit eingeschränkter Handlungsfähigkeit im Amt. Braun war überdies gesundheitlich angeschlagen und besaß keinen Kampfgeist mehr.

Absetzung der preußischen Regierung

Als Vorwand diente der „Altonaer Blutsonntag“. Am 20. Juli 1932 erließ Hindenburg zwei Notverordnungen „zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in Preußen. Durch die erste trat Papen als „Reichskommissar“ an die Stelle des Ministerpräsidenten; er übertrug dem rechtsstehenden (parteilosen) Essener Oberbürgermeister Franz Bracht die Geschäfte des Innenministers. Durch die zweite Verordnung wurde die vollziehende Gewalt in Groß-Berlin und Brandenburg auf die Reichswehr übertragen.



Bundesarchiv, Bild 102-13743 / Fotograf: unbekannt

Reichskanzler Franz von Papen (Mitte) und Staatssekretär Otto Meissner (links) auf der großen Freitreppe des Reichstages nach der Verfassungsfeier am 11. August 1932

Die Reichsexekution gegen Preußen war ein reiner Willkürakt und sogar ein „Staatsstreich“ (Heinrich August Winkler). Die Regierung Braun protestierte und klagte gegen ihre Absetzung mit Unterstützung der süddeutschen Länder, die den Föderalismus verletzt sahen, vor dem Staatsgerichtshof. Im Oktober 1932 erklärte das Gericht eine vorübergehende Einsetzung von Reichskommissaren für zulässig, deren Beauftragung mit der Vertretung Preußens im Reichsrat hingegen für verfassungswidrig. An der Absetzung der Regierung Braun änderte das Urteil also nichts. Demokraten, insbesondere SPD-Mitglieder, hatte Papen bereits aus allen Führungspositionen des preußischen Staatsapparates entfernen lassen.

Durch den „Preußenschlag“, in den man Hitler vorher eingeweiht hatte, erhielt die an die Macht strebende NSDAP starken Auftrieb. Denn die Sozialdemokratie hatte vor einem scheinlegalen Angriff auf ihre letzte Machtbastion im Weimarer Staat quasi kapituliert; SPD und KPD blieben zer-

stritten. Demnach war auch gegen die Errichtung einer Diktatur, die sich rechtmäßig gab, kein kämpferischer Widerstand der Linken zu erwarten. So schrieb die NSDAP-Zeitung „Völkischer Beobachter“ am 21. Juli 1932 auf ihrer Titelseite: „Liquidierung der Novemberherrschaft!“ – „Der Anfang ist gemacht, wir werden sie zu Ende führen.“ In den folgenden Wochen begann Hitler mit der Planung eines „Ermächtigungsgesetzes“, das einer von ihm geführten Regierung die allgemeine und die verfassungsändernde Gesetzgebung übertragen sollte.

Wegen dieser strategischen Bedeutung des „Preußenschlages“ im Prozess der Demokratiezerstörung stellt sich die Frage, ob am 20. Juli 1932 ein erfolgreicher Widerstand der demokratischen Kräfte – in erster Linie der SPD, der Gewerkschaften und der „Eisernen Front“ – möglich gewesen wäre. Sie wird von den Historikern überwiegend verneint. In den Reihen der „Eisernen Front“, insbesondere im „Reichsbanner“, existierte eine beträchtliche Kampfbereitschaft, doch war sie regional unterschiedlich ausgeprägt. Auch bedeutete Kampfbereitschaft nicht schon Bürgerkriegsfähigkeit. Denn ein Konzept für bewaffnete Aktionen zur Rettung der Demokratie hatten SPD und Gewerkschaften – trotz Gründung des Reichsbanners und der „Eisernen Front“ – nie entwickelt. Schon gar nicht besaßen sie die skrupellose Gewaltbereitschaft der NSDAP oder der KPD. Vielmehr hatte die sozialdemokratische Führung aus dem abschreckenden Beispiel der Russischen Revolution und aus ihren eigenen Erfahrungen die Lehre gezogen, ihre Politik an den Prinzipien Legalität, Humanität und Gewaltlosigkeit auszurichten.

Einen Generalstreik, wie ihn vor allem die KPD forderte, lehnten die Gewerkschaften ab. Anders als beim Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 hielten sie ihn diesmal für eine stumpfe Waffe, denn mehr als sechs Millionen Arbeitslose standen bereit, um die Plätze der Streikenden einzunehmen. So beschränkte sich die Sozialdemokratie auf Proteste und konzentrierte sich auf den Reichstagswahlkampf.



bpk

Reichswehrminister Kurt von Schleicher verlässt am 31. Juli 1932 mit seiner Gattin das Berliner Wahllokal. Knapp zwei Jahre später werden sie von der SS ermordet.

Reichstagswahlen 1932

Am 31. Juli 1932 gingen mehr Bürgerinnen und Bürger zur Wahl als je zuvor (84,1 Prozent). Die SPD verlor abermals Stimmen an die KPD. Zwei Jahre Tolerierungspolitik gegenüber Brüning, der Ausschluss prominenter linker Kritiker des Parteikurses (im September 1931), die Mitwahl Hindenburgs und das Stillhalten in Preußen hatten Teile der SPD-Wählerschaft enttäuscht.

Während Zentrum und BVP leichte Gewinne erzielten, wurden die protestantischen bürgerlichen Mittelparteien fast völlig aufgerieben. Auch die DNVP musste erneut – diesmal leichtere – Verluste hinnehmen. Überragender Wahlsieger wurde erwartungsgemäß die NSDAP. Weil sie wohl allen Parteien, außer KPD und Zentrum, in unterschiedlichem Umfang Wähler abspenstig machte, konnte sie ihren Anteil an Stimmen (13,7 Millionen = 37,3 Prozent) und Mandaten (230) mehr als verdoppeln. Damit stellte sie die weitaus stärkste Reichstagsfraktion – und nach parlamentarischem Brauch den Reichstagspräsidenten (Hermann Göring). Die anhaltende krisenbedingte Polarisierung und Radikalisierung großer Teile der Bevölkerung und ein überaus geschickter,



bpk

Vorübergehend ausgebremst: Während des Wahlkampfes 1932 setzte Hitlers NSDAP auf das Flugzeug als Beförderungsmittel. Hier hält ihn eine Autopanne am Boden.

moderner (vorwiegend aus Eigenmitteln, zum Teil auch aus Wirtschaftsspenden finanzierter) Wahlkampf hatten der NSDAP neue Wählermassen zugeführt. Hitler hatte als erster deutscher Politiker ein Flugzeug benutzt, um möglichst viele Wahlreden halten zu können.

Aus taktischen Gründen – man wollte seriöser wirken als bisher – war der Antisemitismus im Wahlkampf in den Hintergrund getreten. Hitlers Partei bildete jetzt „das große Auffangbecken für alle Gegner des demokratischen Systems, für alle Enttäuschten, Verbitterten und Fanatisierten“ (Eberhard Kolb), soweit diese nicht der KPD zuneigten. Nach wie vor kamen bei der NSDAP etwa 60 Mittelschichtwähler auf 40 Wähler aus Arbeiterhaushalten (Jürgen W. Falter). Manche Historiker sehen in ihr die erste moderne „Volkspartei“ unter den Weimarer Klassen-, Interessen- und Konfessionsparteien; dafür fehlten ihr jedoch wichtige Merkmale wie innerparteiliche Demokratie und konstruktive politische Ziele. Sie blieb eine rechtsextreme „schichtenunspezifische Protestbewegung mit Mittelschichtenschwerpunkt“ (Helga Grebing).

Wie im Preußischen Landtag gab es jetzt auch im Reichstag eine „negative Mehrheit“ der radikalen Flügelparteien. Gestützt auf seinen Wahlerfolg, widerrief Hitler seine Tolerierungszusage. Schleichers Angebot, die NSDAP an der Regierung Papen zu beteiligen, schlug er aus und verlangte für seine Partei am 13. August 1932 von Hindenburg „die Führung einer Regierung und die Staatsführung in vollem Umfange“. Der Reichspräsident erteilte ihm eine öffentliche Abfuhr: Er könne es nicht verantworten, „die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei“.

Da der Regierung ein Misstrauensvotum des neuen Reichstages bevorstand, Papen aber längere Zeit im Amt bleiben sollte, ermächtigte Hindenburg den Kanzler am 30. August 1932 zur Auflösung des Parlamentes ohne fristgemäße Neuwahl. Vor einem derart schweren Verfassungsbruch schreckte Papen jedoch zurück. So sprach ihm der Reichstag in seiner ersten Arbeitssitzung mit 512 gegen 42 Stimmen das Misstrauen aus. Noch während der Abstimmung löste Papen durch eine bereits vorbereitete Order des Reichspräsidenten den Reichstag wieder auf.

Hatte die Regierung Papen anfänglich die Brüningsche Deflationspolitik noch verschärft (weitere Beschneidungen des Arbeitslosengeldes, der Krisen- und der Wohlfahrtsunterstützung), so setzte sie bis zur Neuwahl noch einige kräftige wirtschaftspolitische Akzente. Im Juli gründete sie einen „Freiwilligen Arbeitsdienst“, dem Ende 1932 bereits 250 000 Arbeitslose angehörten. Am 4. September 1932 stellte sie 135

Wahlen zur Nationalversammlung (1919) und zu den Reichstagen

	19. Jan 1919		*6. Juni 1920*		*4. Mai 1924*		*7. Dez. 1924*		*20. Mai 1928*		*14. Sept. 1930*		*31. Juli 1932*		*6. Nov. 1932*		*5. März 1933*	
NSDAP*	*Stimmen in Tausend*				1918		907		810		6409		13 745		11 737		17 277	
	Mandate		*Prozent*		**32**	6,5	**14**	3,0	**12**	2,6	**107**	18,3	**230**	37,3	**196**	33,1	**288**	43,9
DNVP	3121		4249		5696		6206		4381		2458		2177		2959		3136	
	44	10,3	**71**	15,1	**95**	19,5	**103**	20,5	**73**	14,2	**41**	7,0	**37**	5,9	**52**	8,3	**52**	8,0
DVP	1345		3919		2694		3049		2679		1578		436		661		432	
	19	4,4	**65**	13,9	**45**	9,2	**51**	10,1	**45**	8,7	**30**	4,5	**7**	1,2	**11**	1,9	**2**	1,1
Zentrum und BVP	5980		5083		4860		5253		4657		5132		5781		5325		5499	
	91	19,7	**85**	18,0	**81**	16,6	**88**	17,3	**78**	15,2	**87**	14,8	**97**	15,7	**90**	15,0	**92**	13,9
DDP seit 1930 DStP	5641		2333		1655		1920		1505		1322		371		336		334	
	75	18,5	**39**	8,3	**28**	5,7	**32**	6,3	**25**	4,9	**20**	3,8	**4**	1,0	**2**	1,0	**5**	0,9
(M)SPD	11 509		6104		6009		7881		9153		8577		7959		7248		7181	
	165	37,9	**102**	21,7	**100**	20,5	**131**	26,0	**153**	29,8	**143**	24,5	**133**	21,6	**121**	20,4	**120**	18,3
USPD	2317		5046		235		99		21		-		-		-		-	
	22	7,6	**84**	17,9	-	0,8	-	0,3	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	-
KPD	-		589		3693		2709		3264		4592		5283		5980		4848	
	-	-	**4**	2,1	**62**	12,6	**45**	9,0	**54**	10,6	**77**	13,1	**89**	14,3	**100**	16,9	**81**	12,3
Sonstige	483		869		2518		2365		4298		4821		1126		1176		634	
	7	1,6	**9**	3,0	**29**	8,6	**29**	7,8	**51**	14,7	**72**	13,9	**11**	3,1	**12**	3,3	**7**	1,6
Wahlbeteiligung	83,0		79,2		77,4		78,8		75,6		82,0		84,1		80,6		88,8	
Abgeordnete	**423**		**459**		**472**		**493**		**491**		**577**		**608**		**584**		**647**	

Parteien: NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei; DNVP = Deutschnationale Volkspartei; DVP = Deutsche Volkspartei; Zentrum = Deutsche Zentrumspartei; BVP = Bayerische Volkspartei; DDP = Deutsche Demokratische Partei; DStP = Deutsche Staatspartei; (M)SPD = (Mehrheits-)Sozialdemokratische Partei Deutschlands; USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands; KPD = Kommunistische Partei Deutschlands

** 1924: NS-Freiheitsbewegung*

nach Heinz Höhne, Die Machtergreifung, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 39 und Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, Oldenbourg, München 2002, S. 308

Die Krise des Parlamentarismus nach 1928

Parlamentarische Kombinationen (in Prozent der Reichstagssitze)

	Mai 1928	*Sept. 1930*	*Juli 1932*	*Nov. 1932*
Harzburger Front (NSDAP – DNVP)	*18,4*	*25,8*	*43,9*	*42,3*
Hitler-Kaas (Zentrum – BVP – NSDAP)	*18,4*	*33,6*	*53,8*	*48,8*
Brüning-Block (Zentrum, BVP, DDP, SPD, DVP, WP, gemäßigte Rechte)	*89,2*	*56,15*	*42,7*	*39,55*
Große Koalition (SPD, DDP, Zentrum, BVP, DVP)	*61,2*	*50,4*	*39,6*	*38,2*
Weimarer Koalition (SPD, DDP, Zentrum)	*48,6*	*40,0*	*34,9*	*33,05*
Linksparteien (SPD – KPD)	*42,0*	*38,1*	*36,5*	*37,8*
Negative Kooperation der totalitären Parteien (NSDAP – KPD)	*13,5*	*31,9*	*52,5*	*50,7*

Ideologische Gruppierungen (in Prozent der Reichstagssitze)

	Parteien	*Mai 1928*	*Sept. 1930*	*Juli 1932*	*Nov. 1932*
Demokratie	*SPD, Zentrum – BVP, Staatspartei – Wirtschaftspartei*	*56,7*	*47,3*	*38,8*	*36,6*
Faschismus	*NSDAP*	*2,5*	*18,5*	*37,8*	*33,6*
Kommunismus	*KPD*	*11,0*	*13,3*	*14,6*	*17,1*
Konservativ-autoritär-monarchistisch	*DNVP, DVP, Splitter*	*29,4*	*20,8*	*8,5*	*12,7*

Karl Dietrich Bracher, Die Aufösung der Weimarer Republik, Droste, Düsseldorf 1978, S. 565

Millionen RM für staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereit. 700 Millionen RM sollten in Form von beleihbaren Steuergutscheinen in die Unternehmen fließen und der Finanzierung von Investitionen und Neueinstellungen dienen. Mit weiteren Steuergutscheinen im Umfang von 1,5 Milliarden RM sollten die Betriebe in den kommenden Jahren einen Teil ihrer Steuern und Zölle bezahlen können. Unternehmen, die Arbeitslose einstellten, durften die Tariflöhne teilweise um bis zu 20 Prozent unterschreiten. Die staatliche Zwangsschlichtung war bereits am 15. Juni 1932 abgeschafft worden. Insgesamt bedeuteten diese Maßnahmen (die zunächst eher zur Längerbeschäftigung von Kurzarbeitern als zu Neueinstellungen führten) den vorsichtigen Übergang zu einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Papens Programm fand große Zustimmung in der Industrie, während die geplanten Tarifunterschreitungen bei Gewerkschaften und Arbeitnehmern auf heftige Kritik stießen.

Vom 3. bis 7. November kam es bei den Berliner Verkehrsbetrieben zu einem „wilden" Streik, der den gesamten öffentlichen Nahverkehr der Hauptstadt lahmlegte. Organisiert wurde er von Kommunisten und Nationalsozialisten (zum Teil gemeinsam!). Auseinandersetzungen mit der Polizei forderten drei Tote.

Aus dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November 1932 schöpften die Demokraten erstmals wieder Hoffnung. Zwar erzielte die KPD wiederum einen beträchtlichen Stimmenzuwachs auf Kosten der SPD und brachte es auf 100 Mandate; auch war die Lage der bürgerlichen Mittelparteien (mit Ausnahme des Zentrums) weiterhin desolat; aber im rechten Lager gab es eine beträchtliche Veränderung. Die „Papen-Parteien" DVP und DNVP verzeichneten leichte Gewinne, während die NSDAP erstmals seit 1928 Verluste hinnehmen musste: Sie verlor gut zwei Millionen Stimmen (4,2 Prozent) bzw. 34 Mandate. Die nationalsozialistische Welle hatte ihren Höhepunkt erreicht und begann wieder abzuflauen – so urteilte die seriöse Presse. In der Tat setzte sich der Abwärtstrend der NSDAP am 4. Dezember bei den Kommunalwahlen in Thüringen fort.

Wo lagen die Ursachen für die Stimmenverluste der NSDAP? Offenbar war ein Teil ihrer Wählerschaft mit Hitlers erfolgloser Alles-oder-nichts-Strategie und mit der punktuellen Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD unzufrieden. Darüber hinaus hatte Hitlers öffentliche Solidarisierung mit brutalen Mördern auf rechtsstaatlich gesinnte Bürger abstoßend gewirkt. Am 10. August 1932 hatten fünf angetrunkene SA-Leute im oberschlesischen Dorf Potempa einen KPD-nahen Arbeitslosen brutal getötet. Als die Täter am 22. August zum Tode verurteilt wurden, schickte Hitler ihnen ein Telegramm: „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre, der Kampf gegen eine Regierung, unter der dieses möglich war, unsere Pflicht!" Papen, der als Reichskommissar in Preußen auch das Begnadigungsrecht ausübte, wandelte am 2. September das Todesurteil in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe um. Im März 1933 wurden die Täter auf freien Fuß gesetzt.

Rücktritt der Regierung Papen

Am 17. November 1932 trat die Regierung Papen zurück, blieb jedoch geschäftsführend im Amt. Ihre politische Lage war aussichtslos geworden. Auch der neue Reichstag würde ihr das Misstrauen aussprechen oder ihre Notverordnungen aufheben. Schließlich wurde im Kabinett ein „Kampfplan" erwogen: Auflösung des Reichstages ohne Neuwahlen, Ausschaltung der Parteien mit Hilfe von Polizei und Reichswehr, autoritärer Umbau der Verfassung und spätere Billigung dieser Maßnahmen durch eine Volksabstimmung oder eine Nationalversammlung. Hindenburg gefiel der Plan; er akzeptierte aber Schleichers Warnung vor einem Bürgerkrieg. Am 21./22. November bot er Hitler die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung an; der NSDAP-Führer forderte jedoch erneut die Präsidialkanzlerschaft, die ihm Hindenburg abermals verweigerte. In einem Brief an Staatssekretär Meissner vom 23. November 1932 skizzierte Hitler unverblümt seine politischen Absichten: „Es ist daher in der

Zukunft die Aufgabe eines Kanzlers, der […] die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Vorgehens als gefährliche Hemmung ansieht, sich eine Mehrheit für ein aufgabenmäßig begrenztes und zeitlich fixiertes Ermächtigungsgesetz zu sichern. Die Aussicht auf den Erfolg eines solchen Versuchs wird umso größer sein, je autoritärer auf der einen Seite die Position dieses Mannes ist und je schwerer auf der anderen die […] schon in seinen Händen befindliche parlamentarische Macht in die Waage fällt." Am 2. Dezember entließ Hindenburg die Regierung mit großem Bedauern und ernannte Schleicher zum neuen Reichskanzler. Papen blieb aber ein enger Vertrauter des Reichspräsidenten.

Reichskanzlerschaft Schleichers

Schleicher behielt auch als Kanzler das Amt des Reichswehrministers und tauschte lediglich zwei Minister aus. Mit der Ernennung eines „Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung" setzte er jedoch einen arbeitnehmerfreundlichen Akzent. Dies veranlasste den Reichstag, der vorläufig keine erneute Auflösung befürchten musste, auf ein sofortiges Misstrauensvotum zu verzichten. Vom 6. bis 9. Dezember 1932 beschloss er die Aufhebung der von Papen ermöglichten Tarifunterschreitungen sowie eine dem sozialen Frieden dienliche Amnestie für politische Straftaten, ausgenommen für Tötungsdelikte. Außerdem änderte er Artikel 51 WV dahingehend, dass künftig nicht der Reichskanzler, sondern der Präsident des Reichsgerichts den Reichspräsidenten vertrat. Starb der greise Hindenburg, so sollte Schleicher nicht die drei mächtigsten Staatsämter auf sich vereinigen. Danach vertagte sich das Parlament.

Scheiternde Bündnispläne

Mit seiner Regierungserklärung vom 15. Dezember 1932 sorgte Schleicher für eine Überraschung, indem er sich vom Kapitalismus ebenso distanzierte wie vom Sozialismus. Er sei der „überparteiliche Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten", ein „sozialer General". Er kenne nur ein Ziel: „Arbeit schaffen!" Senkungen der Arbeitseinkommen werde es nicht geben. Im Rahmen einer „Winterhilfe" sollten Fleisch und Kohle billiger werden (was einer Forderung der SPD entsprach). Mit „allen gutwilligen Kräften" im Parlament wolle er zusammenarbeiten. Der Drahtzieher der „Kamarilla" war offenbar zu der Einsicht gelangt, dass die bisherige Regierungsweise mit dem Artikel 48 WV in eine Sackgasse geführt hatte. Stabile autoritäre Verhältnisse hatten sich nicht eingestellt. Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Präsidialkabinette war bei den in immer kürzeren Abständen abgehaltenen Reichstagswahlen allein der NSDAP und der KPD – zuletzt sogar nur noch den Kommunisten – zugute gekommen.

Deshalb warb Schleicher jetzt bei den Arbeitnehmerflügeln von SPD, Zentrum, DNVP und NSDAP um eine parlamentarische (Tolerierungs-)Basis in Form einer „Querfront". Dafür stellte er eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Arbeitern, Angestellten und Beamten in Aussicht. Hinsichtlich der Nationalsozialisten lief dieser Vorstoß auf eine Abspaltung ihres „linken" Flügels um den Reichsorganisationsleiter und „zweiten Mann" der NSDAP, Gregor Strasser, hinaus. Tatsächlich war Strasser dazu bereit, als Vizekanzler in die Regierung Schleicher einzutreten. Als Hitler jedoch – mit großer Mühe – die Mehrheit der Parteifunktionäre hinter sich brachte, musste Strasser am 8./9. Dezember 1932 von allen Ämtern zurücktreten.

Auch bei den Gewerkschaften aller Richtungen hatte die „Querfront" Interesse geweckt. Aber die SPD, die Schleicher stark misstraute, brachte den ADGB Anfang Januar 1933 von einer Zusammenarbeit mit dem General ab. Dabei vertieften sich die bereits in der Frage der Arbeitsbeschaffungspolitik eingetretenen politischen Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften (siehe S. 60). Die Linke war jetzt gewissermaßen doppelt gespalten und demzufolge noch mehr geschwächt.

Den großagrarischen Reichslandbund enttäuschte Schleicher, indem er nur die Milchwirtschaft förderte: Per Notverordnung vom 23. Dezember 1932 wurden die Hersteller von Margarine zur Beimischung von Butter gezwungen. Es folgten heftige Proteste: Kritisierten SPD und Gewerkschaften die absehbare Verteuerung des billigen pflanzlichen Grundnahrungsmittels, so bemängelten RDI und DVP die Bevorzugung der Landwirtschaft und fürchteten Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Allgemein begrüßt wurde dagegen ein außenpolitischer Fortschritt: Am 11. Dezember 1932 erkannten die USA, Großbritannien, Frankreich und Italien Deutschlands militärische Gleichberechtigung im Grundsatz an – nach der Lösung des Reparationsproblems zeichnete sich eine weitere Teilrevision des Versailler Vertrages ab.

Den breiten Protesten gegen seine Margarineverordnung zufolge musste Schleicher bei der nächsten Reichstagssitzung Anfang Januar mit einem Misstrauensvotum rechnen. Jetzt wollte er denselben verfassungswidrigen Weg beschreiten, den er Papen noch verbaut hatte. Unter strenger Geheimhaltung ließ Schleicher eine Serie von Notverordnungen für den „Staatsnotstand" vorbereiten: Reichstagsauflösung ohne Neuwahl; Verhängung des Ausnahmezustandes und Übertragung der vollziehenden Gewalt auf die Reichswehr im Falle eines Generalstreiks; Streikverbot für den öffentlichen Dienst sowie für lebenswichtige Betriebe unter Androhung harter Strafen; Unterdrückung der Gewerkschaften; Verstärkung des Katastrophenschutzverbandes „Technische Nothilfe", einer bewährten Streikbrecherorganisation. Dies alles lief auf eine befristete Militärdiktatur bis zum Abflauen der Wirtschaftskrise und des politischen Extremismus hinaus.

Ob das die letzte Chance der Weimarer Republik war, Hitler zu vermeiden, ist unter Historikern umstritten und wegen der schillernden, politisch fragwürdigen Figur Schleicher zumindest zweifelhaft. Der Reichspräsident lehnte den Staatsnotstandsplan ab, denn er wollte keine Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen Amtsmissbrauchs riskieren. Auch eine Reichstagsauflösung mit verfassungsgemäßer Neuwahl (sie hätte der NSDAP – ohne den Kanzlerbonus – weitere Verluste beschert) genehmigte er nicht. Am 28. Januar 1933 blieb Schleicher nur noch der Rücktritt. Letztlich scheiterte er an den politischen Folgen des Präsidialregimes, das er selbst in hohem Maße mitzuverantworten hatte. Sein Nachfolger stand schon kurz vor der Ernennung: Adolf Hitler, der die „Querfront"-Strategen Schleicher und Strasser 1934 ermorden ließ.

Regierungsübertragung auf die NSDAP

„Das Jahr 1932 war eine ewige Pechsträhne“, schrieb Joseph Goebbels am 25. Dezember 1932 in sein (1934 veröffentlichtes) Tagebuch, „man muss es in Scherben schlagen [...]. Die Zukunft ist dunkel und trübe; alle Aussichten vollends entschwunden.“ Nach drei großen Anläufen – Reichspräsidentenwahl im April, Reichstagswahlen im Juli und November – stand die NSDAP wegen Hitlers Alles-oder-nichts-Politik noch immer vor den Toren der Macht. Ihr Massenanhang hatte abzubröckeln begonnen; die Parteikasse war leer. Schleichers Spaltungsversuch und Gregor Strassers Rücktritt hatten die NSDAP so schwer erschüttert, dass Hitler sich vorübergehend mit Selbstmordgedanken trug. Goebbels besaß also allen Grund zum Pessimismus. Nur fünf Wochen später jedoch, am 30. Januar 1933, notierte er begeistert: „Es ist fast wie ein Traum. Die Wilhelmstraße gehört uns. Der Führer arbeitet bereits in der Reichskanzlei.“ Diese erstaunliche Wendung lässt sich nur erklären, wenn man die Ziele und Aktivitäten derjenigen Teile der Eliten in Militär, Bürokratie und Wirtschaft in den Blick nimmt, die sich 1932/33 für Hitler einsetzten.

Befürworter Hitlers

Einzelne Schwerindustrielle wie Emil Kirdorf (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat) und Fritz Thyssen (Vereinigte Stahlwerke) unterstützten bereits seit 1927 bzw. 1929 die NSDAP. Am 27. Januar 1932 hielt Hitler im Düsseldorfer Industrie-Club einen Vortrag, mit dem er die meisten anwesenden Wirtschaftsvertreter stark beeindruckte.

Denn er verglich die auf das Privateigentum gegründete freie Unternehmerinitiative in der Wirtschaft mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip in der Politik und führte beide auf das Leistungsprinzip zurück. Den Zuhörern wurde klar, dass die „sozialistischen“ Forderungen im Parteiprogramm der NSDAP von 1920 (Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Großbetrieben, Bodenreform, Kommunalisierung der Warenhäuser) lediglich die Partei auch für Arbeiter und kleine Mittelständler wählbar machen sollten, während Hitler in Wirklichkeit nicht daran dachte, die Stellung der Unternehmer oder gar das Privateigentum an Produktionsmitteln anzutasten. Seither flossen der NSDAP auch von dieser Seite erhebliche Spenden zu.

Hitler und seine Vertrauten Hermann Göring und Heinrich Himmler bemühten sich um gute Beziehungen zu Unternehmerkreisen, weil sie wussten, dass die NSDAP ohne Zustimmung zumindest eines Teils der Wirtschaft nicht an die Macht gelangen konnte. Ihre Kontakte führten im Juni 1932 zur Bildung zweier Arbeitsstäbe, in denen einige einflussreiche Bankiers, Industrielle und Großagrarier als wirtschaftspolitische Berater der NSDAP mitarbeiteten: Der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht leitete die nach ihm benannte „Arbeitsstelle Dr. Schacht“,



ullstein bild

Hitler (vorne links) kurz vor seiner Rede im Düsseldorfer Industrie-Club 1932. Rechts hinter ihm Hermann Göring, am Mikrofon der Großindustrielle und zeitweilige Finanzier der NSDAP Fritz Thyssen


Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl


Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl


Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

Wirtschaftsführer im Gespräch mit der NSDAP. Linkes Bild (v.l.): Josef Goebbels und Fritz Thyssen. Mittleres Bild (v.l.): Carl F. von Siemens, Bankier Otto Fischer, Hjalmar Schacht. Rechtes Bild (v.l.): Wilhelm Keppler, Wirtschaftsreferatsleiter im Auswärtigen Amt Karl Ritter, Agrarpolitiker Walther Darré und Kurt Freiherr von Schröder

der Chemie-Industrielle Wilhelm Keppler den „Studienausschuss für Wirtschaftsfragen". Vor allem der „Keppler-Kreis" bildete im Herbst und Winter 1932 die „Keimzelle für wichtige Grundsatzentscheidungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, und zwar im Sinne der Großwirtschaft" (Dirk Stegmann).

Als das Institut für Konjunkturforschung Ende Oktober erste Anzeichen für eine konjunkturelle Besserung meldete und die NSDAP bei der Novemberwahl erhebliche Verluste erlitt, schien eine Regierung Hitler in weite Ferne zu rücken. Dies veranlasste 22 NSDAP-nahe Vertreter von Schwerindustrie, Großlandwirtschaft, Handel, Schifffahrt und Banken (darunter acht Mitglieder des Keppler-Kreises) am 19. November 1932 zu einer Eingabe an den Reichspräsidenten. Darin forderten sie, endlich „dem Führer der größten nationalen Gruppe" die „Leitung eines mit den besten sachlichen und personellen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts" zu übertragen. Die Eingabe blieb jedoch erfolglos.

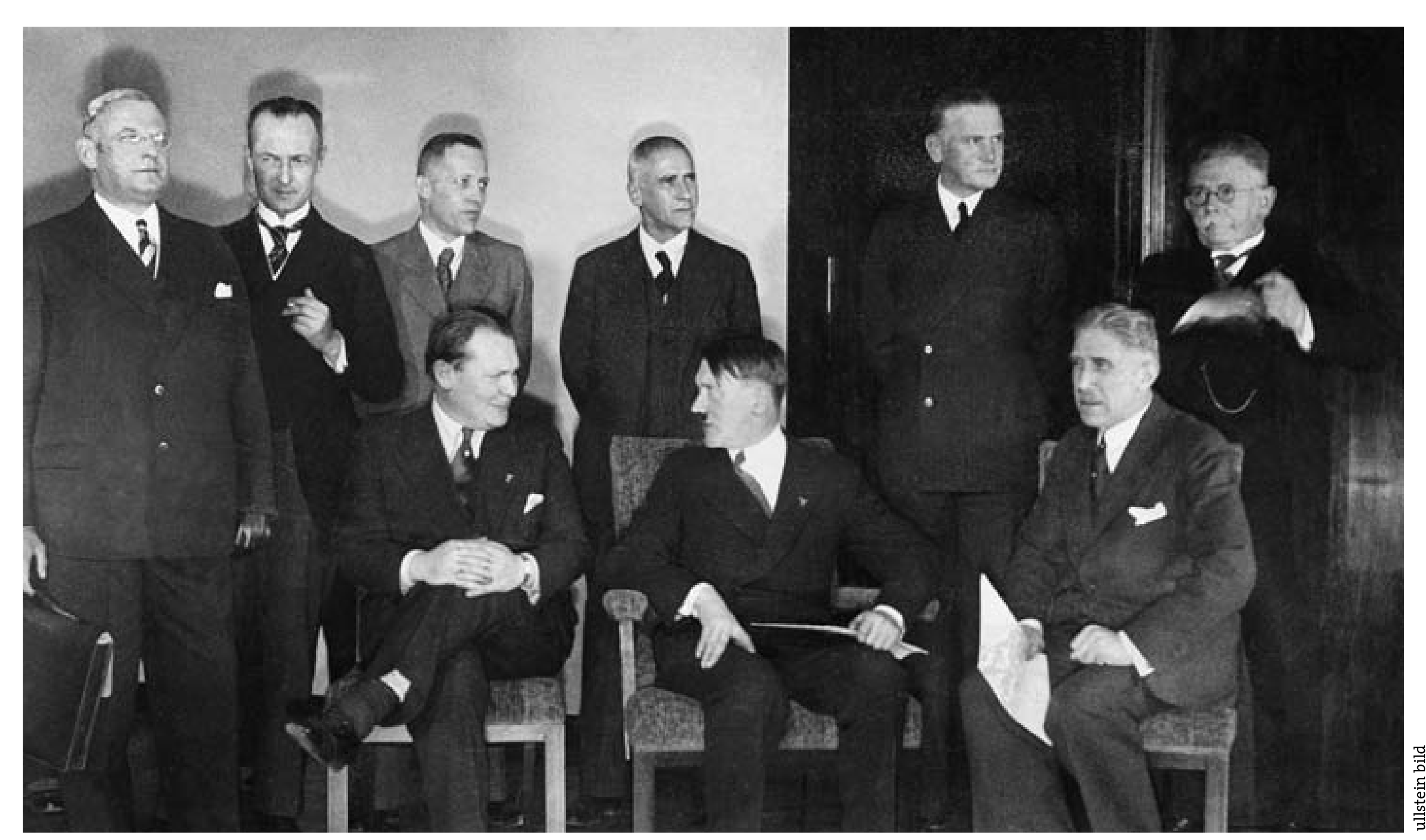
Im Dezember 1932 alarmierte Schleichers „Querfront"–Politik vollends diejenigen nationalkonservativen Kreise in Wirtschaft, Militär und Bürokratie, die glaubten, ihre antidemokratisch-monarchistischen Ziele nur noch mit Hilfe der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen zu können. Schleicher wirkte auf sie wie ein verkappter „Sozialist in Generalsuniform" (Eberhard Kolb). Dass Hitler keine Monarchie, sondern einen „Führerstaat" anstrebte, und dass auch er sozialpolitische Interessen der Arbeitnehmer nicht gänzlich ignorieren konnte, nahmen sie in Kauf. Sie glaubten, die NSDAP so „einrahmen" und „zähmen" zu können, dass sie im Sinne ihrer konservativen Bündnispartner regieren und sich selbst dabei politisch „abnutzen" musste.

Bündnis zwischen Papen und Hitler

Hitlers Fürsprecher besaßen keinen direkten Zugang zum Reichspräsidenten. Dieses Problem lösten sie mit Hilfe Papens, der als einziger in der Lage war, Hindenburgs Misstrauen gegenüber Hitler zu zerstreuen. Trotz seiner schlechten Erfahrungen mit dem NSDAP-Führer wechselte Papen nach dem Ende seiner Kanzlerschaft in das Lager der Hitler-Befürworter, weil er darin eine Chance sah, in die Regierung zurückzukehren. Umgekehrt überwand Hitler jetzt seine Abneigung gegen Papen, da er erkannte, dass sich die NSDAP in einer desolaten Lage befand und er taktische Kompromisse machen musste, wenn er noch an die Macht gelangen wollte.

Mitte Dezember 1932 bot der Kölner Bankier Kurt Freiherr von Schröder, Mitglied des „Keppler-Kreises" und der „Arbeitsstelle Dr. Schacht", Papen die Vermittlung eines Gesprächs mit Hitler an. Am 4. Januar 1933 trafen sich Papen und Hitler in Schröders Privathaus zu einer Unterredung, die als „Geburtsstunde des Dritten Reiches" (Karl Dietrich Bracher) gelten kann. Denn wie Schröder 1947 im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess eidesstattlich erklärte, erzielten der NSDAP-Führer und der Hindenburg-Vertraute „ein prinzipielles Abkommen" über Personal und Politik einer Regierung Hitler-Papen-Hugenberg (letzterer musste dafür erst noch gewonnen werden), die möglichst schnell das Kabinett Schleicher ablösen sollte. Als Reichskanzler wollte Hitler unter anderem für „die Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen" und für die „Wiederherstellung der Ordnung im öffentlichen Leben" sorgen. Papen sollte Vizekanzler werden. Einzelheiten sollten in weiteren Besprechungen geklärt werden.

Folgt man Schröder, so zielten zu diesem Zeitpunkt die „allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft" auf einen „starken Führer", der dauerhaft regieren, ihnen die „Angst vor dem Bolschewismus" nehmen und eine „beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland" schaffen sollte. Auch seien von ihm umfangreiche Staatsaufträge erwartet worden. Demgegenüber hat die neuere historische Forschung ergeben, dass Ende 1932/Anfang 1933 keineswegs die gesamte Wirtschaft hinter Hitler stand. Während sich große Teile der besonders krisengeschüttelten Schwerindustrie an Rhein und Ruhr (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung) der NSDAP zuwandten, stimmten die übrigen Industrien (Maschinenbau, Elektrotechnik, Optik, Chemie, Pharmazie und andere) weitgehend der Po-



ullstein bild

Mitglieder des ersten Kabinetts Hitler am 30. Januar 1933. Sitzend (v. l. n. r.): Hermann Göring, Adolf Hitler, Franz von Papen. Stehend (v. l. n. r.): Franz Seldte, Günther Gereke, Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Wilhelm Frick, Werner von Blomberg, Alfred Hugenberg

litik des Reichskanzlers Papen zu. Auch die Banken nahmen keine einheitliche Haltung ein. Hitlers Ernennung zum Regierungschef erfolgte also „bei gespaltener Industriefront" (Reinhard Neebe).

Sondierungsgespräche

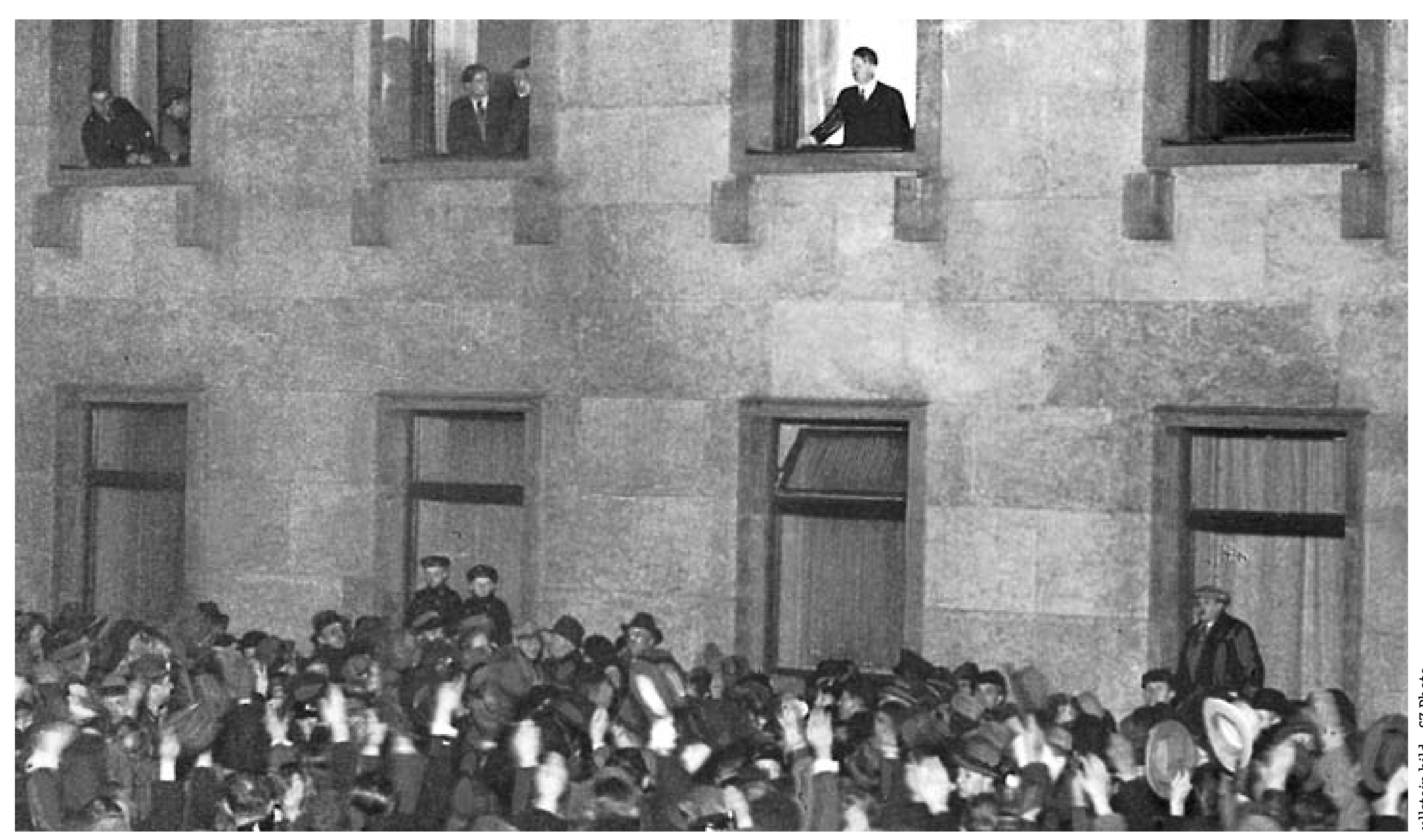
Am 9. Januar 1933 erteilte Hindenburg (hinter dem Rücken des Kanzlers Schleicher) Papen die Genehmigung, Verhandlungen über eine von ihm geführte Regierung unter Beteiligung der NSDAP aufzunehmen. In diversen Sondierungsgesprächen, unter Mitwirkung einiger Industrieller, kam es in dem machtstrategischen Dreieck NSDAP – Papen/Hindenburg/„Kamarilla" – DNVP/Stahlhelm schrittweise zu einer politischen Verständigung. Gleichzeitig wandten sich immer mehr Personen, die Hindenburg persönlich schätzte – darunter der ehemalige Kronprinz Wilhelm, Gutsnachbar Oldenburg-Januschau und der alte Regimentskamerad General Werner von Blomberg – an den Reichspräsidenten und empfahlen ihm die Bildung einer von Hitler geführten Regierung aus Stahlhelm, DNVP und NSDAP.

Strittig zwischen NSDAP und DNVP blieb Hitlers Forderung nach einem nationalsozialistischen Reichskommissar im preußischen Innenministerium (um die preußische Polizei zu kontrollieren) und nach Reichstagsneuwahlen im Anschluss an die Regierungsbildung (um mit dem Kanzlerbonus eine Mehrheit für das geplante „Ermächtigungsgesetz" zu erhalten). Währenddessen wurde Schleichers politische Stellung immer schwächer: Da er im Osten ähnliche Siedlungspläne wie Brüning hegte, geriet er in Konflikt mit Hindenburg und verlor die parlamentarische Unterstützung der DNVP; am 28. Januar musste er zurücktreten. Der Reichspräsident erwog jetzt ernsthaft eine Kanzlerschaft Hitlers; seine Bedingung, Blomberg müsse Reichswehrminister werden, war dem NSDAP-Führer nur recht, denn der General stand (ohne Hindenburgs Wissen) schon seit längerem den Nationalsozialisten nahe.

Hitler wird Reichskanzler

Am Vormittag des 29. Januar 1933 einigten sich Hitler, Göring und Papen darauf, dass Papen Reichskommissar für Preußen, Göring kommissarischer preußischer Innenminister werden sollte. Der frühere thüringische NSDAP-Minister Wilhelm Frick war als Reichsinnenminister vorgesehen. Am Nachmittag sprach Papen mit Hugenberg und den Stahlhelm-Führern Seldte und Duesterberg. Hugenberg war noch immer gegen Neuwahlen; aber das Angebot Hindenburgs, Doppelminister für Wirtschaft und Landwirtschaft im Reich und in Preußen zu werden, fand er verlockend. Seldte wünschte sich das Arbeitsministerium; Duesterberg blieb distanziert. Nachdem auch mehrere Mitglieder des Schleicher-Kabinetts ihre Mitarbeit angeboten hatten, war die Ministerliste fast komplett.

Zwei Ereignisse beschleunigten die Entwicklung. Zum einen wünschte Hindenburg eine rasche Regierungsbeteiligung der Zentrumspartei, damit diese nicht länger im Haushaltsausschuss die Untersuchung des peinlichen „Osthilfe-Skandals" forcierte. Ostelbische Gutsbesitzer, darunter Hindenburgs Freund Oldenburg-Januschau, hatten offenbar mehr wirtschaftliche Subventionen erhalten, als ihnen zustanden, und diese zum Teil für private Zwecke



ullstein bild – SZ Photo

Der Abend der Vereidigung: Adolf Hitler lässt sich an einem Fenster der Reichskanzlei von seinen Anhängern feiern.

ausgegeben. Mit der Zusicherung, den Eintritt des Zentrums in eine parlamentarische Mehrheitsregierung Hitler-Papen-Hugenberg (ohne den Artikel 48 WV) anzustreben, kam Papen Hindenburgs Vorstellungen entgegen und zerstreute zugleich dessen letzte Bedenken gegen Hitlers Kanzlerschaft. Für die Zentrumspartei wurde das Justizressort offen gehalten.

Zum anderen führten am Abend des 29. Januar 1933 verbreitete Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch Schleichers dazu, dass der am nächsten Morgen in Berlin eintreffende designierte Reichswehrminister Blomberg sofort zu Hindenburg gebracht und noch vor dem Reichskanzler vereidigt wurde – ein verfassungswidriger Vorgang.

Die künftigen Regierungsmitglieder waren um 10.45 Uhr zum Reichspräsidenten bestellt. Noch immer wehrte sich Hugenberg gegen eine Reichstagsauflösung. Papen verwies eindringlich auf den (angeblich) drohenden Militärputsch; Hitler versprach, auch nach Neuwahlen keinen Minister zu entlassen. Hugenberg blieb bei seinem Nein, ging aber doch mit den anderen mit, als Meissner drängte, man könne den Reichspräsidenten nicht länger warten lassen. Um 11 Uhr leisteten Hitler, Göring und Frick, Papen, Hugenberg, Seldte und weitere vier (parteilose) konservative Minister den Amtseid auf die Weimarer Verfassung.

Oberflächlich betrachtet waren die drei Nationalsozialisten in der Regierung tatsächlich „eingerahmt“: durch den Reichspräsidenten, Vertreter des Stahlhelm (Seldte), der DNVP (Hugenberg) und durch die parteilosen Fachminister. Aber die NSDAP besaß strategisch wichtige Schlüsselstellungen: Reichskanzler Hitler leitete die Kabinettssitzungen und bestimmte die „Richtlinien der Politik“ (Art. 56 WV), Innenminister Frick war unter anderem für die Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen bzw. Notverordnungen zur inneren Sicherheit (zum Beispiel Zeitungs-, Versammlungs- und Parteienverbote) zuständig. Dem Minister ohne Geschäftsbereich Göring unterstand als Reichskommissar das preußische Innenministerium – und demzufolge die größte deutsche Landespolizei. Hinzu kam die NSDAP-Nähe des Reichswehrministers von Blomberg. Es zeugt daher von einem beträchtlichen Realitätsverlust, wenn Papen gegenüber einem konservativen Kritiker äußerte: „Was wollen Sie denn? Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler so in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.“

Tatsächlich konnte die NSDAP ihre „Einrahmung“ schon am nächsten Tag durchlöchern, als Reichskanzler Hitler die ihm auferlegten Verhandlungen mit dem Zentrumsführer Kaas mit seiner unannehmbaren Forderung nach einer einjährigen Vertagung des Reichstages absichtlich zum Scheitern brachte. Danach bat er Hindenburg um Auflösung des Parlamentes, da er mit dem gegenwärtigen Reichstag nicht regieren könne. Der Präsident möge sich keine Sorgen machen – diese Neuwahlen, so versprach er doppeldeutig, würden „die letzten“ sein. Hindenburg stimmte zu und erteilte am 1. Februar 1933 die Auflösungsorder.

Ohnmacht der Hitler-Gegner

Die Gegner der NSDAP waren über Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bestürzt, aber eine gemeinsame Aktion brachten sie nicht zustande. Die KPD rief zum Generalstreik auf und schlug der SPD die Bildung einer „Einheitsfront“ vor. Doch die Sozialdemokraten sahen auch jetzt



bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer / Willy Römer

Das Ende der Meinungsfreiheit: Auf der letzten Kundgebung der Eisernen Front am 7. Februar 1933 im Berliner Lustgarten spricht der SPD-Vorsitzende Otto Wels. Drei Monate später wird der republikanische Zusammenschluss zerschlagen.

Die Weimarer Republik aus der Sicht der Geschichtswissenschaft

[...] Die Historiker sind sich heute zumindest darin einig, dass das Scheitern der Republik und die nationalsozialistische „Machtergreifung" nur durch die Aufhellung eines sehr komplexen Ursachengeflechts plausibel erklärt werden können. Dabei sind vor allem folgende Determinanten zu berücksichtigen: institutionelle Rahmenbedingungen, etwa die verfassungsmäßigen Rechte und Möglichkeiten des Reichspräsidenten, zumal beim Fehlen klarer parlamentarischer Mehrheiten; die ökonomische Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf die politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse; Besonderheiten der politischen Kultur in Deutschland (mitverantwortlich zum Beispiel für die Republikferne der Eliten, die überwiegend der pluralistisch-parteienstaatlichen Demokratie ablehnend gegenüberstanden); Veränderungen im sozialen Gefüge, beispielsweise Umschichtungen im „Mittelstand" mit Konsequenzen, unter anderem für politische Orientierung und Wahlverhalten mittelständischer Kreise; ideologische Faktoren (autoritäre Traditionen in Deutschland; extremer Nationalismus, verstärkt durch Kriegsniederlage, Dolchstoß-Legende und Kriegsunschuldspropaganda; „Führererwartung" und Hoffnung auf den „starken Mann", wodurch einem charismatischen Führertum wie dem Hitlers der Boden bereitet wurde); massenpsychologische Momente, zum Beispiel Erfolgschancen einer massensuggestiven Propaganda infolge kollektiver Entwurzelung und politischer Labilität breiter Bevölkerungssegmente; schließlich die Rolle einzelner Persönlichkeiten an verantwortlicher Stelle, in erster Linie zu nennen sind hier Hindenburg, Schleicher, Papen.

Die Antwort, die auf die Frage nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Ermöglichung Hitlers gegeben wird, hängt in ihrer Nuancierung wesentlich davon ab, wie die verschiedenen Komponenten gewichtet und dann zu einem konsistenten Gesamtbild zusammengefügt werden, denn Gewichtung und Verknüpfung sind nicht durch das Quellenmaterial in einer schlechthin zwingenden Weise vorgegeben, sie bilden die eigentliche Interpretationsleistung des Historikers. [...]

Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, Oldenbourg, München 2002, S. 250 f.

[...] Woran ist also Weimar gescheitert? Die Antwort ist nicht mit letzter wissenschaftlicher Präzision zu geben, aber einiges lässt sich doch ausmachen: die wichtigsten Gründe liegen auf dem Feld der Mentalitäten, der Einstellungen und des Denkens. In der Mitte des Ursachenbündels finden sich eine Bevölkerungsmehrheit, die das politische System von Weimar auf die Dauer nicht zu akzeptieren bereit war, sowie Parteien und Verbände, die sich den Anforderungen des Parlamentarismus nicht gewachsen zeigten. Die Ursachen für diese Defekte dürften überwiegend in langfristigen, aus den besonderen Bedingungen der preußisch-deutschen Geschichte zu erklärenden Zusammenhängen zu suchen sein, verstärkt durch die Entstehungsbedingungen des Weimarer Staatswesens und seiner außenpolitischen Belastungen. Die Übertragung dieser ungünstigen Gruppenmentalitäten auf das Weimarer Regierungssystem wurde durch den Wahlrechtsmodus erheblich begünstigt. [...] Die antirepublikanischen Tendenzen in Armee, Bürokratie und Justiz waren grundsätzlich beherrschbar, eine Frage des Machtbewusstseins von Parteien und Regierung. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren hauptsächlich langfristig wirksam, indem sie auf die Mentalitäten von Bevölkerung und einzelnen Gruppen einwirkten; aktuelle ökonomische Krisen verstärkten die destabilisierenden Momente, verursachten sie aber nicht.

Lapidar lässt sich also schließen: Bevölkerung, Gruppen, Parteien und einzelne Verantwortliche haben das Experiment Weimar scheitern lassen, weil sie falsch dachten und deshalb falsch handelten. [...]

Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917-1933, Siedler Verlag / Random House, Berlin 1994, S. 425

keine Basis für eine Zusammenarbeit – frühere kommunistische Einheitsfrontangebote hatten stets das erklärte Ziel verfolgt, die sozialdemokratischen Arbeiter von ihrer „sozialfaschistischen“ Führung zu trennen; auch kämpfte die KPD nach wie vor für ein „Sowjetdeutschland“. Die SPD beschränkte sich darauf, ihre Mitglieder und Anhänger zur Bewahrung von „Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin und Einigkeit“ aufzurufen und die neue Regierung vor Verfassungsbrüchen zu warnen.

Für die Gewerkschaften kam ein Generalstreik so wenig infrage wie im Juli 1932. Von der Zentrumspartei, die ja Koalitionen mit der NSDAP durchaus wünschte, war Widerstand nicht zu erwarten. Die bürgerlich-liberalen Parteien spielten aufgrund ihrer Schwäche kaum noch eine Rolle.

Vor allem zahlte sich jetzt Hitlers Legalitätstaktik aus. Die NSDAP hatte die politische Macht nicht erobert, sondern sie war ihr, scheinbar verfassungskonform, in die Hände gelegt worden. Stattgefunden hatte keine „Machtergreifung“, wie die NS-Propaganda später prahlte, sondern eine begrenzte Machtübertragung, nämlich die Beauftragung Hitlers mit der Führung einer parlamentarischen Regierung. Wenn es der NSDAP gelang, binnen eineinhalb Jahren ihre Gegner auszuschalten, ihre Koalitionspartner abzuschütteln und einen diktatorischen „Führerstaat“ zu errichten, so vor allem deshalb, weil sie – im Sinne der Lehren des „Preußenschlages“ – diesen Prozess als eine „legale Revolution“ inszenierte: nämlich als „tiefgreifende Änderung aller Dinge“, die aber „im Rahmen von Recht und Verfassung“ erfolgte – freilich kombiniert mit kaum verhülltem Terror. Das hat „jeden Widerstand rechtlicher, politischer oder auch geistiger Art so schwierig, ja – wie viele meinen – praktisch fast unmöglich gemacht“ (Karl Dietrich Bracher). Denn wer die Entwicklung zur Diktatur aufhalten wollte, musste sich in die Illegalität begeben – das schreckte ab. Als aber das „Dritte Reich“ errichtet war und die Unmenschlichkeit seiner Herrschaftsziele und -methoden alles Dagewesene in den Schatten stellte, war es für einen breiten, erfolgreichen Widerstand zu spät.

[...] Die Reichstagswahl im Mai 1928 schien die Konsolidierung der Republik zu bestätigen. Allerdings bezahlten alle bürgerlichen Parteien ihre zeitweilige Regierungsbeteiligung mit Wählerverlusten, und in allen kam es daraufhin zu einer Kräfteverschiebung nach rechts. In der DNVP setzte sich der radikale, strikt antiparlamentarische alldeutsche Flügel durch. Auch die Haltung der Unternehmerverbände verhärtete sich wieder.

Doch erst unter dem Druck der beginnenden Weltwirtschaftskrise fielen jene fatalen politischen Entscheidungen, durch die sich die offene Situation immer mehr zu einer schlechten, wenn auch bis zum Ende nie aussichtslosen Zukunftsperspektive für die Republik verengte. Erst jetzt entstand jenes Machtvakuum, das die Verächter der Demokratie in der Umgebung des Reichspräsidenten für ihre Zwecke ausnutzen konnten. Der NSDAP gelang ihr grandioser Aufstieg von der politischen Sekte zur mächtigen „Volkspartei des Protests“ vor allem aus zwei Gründen: Die eine Ursache war, daß breite Bevölkerungsschichten den Staat für die Verletzung ihrer elementaren Interessen verantwortlich machten, die soziale Gerechtigkeit grob mißachtet sahen und sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlten. Dazu kam als zweite Ursache, daß die politischen und gesellschaftlichen Eliten die rechtsradikalen Staatsfeinde in Dienst zu stellen hofften, statt sie energisch zu bekämpfen. Bereits in der Agrarkrise der späten zwanziger Jahre zeichnete sich ab, daß die politische Mobilisierung der empörten Landbewohner überwiegend der NSDAP zugute kam. In der Weltwirtschaftskrise bestätigte sich dieser Trend in den Städten. Je mehr sich die sozialen Spannungen verschärften, desto attraktiver wurden die ideologischen Angebote der NSDAP: Wiederherstellung der „Volksgemeinschaft“ unter einem starken, gerechten „Führer“, Zähmung der Kapitalisten und Vernichtung der „Bolschewisten“. Die Widersprüchlichkeit der Parolen bot den verschiedenen Schichten Anknüpfungspunkte für ihren Protest. Angstgeplagten Bürgern machte die bei Demonstrationen und Aufmärschen zur Schau gestellte Durchsetzungskraft der Nationalsozialisten Mut. Junge Menschen wurden durch die Dynamik der „Bewegung“ in besonderer Weise angezogen, und dies wiederum schien der NSDAP in den Augen vieler Älterer die Zukunft zu verheißen.

1930, als der schwere Konjunkturrückschlag harte finanz- und sozialpolitische Einschnitte erzwang, sich jedoch noch nicht zu einer fundamentalen Wirtschaftskrise ausgeweitet hatte, kündigte sich die Gefährdung der Republik von rechts bei der Septemberwahl in der sprunghaften, gewaltigen Zunahme der NSDAP-Stimmen an. Aber noch stand weniger als ein Fünftel der Wähler im nationalsozialistischen Lager. Die Bildung einer parlamentarisch verankerten Mehrheitsregierung unter Ausschluß der extremen Flügelparteien NSDAP, DNVP und KPD war weiterhin möglich [...]. Dieser Weg setzte allerdings einen über alle Interessengegensätze hinwegreichenden Konsens voraus, die demokratische Verfassung unbedingt zu erhalten, und diesen Konsens gab es nicht. Vielmehr entschlossen sich die konservativen Machteliten jetzt, dauerhaft gegen die stärkste demokratische Partei, die SPD, zu regieren und vom parlamentarischen zum autoritären System überzugehen. [...]

Die Weimarer Republik mußte in der kurzen Zeit ihres Bestehens mit enormen Schwierigkeiten fertig werden. Wegen ihrer großen strukturellen „Vorbelastungen“, der vielfältigen sozialen Spannungen, der Schwächen ihrer Eliten und der überzogenen Erwartungen ihrer Bürger war sie dafür schlecht gerüstet. Den letzten Stoß aber erhielt sie durch den revisionistischen Ehrgeiz einer konservativen politischen Führung, die seit der Ära Brüning inmitten einer dramatischen Wirtschafts- und Staatskrise danach strebte, die außen- und innenpolitische Niederlage von 1918 zu überwinden.

Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Klett-Cotta, Stuttgart 2008, S. 507 ff.

Literaturhinweise

Quellensammlungens

Hürten, Heinz (Hg.): Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 9: Weimarer Republik und Drittes Reich 1918-1945, Stuttgart, Leipzig 1995, 464 S.

Knappe Auswahl einschlägiger Quellen zur politischen Geschichte von 1918 bis 1945, die kurz erläutert und in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden

Longerich, Peter (Hg.): Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates, München 1992, 512 S.

Besonders empfehlenswerte, äußerst vielfältige Quellensammlung, die unter anderem auch die kulturelle Entwicklung berücksichtigt

Michalka, Wolfgang / Niedhardt, Gottfried (Hg.): Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980, 447 S.

Ausgewählte informative Quellen, vor allem zur politischen Geschichte

Mosler, Hermann (Hg.): Die Verfassung der Weimarer Republik vom 11. August 1919, Stuttgart 2009, 88 S.

Vollständiger Verfassungstext mit sachkundiger Einleitung

Petzina, Dietmar / Abelshauser, Werner / Faust, Anselm: Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch III. Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, München 1978, 186 S.

Sammlung ergiebiger Statistiken zu wesentlichen Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft und Wirtschaft von 1914 bis 1945

Pörtner, Rudolf (Hg.): Alltag in der Weimarer Republik. Erinnerungen an eine unruhige Zeit, München 1993, 519 S.

Anschauliche Erinnerungen bekannter Zeitzeugen aus unterschiedlichen politischen Lagern, sozialen Schichten und geografischen Regionen an ihre Erlebnisse als Kinder oder Jugendliche in der Weimarer Republik

Winkler, Heinrich August / Cammann, Alexander (Hg.): Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1918-1933, München 1996, 267 S.

Facettenreiche Auszüge aus Darstellungen und Quellen zu fast allen Bereichen der Geschichte der Weimarer Republik

Darstellungen

Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Stuttgart 2008. Lizenzausgabe Bonn 2008 (Bundeszentrale für politische Bildung), 864 S.

Umfassendes aktuelles Standardwerk. Bietet eine gut lesbare, aspektreiche, differenziert abwägende Gesamtdarstellung unter Einbeziehung des Forschungsganges, ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis sowie aufschlussreiche Tabellen und Grafiken zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991, 443 S.

Zusammenfassung des maßgeblich von Falter selbst erarbeiteten Standes der historisch-soziologischen Forschung zur Wahlgeschichte der NSDAP

Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik (Kontroversen um die Geschichte, hg. von Arnd Bauerkämper, Peter Steinbach und Edgar Wolfrum), Darmstadt 2002, 131 S.

Erläutert kenntnisreich den Forschungsstand zu ausgewählten Aspekten der Weimarer Republik (Weltwirtschaftskrise, Arbeiterbewegung, Antisemitismus, NSDAP-Wählerschaft u.a.)

Henning, Friedrich-Wilhelm: Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands. Bd. 3 / I: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik, Paderborn 2003, 687 S.

Umfassendes, materialreiches Standardwerk, das die Wirtschafts- und Sozialgeschichte immer wieder mit der politischen Entwicklung verknüpft. Besonders erhellend ist das rund 50-seitige Kapitel über den Aufstieg der NSDAP.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 7. Aufl. 2009, 346 S.

Anerkanntes Standardwerk, das einen Abriss der politischen Geschichte, einen Forschungsbericht und eine umfangreiche Bibliographie bietet

Laqueur, Walter: Weimar. Die Kultur der Republik, Frankfurt/M. / Berlin 1976, 391 S.

Gut lesbares, detailreiches Standardwerk zur gespaltenen Kultur der Weimarer Republik

Lehnert, Detlev: Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft, Stuttgart 2. überarb. Aufl. 2009, 316 S.

Kompakte Darstellung mit dem Schwerpunkt auf den gesellschaftlichen Konflikten in der Weimarer Republik

Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995, 448 S.

Gut verständliche Gesamtdarstellung; mit dem Quellenband desselben Verfassers (siehe oben) gut zu kombinieren

Marcowitz, Rainer: Weimarer Republik 1929-1933. (Geschichte kompakt), Darmstadt 2004, 148 S.

Klar gegliederte und anschaulich geschriebene, zusammenfassende Darstellung der entscheidenden Phase der Weimarer Republik auf der Höhe des Forschungsstandes, mit instruktiven Zeittafeln, Kurzbiographien, Quellenauszügen und Begriffserläuterungen

Mommsen, Hans: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 8, Berlin 1989, 580 S.

Anspruchsvolle historisch-politische Strukturanalyse

Mühlhausen, Walter: Friedrich Ebert 1871-1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, 1064 S.

Materialreiche Biographie des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik mit sozialgeschichtlichen Bezügen und auf neuestem Forschungsstand. Kompakte, verständliche Darstellung der Vorgeschichte der Weimarer Republik

Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007, 1117 S.

Umfangreiche, kritische Biographie auf neuestem Forschungsstand, die Hindenburgs problematische Rolle in der Weimarer Republik detailliert herausarbeitet

Schulze, Hagen: Weimar. Deutschland 1917-1933, durchgesehene Ausgabe, Berlin 1994, 465 S.

Aspektreiche Gesamtdarstellung mit anschaulichem Bildmaterial. Schulzes konservative Sichtweisen sind teilweise auf Kritik gestoßen.

Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten Deutschen Demokratie, München 4. Aufl. 2005, 709 S.

Lebendig erzählende und scharfsinnig analysierende Gesamtdarstellung auf der Höhe der Forschung mit dem Schwerpunkt auf den politischen Entwicklungen

Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik: Politik und Gesellschaft, München 2. erw. Aufl. 2008, 209 S.

Problemgeschichte, die im Rahmen des Wechselspiels von sozialökonomischer und politischer Entwicklung die verschiedenen Faktoren des Scheiterns der Weimarer Republik verdeutlicht

Internetadressen

www.documentarchiv.de/wr.html
Onlineportal mit zahlreichen Quellen zur Weimarer Republik der Jahre 1918 bis 1932, v. a. Reden, Gesetze, Verordnungen und Verträge

www.dhm.de/lemo/html/weimar/
Onlineportal des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (HdG) in Bonn, bietet vielfältige Medien und Materialien zur deutschen Geschichte, darunter zur Weimarer Republik.

www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/finde/lang Datensatz.php?urlID=843&url_tabelle=tab_quelle
Weimarer Reichsverfassung im Volltext als Faksimile

www.bpb.de
Onlineportal der Bundeszentrale für politische Bildung. Zahlreiche Materialangebote u.a. zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, darunter zur Weimarer Republik

http://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Weimar_Republic?uselang=de
Onlineportal mit zahlreichen Bilddokumenten zur Weimarer Republik

www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/index.html.de
Onlineportal mit Bild-, Film- und Textquellen sowie Informationstexten zu ausgewählten Aspekten der Weimarer Republik, u. a. zu den Reichskanzlern und zum Militär

www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/vsc/vsc1p/kap1_2/kap2_33/para3_11.html
Online-Edition der Akten der Reichskanzlei 1918-1933 mit zahlreichen Quellen zur Politik der Reichsregierungen der Weimarer Republik

Der Autor:

Reinhard Sturm, geboren 1950, studierte von 1971 bis 1978 Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik an der Georg-August-Universität Göttingen. 1973/74 war er ein Jahr als German Assistant an einer Schule in England tätig. Nach dem Vorbereitungsdienst 1978 bis 1980 in Salzgitter arbeitete er als Gymnasiallehrer bis 1990 in Göttingen, seither in Hildesheim. Seit 1990 bildet er als Studiendirektor und Fachleiter für Geschichte am Studienseminar Hildesheim für das Lehramt an Gymnasien angehende Geschichtslehrer/innen aus.

Er hat wissenschaftliche und didaktische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Weimarer Republik, zum Nationalsozialismus und zur deutschen Nachkriegsgeschichte sowie zur Geschichtsdidaktik veröffentlicht.

Kontakt: reihastu@aol.com

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:
Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Cornelius Strobel (Volontär)

Titelbild:
Anlässlich der ersten deutschen Verfassungsfeier am 11.08.1921 schreiten Reichspräsident Friedrich Ebert (r.) und Reichskanzler Joseph Wirth (l.) auf der Straße Unter den Linden in Berlin die Front einer Ehrenkompanie ab – Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz/bpk

Umschlag-Rückseite:
KonzeptQuartier® GmbH, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Gesamtgestaltung:
KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Melli-Beese-Straße 19, 90768 Fürth

Druck:
STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

Vertrieb:
IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
vierteljährlich
ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 100 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
November 2011

Anforderungen

bitte schriftlich an
Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo,
Kastanienweg 1, 18184 Roggentin
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: bpb@ibro.de

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-**Anmeldungen oder Änderungen** der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung / bpb erhalten Sie unter der links oben genannten bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte **(bitte keine Bestellungen)** steht das Infotelefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 von Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.